



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. № 18. BERLIN, DEN 2. MÄRZ 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg.

(Fortsetzung.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen S. 83.



icht reicher sondern dürtiger als das Bild des Kreises Westhavelland ist das Bild der künstlerischen Kultur, das der Kreis Weststernberg darbietet. Die kunstgeschichtliche Uebersicht sowie das Denkmäler-Verzeichnis, die baugeschichtliche Darstellung, die Zeichnungen und die photographischen Aufnahmen einschließ-

lich der farbigen Tafeln des diesen Kreis behandelnden Bandes stammen von dem Architekten Landesbauinspektor Dr. Wilh. Jung, die geschichtlichen Einleitungen von Prof. Dr. Spatz. Der Kreis Weststernberg entwickelt sich östlich von Frankfurt an der Oder, seine Hauptorte sind Görz, Drossen und Reppen. Es ist Ackerbau-Gebiet, das nach Osten völlig ungeschützt lag, während nach Westen das sumpfige Oder-Tal eine schwer zu überschreitende Grenzlinie bildete. Das Verhängnis wollte es nun, daß die kulturfördernden Einflüsse von Westen kamen, die kulturvernichtenden von Osten; erstere fanden nur erschwerten, letztere dagegen leichten Zutritt. Unter solchen ungünstigen Verhältnissen entwickelte sich das Kulturbild. In den ältesten Zeiten war das Land abwechselnd von Deutschen und Slawen besiedelt; die deutsche Kolonisation setzt erst mit Beginn des 12. Jahrhunderts ein und erst Mitte des 13. Jahrhunderts wird der Strom deutscher Kolonisten aus dem Osten „unwiderstehlich“. Auf fast jungfräulichem Boden durften die Deutschen wirken und schaffen. Von 1250—1300 erhielt der Kreis das Gepräge, das ihm bis heute blieb. Es entstanden die drei kleinen, noch heute wenig volkreichen Städte, die vorhin genannt wurden und es wurden die heute noch bestehenden dörflichen Ortschaften angelegt. Im 14. Jahrhundert waren die askanischen Markgrafen die unbestrittenen Herren über das ganze Land Lebus, dessen rechts der Oder gelegener Teil seinen Namen wohl von dem Magdeburger Erzbischof Conrad (1266—1277), einem geborenen Grafen Sternberg aus westfälisch-lippischem Geschlecht erhielt, der Schloß Sternberg erbaute. In der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts verwüsteten Polen, Litauer, Reußen und Walachen das Land und legten 140 Dörfer mit ihren Kirchen in Asche. Im Sommer 1412 gebot Burggraf Friedrich von Nürnberg „Frieden innen und außer Landes“ und nun hatte Sternberg über zwei Jahrhunderte ungestörte Ruhe. Nun kommen aus den Landen an der mittleren Elbe, aus Aschersleben, und

auch aus Schlesien Ritterbürtige und werden bodenständig. Die Einführung der Reformation betrieb Markgraf Hans von Cüstrin mit Nachdruck; die bischöflichen Güter werden Dominialbesitz. Im 17. Jahrhundert wurde das Land wieder von Kriegsleiden heimgesucht; Wallenstein'sche Wallonen fielen in das Land ein, die Schweden durchzogen es, Rathaus und Kirchen in Reppen wurden erbrochen und „alle vornehmsten Sachen hinweggerissen“. Nach dem Dreißigjährigen Krieg waren es dann wieder polnische Söldner, die über das Land herfielen. Dieses entbehrte zudem eines eigentlichen Verwaltungsmittelpunktes; es fehlte ein solcher „ähnlich wie Cüstrin, oder ein Brennpunkt des geistigen Lebens, etwa wie Frankfurt. In keiner der Weststernberger Städte entwickelte sich die Industrie so wie in Cottbus. Zudem lag hier kein einziges landesherrliches Schloß. Der Verkehr zu und von den Frankfurter Messen flutete freilich hindurch, doch ohne befruchtend zu wirken. So war ein gänzlicher Mangel an bedeutsamen Entwicklungsmöglichkeiten“. Im Siebenjährigen Krieg war das Land schutzlos dem Feind preisgegeben. Nach den Befreiungskriegen traten wohl Wandlungen ein, aber seit 1815 hat der Kreis „ein ungestörtes Stilleben geführt“.

Es liegt auf der Hand, daß allgemeine Verhältnisse dieser Art keinen erheblichen Kunstbesitz hervorbringen konnten. Die ersten christlichen Kirchen entstanden um die Mitte des 13. Jahrhunderts. Erhalten ist wenig. Ueber die ehemalige Gestaltung des Aufbaues der Gotteshäuser aus dem 13. und der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts können wir nur Schlußfolgerungen ziehen im Hinblick auf gleichzeitige Bauten in anderen, von der Zerstörung weniger betroffenen Gebietsteilen. Auch über die Beschaffenheit der ältesten Profanbauten geben keine Reste mehr Kunde. Aus späteren Fachwerkbauten sind aber Rückschlüsse möglich und Urkunden enthalten Hinweise, daß die ältesten Befestigungswerke nicht wie die monumental angelegten ältesten Kirchen aus dem unvergänglichen Granit erbaut waren. Seltener ist im Kreis die Verwendung des Backsteins. Noch bis in das 15. Jahrhundert hinein war Drossen mit Mauern „aus Lehm“ umgeben. Doch griff man bei späteren Umbauten, wie bei der Drossener Jakobi-Kirche (S. 82 und 83) zum Backstein auf einem Sockel aus Findlingen. Das Innere wird gewölbt, eine Verstärkung der Umfassungsmauern durch Strebeböcker angeordnet und hierdurch eine reichere Gliederung der Fassaden erzielt. Eine für diesen Kreis bemerkenswerte

Ausbildung hat der Backsteinbau in der Nordkapelle der St. Katharinen-Kirche in Reppen gefunden (S. 83). Für den massiven Profanbau war vielleicht das im Anfang des 15. Jahrhunderts in Reppen erbaute feste Schloß

ein Beispiel; doch ging diese Bauart in den folgenden Zeiten wieder ein. Selbst in Drossen werden wir erst spät über den massiven Ausbau der erst im letzten Viertel des 15. Jahrhunderts in Angriff genommenen Verstärkung der Befestigungswerke, die hauptsächlich aus Findlingen bestanden und mit Wehrhäusern und Türmen aus Backstein versehen waren, unterrichtet. Reppen hatte eine uralte, nur aus Holzwehren, wahrscheinlich mit Erdfüllung bestehende Verschanzung. So ist das Bild der baulichen Ausführungen dieses Kreises ein durchaus ärmliches.

Aehnlich steht es mit dem beweglichen Kunstbesitz. In auffallenden Gegensatz zu dem häufigen Vorkommen beweglichen Kunstbesitzes aus dem Jahrhundert vor der Reformation in vielen anderen Kreisen der Provinz steht das fast völlige Fehlen spätmittelalterlicher Ausstattungsstücke in den Kirchen unseres Kreises.

Etwas lebhafter wird das bauliche Bild in der Barockzeit; hier nehmen der Große Kurfürst und Friedrich der Große vorbildlichen Einfluß auf die Herrenhäuser und zum Teil auch auf die Stadtbauten. Arm dagegen ist der Kreis wieder an Bauten aus der Zeit des Klassizismus, Romantik und Neuzeit haben ihren der Erhaltung der Denkmäler nicht günstigen Einfluß auch im Kreis Weststernberg ausgeübt. Was nicht durch Zerstörung vernichtet wurde, wurde durch kunstlosen Umbau zerstört und so bleibt auch für das 18. und 19. Jahrhundert das Bild des Kunstbesitzes dieses stillen Kreises ein durchaus bescheidenes, um nicht zu sagen dürftiges. — (Forts. folgt.)



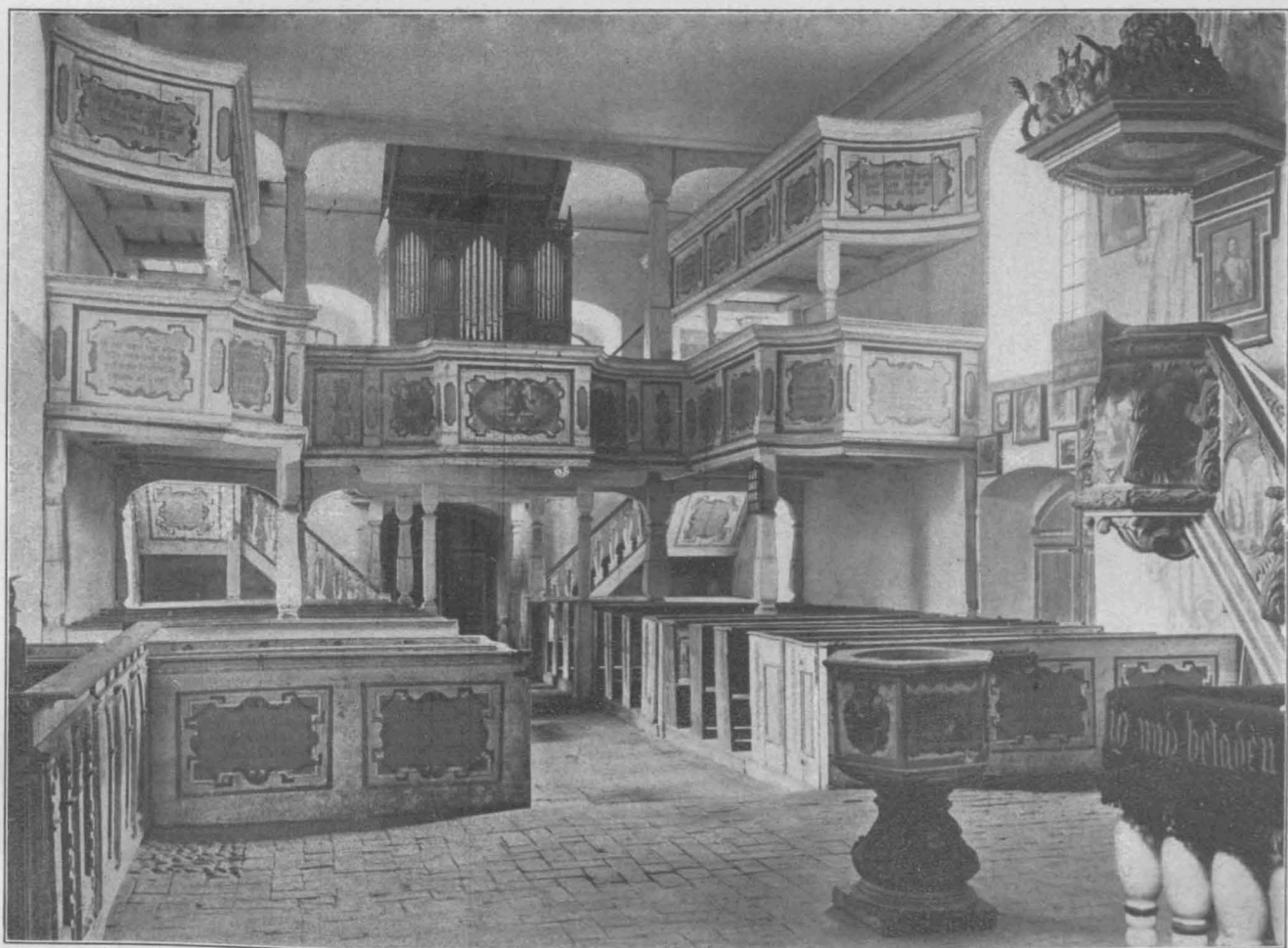
Inneres der Jakobi-Kirche in Drossen: Aus: „Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg“, Band VI, Teil 3: Kreis Weststernberg. Berlin, 1913. Vossische Buchhandlung.

Vermischtes.

Dr.-Ing. Friedrich Engeßer 70 Jahre. Am 12. Februar d. J. beging in aller Stille die Feier seines 70. Geburtstages der Geh. Ob.-Brt. Dr.-Ing. h. c. Friedr. Engeßer, Professor an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe, an die er 1885 aus dem badischen Staats-Eisenbahn-Dienst als Nachfolger Sternbergs berufen worden war. Mehr als ein Menschenalter hat er dort erfolgreich gewirkt und gelehrt und an dem Ausbau der Hochschule organisatorisch in hervorragendem Maße Anteil genommen. Im Jahr 1915 legte Engeßer dann sein Lehramt nieder, da er sich den Aufgaben seines umfassenden Lehrauftrages — Statik der Baukonstruktionen, eiserne Brücken, Eisenbahnbau und später noch Eisenbetonbau — gesundheitlich nicht mehr gewachsen fühlte. Wie beim Abgang R. Baumeisters wurde auch hier nun der Lehrauftrag zerlegt und drei verschiedenen Professoren zugeteilt. Als Mitglied ist aber Engeßer auch wei-

terhin im Lehrkörper der Technischen Hochschule verblieben und hat bis heute auch noch Vorlesungen über ausgewählte Kapitel seines früheren Arbeitsgebietes gehalten.

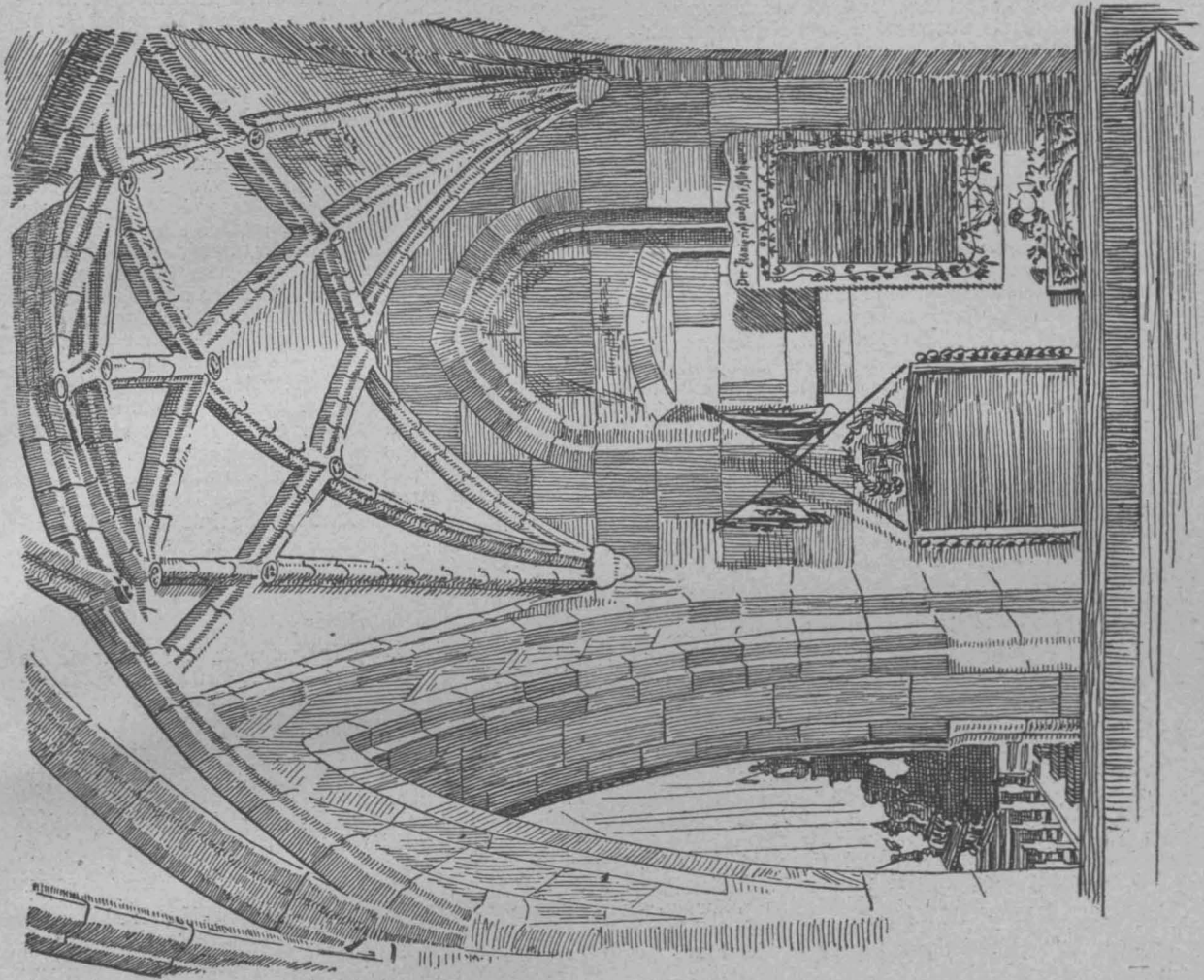
So weitgreifend auch der Einfluß gewesen ist, den Engeßer als Lehrer des heranwachsenden Ingenieur-Geschlechtes ausgeübt hat, so ist seine Bedeutung damit keineswegs erschöpft, dürfen wir ihn doch auf seinem besonderen Gebiet zu den Männern zählen, die durch ihre Forschungen dem Praktiker das wissenschaftliche Rüstzeug geliefert haben, mit dem dann die glänzenden Erfolge der deutschen Technik errungen werden konnten. Das Ergebnis seiner Forschungen, die sich vorwiegend auf schwierige Gebiete der Statik beziehen und hier zum Teil erstmalige Lösungsversuche oder solche auf neuen vereinfachten Wegen darstellen, hat Engeßer weniger in umfassenden Werken als in zahlreichen, oft in knappster Form gehaltenen Veröffentlichungen niedergelegt, die zerstreut in einer Reihe von



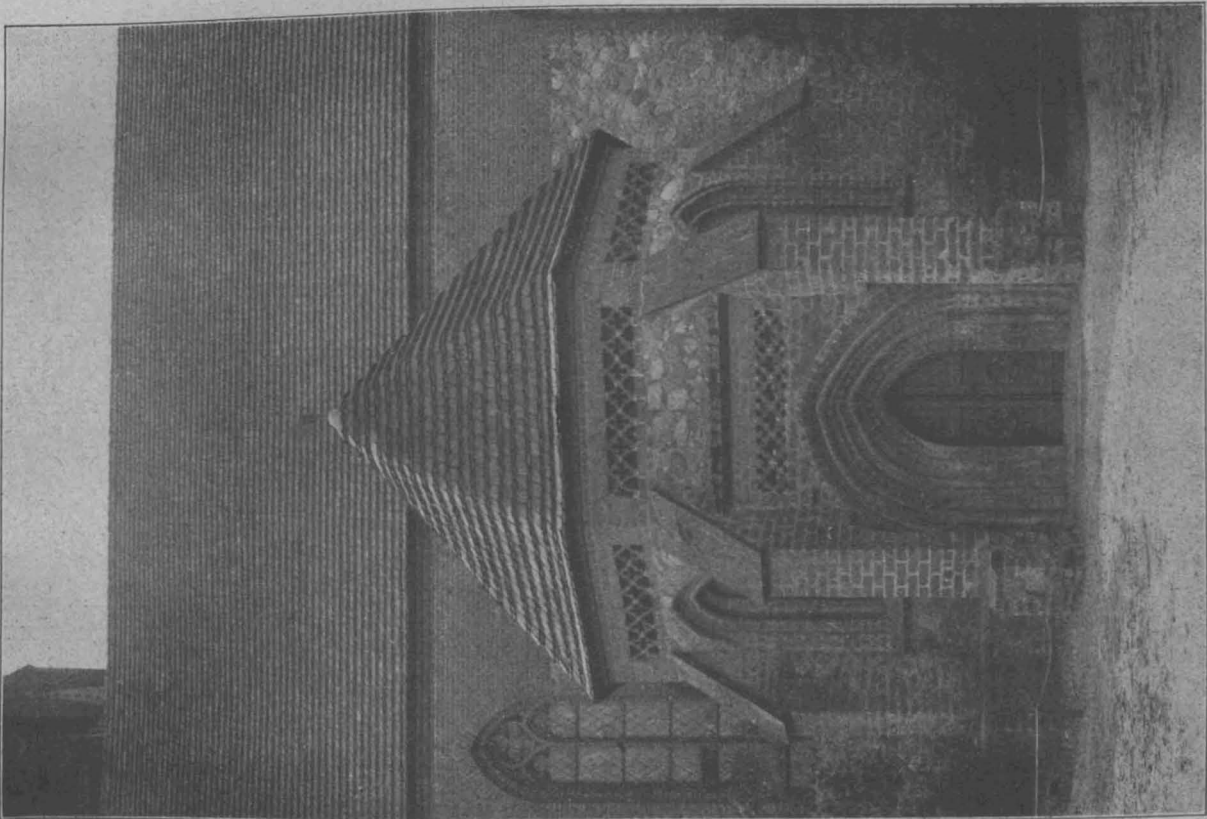
DIE KUNSTDENKMÄLER DER PROVINZ BRANDENBURG. ALTE STADTSCHULE IN LUCKAU UND INNERES DER KIRCHE IN BORNSDORF. *** AUS BAND V, TEIL 1.: DIE KUNSTDENKMÄLER DES KREISES LUCKAU. * * * * * DEUTSCHE BAUZEITUNG * * * * * 52. JAHRGANG 1918* NO. 18.

Fachzeitschriften erschienen sind: So vor allem in der „Zeitschrift für Bauwesen“, im „Zentralblatt der Bauverwaltung“,

früheren Jahren auch bei uns. Fragen der Elastizitätslehre, der Knickfestigkeit, vor allem der Nebenspannungen in Fach-



Südliches Seitenschiff der Jakobi-Kirche in Drossen. Aus: „Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg“, Band VI, Teil 3: Kreis Weststernberg. Berlin, 1913. Vossische Buchhandlung.



Nordkapelle der St. Katharinen-Kirche in Reppen. Aus: „Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg“, Band VI, Teil 3: Kreis Weststernberg.

in der Hannover'schen Zeitschrift, gelegentlich auch in österreichischen und schweizerischen Fachblättern und in

werken sind es zumeist, die den Gegenstand seiner Untersuchungen bilden, die stets bis zur Auswertung der wis-

senschaftlichen Betrachtungen für den Gebrauch der Fraxis durchgeführt sind und die Grenzen der für sie erforderlichen Genauigkeit festlegen. Zu seinen in selbständiger Form erschienenen Arbeiten gehört das 1892/93 herausgegebene wichtige Werk über „die Zusatzkräfte und Nebenspannungen eiserner Fachwerkbrücken“, ein Gebiet, das Engesser auch in seinen kleineren Veröffentlichungen immer weiter ausgebaut hat. Hierhin gehören auch seine Beiträge zur Theorie der Rahmenträger (Vierendeel-Träger) aus neuester Zeit (1913 und 14), die die theoretische Behandlung dieser schwierigen Gebilde unter besonderer Berücksichtigung ihrer konstruktiven Durchbildung weiter gefördert, und ihren Wert gegenüber den üblichen Fachwerk-Konstruktionen festgelegt haben. Die Frage der Seitensteifigkeit offener Brücken und die knicksicherer Ausbildung ihrer Gurte hat er als einer der ersten und wiederholt (1884, 1892, 1909) behandelt; seine wertvollen Untersuchungen über Knickfestigkeit gehen ebenfalls bis in die 80er Jahre zurück und sind bis zur Neuzeit fortgesetzt (1888, 1891, 1896, 1907). Der Einsturz der Brücke über den St. Lorenzstrom bei Quebec gab wohl die letzte Veranlassung dazu. Sie erstrecken sich auch auf die Anwendbarkeit der Euler'schen Formel jenseits der Streckgrenze des Materiales. Eine Reihe von Untersuchungen sind der Statik der Bogenträger gewidmet (1887, 1890, 1901, 1907), und zwar der einfachen Bogen sowie der schwierig zu behandelnden Form mit elastischen Zwischenpfeilern. Unmittelbare praktische Zwecke verfolgen unter anderem seine Untersuchungen über Eigengewichte von Balken- und Bogenbrücken mit Zugband, die zur Aufstellung brauchbarer Gewichtformeln geführt haben (1877 und 78, 1909). Hierhin gehört auch seine Mitarbeit bei der Aufstellung der „Deutschen Normalprofile für Walzisen“, deren Einführung die Entwicklung des deutschen Eisenbaues sehr wesentlich gefördert hat. Er gehörte dem für diese Arbeit von verschiedenen technischen Verbänden eingesetzten Ausschuß als Vertreter des „Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ von Anfang an.

Die Technische Hochschule in Braunschweig hat Engesser im Jahre 1903 zum Doktor-Ingenieur ehrenhalber ernannt „für seine Verdienste um die Förderung der Statik der Baukonstruktionen und der Theorie des Brückenbaues“. Im Jahre 1909 wurde er zum Mitglied der kgl. Akademie des Bauwesens in Berlin berufen. Auch an sonstigen Ehren hat es dem verdienstvollen, aber sich nie an die Öffentlichkeit drängenden Forscher nicht gefehlt. Möge es ihm vergönnt sein, nach dem Kriege noch eine neue Periode des Aufschwunges deutscher Technik als ein Förderer mit zu erleben. —

Fr. E.

Neue Mitglieder der kgl. Akademie der Künste zu Berlin. Unter einer Reihe von neuen Mitgliedern hat die kgl. Akademie der Künste zu Berlin auch zwei Architekten gewählt, und zwar den 1860 in Aachen geborenen Architekten Prof. Jos. Schmitz in Nürnberg, den Wiederhersteller der Sebaldus-Kirche und der Lorenzer Kirche in Nürnberg und Schöpfer einer Reihe sehr bemerkenswerter Kirchen-Neubauten; sowie den Architekten Hermann Janßen in Berlin, 1869 in Aachen geboren, in weiteren Kreisen bekannt geworden durch seinen Sieg im Wettbewerb um den Bebauungsplan Groß-Berlin. —

Tote.

Geheimer Baurat Professor Friedrich Laske †. Am 19. Februar ist in Berlin der etatmäßige Professor der Technischen Hochschule Berlin, Geheimer Baurat Friedrich Laske, nach längerem Leiden im Alter von 64 Jahren gestorben. Der Verstorbene machte seine fachlichen Studien an der Technischen Hochschule zu Berlin, wo er dem Schülerkreis von Eduard Jacobsthal angehörte und unter diesem Meister auch an den Arbeiten Jacobsthal's für die Bauten der Berliner Stadtbahn, des Zentralbahnhofes in Straßburg und des Wartesaalgebäudes in der Halle des Hauptbahnhofes in Cöln teilnahm. Diese Arbeiten fielen in seine Bauführer- und die erste Baumeisterzeit. Der Nachdruck dieser Tätigkeit fiel auf das Ornamentale mit der Grundlage der Antike. Mit den so gewonnenen Fähigkeiten wurde er zum Lehrer der kgl. Kunstschule berufen und trat nicht lange darauf als Hilfsarbeiter in das kgl. preußische Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu Berlin ein; in dieser Eigenschaft leitete er den Erweiterungsbau der kgl. Berg-Akademie zu Berlin. Von 1897—1905 war Laske Kreis-Bauinspektor in Potsdam. 1899 trat er als Dozent in den Lehrkörper der Technischen Hochschule Berlin ein, wurde hier 1905 etatmäßiger Professor und entwickelte als Nachfolger Jacobsthal's eine fruchtbare Tätigkeit in der Lehre der Ornamentik. In seine Potsdamer Zeit fallen die Teilnahme an den Bauten des Astrophysikalischen Observatoriums auf dem Brauhausberg und die Erstellung einer Reihe von Schulen und Pfarrhäusern. Auch als Privatarchitekt war Laske wiederholt tätig. Sein Hauptwerk ist die Wie-

derherstellung der Garnisonkirche in Potsdam. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit aber lag im Ornamentalen. Nicht vergessen seien sein schönes Tafelwerk über Schloß Wilhelmsburg bei Schmalkalden und sein warmes Eintreten für die Erhaltung dieses erlesenen Werkes der Renaissance in Deutschland. —

Bildhauer Hugo Haerdtl †. In Wien starb am 16. Februar im 72. Lebensjahr der Bildhauer Hugo Haerdtl, der in der zweiten Renaissance Wiens an den Monumentalbauten der Ring-Straße einen großen Anteil hatte. Am 23. Nov. 1846 in Hof in Krain geboren, war der Verstorbene ein Schüler Melnitzky's an der Akademie der bildenden Künste in Wien, mit dem gemeinsam er eine große Reihe dekorativer Arbeiten ausführte, die nach dem 1876 erfolgten Tod von Melnitzky auf ihn allein übergingen. So schuf er für das Hansens'sche Gebäude des Oesterreichischen Reichsrates eine Anzahl Figuren der Attika, Reliefs und Giebelgruppen, sowie für die Rampe die sitzende Statue des Xenophon. Auch an dem nach Hansens Entwurf vor dem Parlament aufgestellten Monumentalbrunnen war Haerdtl in umfassendem Maße beteiligt. Für das Naturhistorische Hofmuseum von Gottfried Semper schuf er nach einem Programm dieses Meisters 46 Zwickelfiguren. Die ungemein fruchtbare Tätigkeit des Künstlers erstreckte sich auch auf Arbeiten für das neue Burgtheater, für die Universität, die Staatsdruckerei, das Anatomische Institut, die neue Hofburg, die Börse, die Schottenkirche, für das Gebäude des Lloyd in Triest und auf einen der Monumentalbrunnen des Maria Theresien-Platzes vor den Hofmuseen in Wien. —

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die äußere Gestaltung des Neubaus des Institutes für Seeverkehr und Weltwirtschaft der Universität Kiel ist für Kieler Architekten in Aussicht genommen. Es handelt sich um einen Monumentalbau an hervorragender Stelle der Stadt, dessen Kosten auf etwa 3 Mill. M. veranschlagt worden sind, die zum größten Teil durch eine öffentliche Sammlung in ganz Deutschland aufgebracht werden sollen. Der Grundstein zum Neubau wurde am 9. Februar 1918 gelegt. Den Vorentwurf und die Grundrisse bearbeitete Hr. Arch. B. D. A. Sommer in Kiel. Mit der Ausführung soll sofort nach Friedensschluß begonnen werden.

Das kgl. Institut für See-Verkehr und Weltwirtschaft an der Christian Albrechts-Universität zu Kiel wurde 1913 anlässlich der 25 jähr. Wiederkehr des Tages der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. errichtet. Ihm wurde das Haus Schloßgarten 14 geschenkt. Es genügt längst nicht mehr den erweiterten Aufgaben des Institutes. Ein Neubau für Leitung, Kanzlei und Buchhaltung, für Bibliothek und Zeitschriften, Archive, Statistisches Amt, Nachrichten-Abteilung, Redaktion der Institutsschriften, Wissenschaftliche Forschungsarbeit und Hausverwaltung ist dringend erforderlich. Für ihn wurde ein 10 000 qm großes Gelände am Niemanns-Weg und an der Linden-Allee geschenkt. Der Neubau wird L-förmigen Grundriß erhalten und aus Erd- und drei Obergeschossen bestehen. Nach rückwärts wird sich in der Achse des Haupt-Einganges ein großer Arbeitssaal anschließen. Die bebaute Fläche wird 4500 qm umfassen. Der Arbeitssaal erhält 150 Arbeitsplätze. Das Gebäude wird außerdem umfassen einen großen, mittlere und kleine Hörsäle, Seminarräume, eine Bibliothek für etwa 300 000 Bände und Archiv-Räume zur Unterbringung von 30 000 Stahlkästen. Das Institut ist eine staatliche Anstalt; neben Zuschüsse des Staates treten Mittel, die durch die „Gesellschaft zur Förderung des Institutes für Seeverkehr und Weltwirtschaft“ beschafft werden. Für die Bearbeitung verschiedener Innenräume sollen später die Kieler Architekten gleichfalls herangezogen werden. —

In einem engeren Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Zeppelin-Denkmal in Konstanz blieb der Entwurf des Bildhauers Karl Albicker in Ettlingen siegreich. Der Entwurf stellt Wieland den Schmied mit seinem Schwert Mimung auf einem 11 m hohen Pfeiler dar, die Gestalt aus der deutschen Heldensage, die in ihren Beziehungen zu König Nidung zur Flucht in einem Federkleide gezwungen wurde, in der der erste deutsche Versuch zur Beherrschung der Luft erblickt wird. Die Errichtung des Denkmals wird durch eine Stiftung von 20 000 M. ermöglicht. —

Inhalt: Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg. (Fortsetzung.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Bildbeilage: Alte Stadtschule in Luckau und Inneres der Kirche in Bornsdorf.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



Marmor-Relief von Canova im Schloß zu Meseberg.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. NO 19. BERLIN, DEN 6. MAERZ 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg.

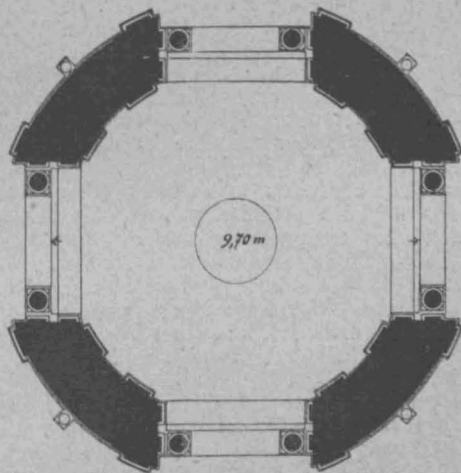
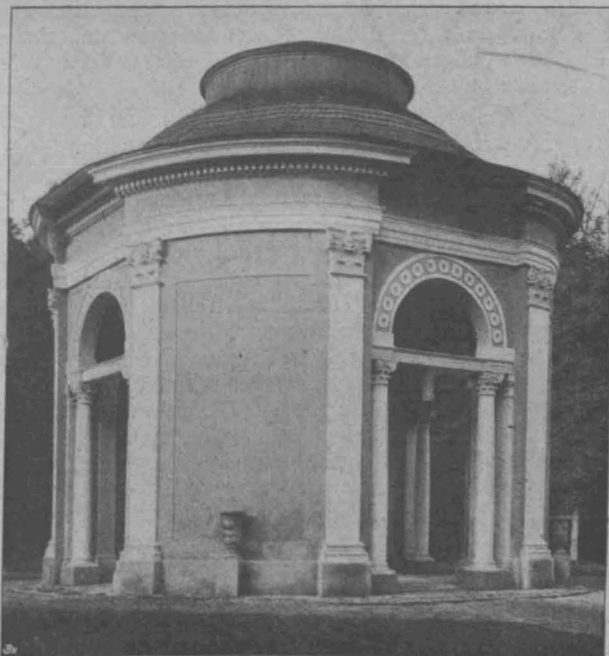
(Fortsetzung.) Hierzu die Bildbeilage in No. 16.



ngleich reicher und vielseitiger als im Kreis Weststernberg ist das Bild, welches die Kunstdenkmäler des Kreises Ruppin darbieten; ist es doch der Kreis, der Rheinsberg, Gransee und Neu-Ruppin enthält. Die geschichtlichen feile des Bandes über diesen reichen Kreis hat Professor Dr. Spatz verfaßt, während die

kunstgeschichtliche Uebersicht und die Beschreibung der Denkmäler Hr. Arch. Eichholz zum Urheber hat, der auch die baugeschichtlichen Untersuchungen leitete. Es ist der Kreis im oberen Havel-Tal, gegen die mecklenburgische Grenze, die frühere Grafschaft Ruppin, zwischen der Priegnitz und dem Havelland. Er birgt in sich eine große innere Mannigfaltigkeit; ihm gehören an Gegenden wie die um Rheinsberg, die zu den schönsten der Provinz zählen, anderseits eintönige Kiefernheide, an deren dürren Sandboden sich dann wieder fruchtbares Gelände anschließt und in die sumpfige Niederung des Rhin-Luches übergeht.

Das Land bewohnten ursprünglich heidnische Slawen. Mit Beginn des 13. Jahrhunderts öffnet sich das Land Ruppin mehr und mehr deutschen Einflüssen. Es entstanden die 3 Städte Wusterhausen, Neuruppin und Gransee, die im 13. Jahrhundert urkundlich genannt werden und ihre Entstehung der Tatkraft der v. Plote, v. Arnstein und der Askanier verdanken. Seit dem 14. Jahrhundert der Fesseln der Stadtherrn ledig, haben sie sich kräftig entwickelt im Gegensatz zu den sich an die Burgen eng anschließenden und von den Burgherren abhängigen Städtchen Neustadt, Altruppin, Wildberg und Rheinsberg, die eine nur sehr beschränkte Entwicklung hatten. Das kirchliche Leben in den Städten war sehr rege. Die deutschen Dörfer waren zumeist große Straßendörfer. Die Zahl der im Lande sich niederlassenden Ritter war so groß, daß an verschiedenen Orten sich mehrere Rittersitze neben einander befanden. Der Ausgang des 14. Jahrhunderts war hier wie allerwärts die klassische Zeit der Fehden. Die Reformation wurde nach 1539 ohne wesentliche Störung eingeführt. Die althergebrachten Pfarrverhältnisse blieben bestehen. Vor dem großen Krieg gab es 5 Schlösser:



Salon im Park von Rheinsberg. Aus: „Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg“. Band I, Teil 3: Die Kunstdenkmäler des Kreises Ruppin. Berlin 1914. Vossische Buchhandlung.

Altruppin, Klosterhof zu Lindow, sowie die Häuser der Blankenburg zu Goldbeck, der Winterfeld zu Neustadt und der Bredow zu Rheinsberg. Daneben bestanden 86 Dörfer. Ihre Verödung, die im 15. Jahrhundert schon begonnen hatte, machte im Dreißigjährigen Krieg erschreckende Fortschritte. Doch fand unter den Hohenzollern eine neue Kolonisation statt. Von 1700 ab wurden die Städte mit Garnisonen belegt; der Wiederkehr der Kriegszeiten wurde vorgebeugt, aber auch der städtischen Freiheit ein Ende gemacht. Die wüsten Plätze innerhalb der Stadtmauern wurden wieder bebaut; die Einwohnerzahl der Städte verdoppelte sich. Viele Geschlechter aber waren ausgestorben oder abgewandert, sodaß nur 4 Familien vom Mittelalter an überdauerten. Zu ihnen kamen neue im 18. Jahrhundert. Die große Herrschaft von Rheinsberg wurde durch die königliche Familie begründet. Auch industrielle Anlagen wurden geschaffen und trugen zur Erhöhung des Wohlstandes bei. Den Feind haben die Ruppiner, seitdem die Schweden 1675 auf ihrer Flucht das Land durchzogen, nur noch von 1806—1808 gesehen. Der Kern des Kreises blieb von den großen Verkehrslinien so gut wie unberührt. Von industrieller Entwicklung läßt sich in der Neuzeit kaum reden. Rheinsberg wurde durch Friedrich den Großen ein Kulturmittelpunkt, der seit 1802 freilich auf lange Zeit verödete; aber an anderen Stellen des Kreises bildeten sich neue Kulturmittelpunkte, so in Radensleben, wo Ferdinand von Quast schöne Kunstsammlungen zusammen brachte. Schinkel aus Neuruppin begann seinen Feldzug gegen den „schmutzigen Handel“ mit bedeutsamen beweglichen Denkmälern und Quast wurde 1843 Konservator des Preussischen Staates und kämpfte für die Erhaltung der Kunstdenkmäler. Theodor Fontane fand reiche Gelegenheit, Fürsten- und Adelssitze zu schildern.

Der Ausgangspunkt von Kultur und Kunst im Kreise Ruppiner sind das Kloster Lindow, der Sitz der Grafen zu Altruppin und die Städte Wusterhausen, Neuruppin und Gransee. Große Teile des Kreises fallen für die mittelalterliche Kunst ganz aus. Die mittelalterliche Architektur der Städte zeigt sich der der Priegnitz verwandt, was sich namentlich im Granitbau der Kirchen und in ihren breiten Turmhäusern bemerklich macht. Trugen vor dem 16. Jahrhundert Besiedelung, Kirche, kraftvolle Rittergeschlechter, ein gesunder Bauernstand, aufblühende Städte und geistliche Orden viel zur Kunsttätigkeit bei, so läßt diese im 16. Jahrhundert nach. Der große Religionskrieg brachte einen völligen Stillstand für ein halbes Jahrhundert; Fürstengewalt brachte eine Wandlung dieser Umstände. Es entstand das Schloß zu Rheinsberg. In Neuruppin war es der große Brand von 1787, der eine rege Bautätigkeit veranlaßte. Das 18. und der Anfang des 19. Jahrhunderts haben schöne Werke der Innenausstattung in Kirchen und Schlössern geschaffen.

Die Städte Altruppin und Rheinsberg entwickelten sich als Suburbien mittelalterlicher Burgen, vielleicht auch für den Anfang Wusterhausen. Lindow bleibt in Abhängigkeit von seinem Kloster. Neuruppin geht aus einem älteren Marktflecken hervor, Neustadt aus einer kleineren Siedelung des 17. Jahrhunderts. „In seinen Stadtanlagen“, sagt der Verfasser, „hat das Mittelalter Ergebnisse geliefert, die den mit vollem Bewußtsein und vieler Kunst geschaffenen Anlagen des 18. Jahrhunderts mindestens gleich stehen, ja stellenweise überlegen sind. Der gesunde Sinn für das Sachliche, Praktische und Schöne zugleich, den jene Zeit in allen Dingen des Bauwesens bewahrt hat, hat sie auch im Städtebau vor Mißgriffen bewahrt“. Das flache Gelände der Mark begünstigte die Anlage regelmäßiger Straßenzüge; auch in Bezug auf den Aufriß der Straßensysteme traf man von vornherein das Richtige. Die Merian'schen Ansichten zeigen das Malerische der aneinander gereihten Giebel. Die malerische Anordnung blieb auch beim Rathaus gewahrt, das mit seinen Anbauten wie Gerichtslaube, Wagebude und Scharren frei auf dem Markt stand; ebenso bei den Kirchen, die inmitten der umgrenzten Friedhöfe zu selbständiger Wirkung kamen. Anders das 18. Jahrhundert. Es verbreiterte die Straßen, schuf rechtwinklige Systeme mit regelmäßigen Plätzen, aber es fehlte dieser Zeit in Bezug auf das Stadtbild zuweilen das Verständnis für das vom Mittelalter bereits Erreichte. Dementsprechend leiden die im 18. Jahrhundert neu entstandenen Anlagen in Neuruppin, Lindow und Rheinsberg an einer zuweilen nüchternen Gleichförmigkeit, zumal auch die Zahl und Höhe der Geschosse meist gleichmäßig vorgeschrieben war. Bei den Dorfanlagen finden sich das gestreckte Straßendorf, wie auch die Rundlinge. Niederlassungen der Reformierten des 17. und 18. Jahrhunderts zeigen keinen besonderen Typus, wohl aber die Kolonien Friedrichs des Großen.

Baustoffe sind auch hier der Feldstein und der Backstein. Der Feldstein herrschte während des ganzen Mittelalters, bis in die Renaissance hinein. Er wird hauptsächlich bei Dorfkirchen verwendet. Schon früh tritt eine Verbindung mit Backstein ein, während der Backsteinbau im Allgemeinen erst der späteren Zeit angehört. Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist die ehrwürdige Kirche in Gransee. Der Putzbau tritt schon bei den Feldsteinbauten des 13. Jahrhunderts auf. Am Konvent-Gebäude des Klosters zu Lindow waren die ganzen Feldsteinflächen überputzt und bemalt. „Dementsprechend müssen wir unsere Vorstellung vom Aussehen der bedeutenderen und sorgfältiger ausgeführten Granitbauten berichtigen“. Im 18. Jahrhundert beherrscht auch hier der Putzbau das Feld. Der Fachwerkbau ist wenig vertreten, nur an den Bauernhäusern und einigen Dorfkirchen. —

(Fortsetzung folgt.)

Die „Tet“-Architektur. Von Professor Kanold in Hannover. (Schluß aus No. 16.)



er ist nun diese „Tet-Göttin“, der die „Tet-Säule“ geweiht ist und zu deren Verkünder sich ein begabter Bildhauer bekennt? Genau weiß man's nicht. Vielleicht ist sie ägyptischen Ursprunges, denn Tet ist ein ägyptisches Wort; vielleicht ist sie auch nebenbei assyrisch, was ja ungefähr dasselbe ist oder auch etwas babylonisch, auf jeden Fall orientalischer Herkunft und aus der gleichen Tiefe seelischer Verzückung geboren, aus der die allerdings ungleich prosaischeren Geister des „Odol“ und des „Mührin“ emporgestiegen sind. So drückt der Geist des „Tet“-Kultus dem Entwurf zu der ihm geweihten Stätte, der „Tet“-Stadt seinen Stempel auf. Im Grundriß des Repräsentations-Gebäudes sehen wir Wälder dichtgedrängter Pfeiler und Säulen, wie einst in den Tempeln zu Karnak, der Königshalle zu Persepolis und den Felsgrotten in Ellora; im Zeitalter des Eisens und des Eisenbetonbaues gewiß eine schätzenswerte Rückkehr zur Natur. Pylonen ragen auf, geschmückt mit aufsteigenden Reihen flach gearbeiteter Figuren, wie sie die Ruinen von Niniveh nicht ehrwürdiger aufweisen. Drohend sperrt das Hauptportal seinen greulichen Rachen auf, aus dem uns versöhnend dereinst der Duft Bahlsen'scher Bäckereien und Süßigkeiten entgegen strömen soll! Und über dem Ganzen lagert das

flache Dach des Pharaonenreiches. Im Geiste ziehen an uns die zahllosen Holzschnitte aus Fergusson's Architekturgeschichte vorüber, und es will uns bedünken, als ob der weitgereiste und fast vergessene Brite aus olympischer Ferne einen dankbaren Blick auf die gute Stadt Hannover werfe, wo seinem Andenken ein so viel versprechendes Denkmal errichtet werden soll. Also hat er nicht umsonst die Welt durchstreift, und was er an reicher Ausbeute nach Hause brachte, hier schlägt es Wurzel.

Hier auf niedersächsischem Boden hat der Orient eine Wandlung zur Bodenständigkeit erfahren. Hannover ist ein flaches Land, eine Ebene und „die Ebene verlangt die „Schräge“, so verkündet uns Hoetger. Man kann zwar nicht einsehen, warum sie das tut, denn im Heimatlande der Tet-Göttin war es anders. Allein hier auf nordischen Gefilden hat sie sich anscheinend anders besonnen und dem trägt der Künstler in erfolgverheißender Erleuchtung durch die neubeheimatete Göttin in ergiebigem Maße Rechnung. Die „Schräge“ verkörpert sich im niedersächsischen Bauernhaus; dieses liefert in seiner Frontansicht zugleich „das Dreieck als Urform der nordischen Formmotive“. Setzt man zwei solcher Dreiecke aneinander, mauert man dazu einen Bogen auf die Dächer und fügt, wie es gar nicht anders sein kann, oben einen trapezförmigen Giebel hinzu, so erzeugt

„die Sehnsucht nach der Sonne die vertikale Gliederung“; es entsteht damit die zweite Grundform, der der Erfinder dieser tief sinnigen Formenlehre noch zwei Ableitungen hinzufügt, die er aber bedauerlicherweise ohne Begründung gelassen hat. Wahrlich, Gottfried Semper muß ob solcher Weisheit kläglich verstummen, er, der es sich redlich hat sauer werden lassen; in der Tat, ein tragisches Schicksal! Um uns aber recht deutlich das Verlangen der Ebene nach der „Schräge“ zum Bewußtsein zu bringen, zeigt uns Hoetger als Gegenstück das „Verlangen des Berges nach der Horizontalen und der Vertikalen“ in lapidarer Kürze.

Ich muß darauf verzichten, die Sinnlosigkeit dieser Thesen vor einem Kreise von Fachleuten ernsthaft zu erläutern. Wollen wir uns überhaupt den Hoetger'schen Thesen kritisch nähern, so wird es auch dem oberflächlichen Beobachter nicht entgehen, daß die Hoetger'sche Theorie der nach der Schräge verlangenden Ebene allein im Ausdruck eine sehr bezeichnende Unklarheit enthält. Was ist das für ein Ding, eine „Schräge“? Ist damit eine Fläche oder eine Linie gemeint? Hoetger wirft beides durcheinander. Bald scheint er damit die geneigte Dachfläche zu meinen, also eine schiefe Ebene, bald sehen wir eine Zusammensetzung schräger Linien in der Art, wie Kinder ihre Kartenhäuser zeichnen. Und was soll seine Behauptung, auf die Ebene als Grundelement bezogen, überhaupt heißen? Stehen nicht im Süden und im Orient lauter flachgebaute Städte ohne „Schrägen“ auf den weitesten Ebenen? Warum verlangt nur die nordische Ebene nach der „Schräge“? Ich kann nicht umhin, Hoetger das Lesen der Mielke'schen Aufsätze über die alten Hausformen zu empfehlen und will ihm die Begründung seiner Theoreme nach dieser Ermunterung vertrauensvoll überlassen. Vor der Hand müssen wir sowohl das Verlangen seiner Ebene nach der Schrägen als auch die Sehnsucht nach der Sonne als Zeugin der Vertikalen, als jeder sachlichen Begründung entbehrend, als Phantasien bezeichnen. Mit solchen Gemeinplätzen kann man vor der Welt der Fachleute nicht bestehen, ohne den Vorwurf der Oberflächlichkeit auf sich zu laden oder der Lächerlichkeit anheimzufallen! Auf eine Erörterung so unbegründeter Schlagworte kann sich kein ernsthafter Architekt einlassen. Die Werke der gesunden Baukunst gründen sich auf wirklicherem Boden. Der konstruktive Teil ihrer Aufgaben erfordert die eingehende Beschäftigung mit mathematischen und physikalischen Begriffen, als deren Ergebnis zunächst ein klares, jeder Phrase abholdes Denken hervorgeht. Der formale Teil, auf den Grundbegriffen der Symmetrie und Harmonie, des Rhythmus und des Gegensatzes beruhend und an die konstruktiven Vorgänge anknüpfend, tritt erst im fertigen Werk mit mehr oder weniger scharfer Prägung in die Erscheinung. Er läßt sich theoretisch schwieriger ausdrücken und begründen, denn er ist ungleich stärker an das Empfinden, also an seelische Vorgänge gebunden, als der erste. Die Alten haben ihn in die Formel vom guten Geschmack gekleidet und versucht, ihn durch Aufstellung der Proportionsgesetze dem Anfänger und dem Liebhaber der Baukunst zugänglich zu machen, ohne sich selbst bei ihren Schöpfungen sklavisch an das wandelbare Element dieser Gesetze zu binden. Wer sich einmal die Mühe genommen hat, die fleißigen Bücher des Alberti, des Vignola oder des Scamozzi durchzusehen, wird finden, daß aus diesen Werken eine unendlich reiche Erfahrung und eine große Klarheit des Denkens sprechen, und er wird nirgends auf Seichtigkeiten stoßen, wie die Hoetger'schen Phrasen vom Verlangen nach der Schräge und der Sehnsucht nach der Sonne. Die psychologische Begründung kunstsöpferischer Vorgänge ist erst in neuerer Zeit in die Kunstwissenschaft aufgenommen worden; sie ist ohne Frage interessant genug. Allein es liegt in ihrer Natur, daß sie nur rückblickend arbeiten, Gewesenes darstellen und zergliedern kann, während ihr die Kraft des Aufbaues abgeht. Die Schwierigkeit, die seelischen Vorgänge künstlerischer Schöpfertätigkeit zu erfassen, ist auch nicht klein und die Gefahr, sich dabei in müßige Spekulationen, die die Phrase im Gefolge haben, zu verlieren, um so größer. Wer unsere Tagesliteratur auf dem Gebiet der Kunstwissenschaft und der Künste kennt, wird diese philosophierende Richtung, wie sie noch obendrein von den Durchschnittsgeistern der Kunstpresse gehandhabt wird, nicht ohne Beklemmung betrachten. Wird hier schon Unheil genug durch die systematische Verwirrung der Begriffe und Meinungen angerichtet, wie viel schlimmer ist es, wenn nun gar die Künstler selber zu philosophieren anfangen und wie Hoetger über einem plötzlich aufstoßenden Gedanken alle gesunden Errungenschaften ehrlicher Arbeit vergessen und sie auf einem unvermuteten Einfall, dessen Richtigkeit in allen seinen Vorgängen und Folgerungen zu prüfen in trügerischer Erleuchtung nicht der Mühe wert befunden wird, eine neue Formgebung aufbauen, die zu den größten Merkwürdigkeiten führt und jedem konstruktiven Aufbau Hohn

spricht! So sehen wir die Hoetger'schen Architekturen erfüllt von allerlei unbegründeten „Schrägen“, die an jeder möglichen und unmöglichen Stelle auftauchen und über deren technischer Notwendigkeit und Möglichkeit ein Dunkel schwebt. Da aber, wo man die „Schräge“ am ehesten erwarten sollte, am Dach, ist sie geflissentlich vermieden.

Es liegt in der Natur jedes ehrlich arbeitenden Menschen, auch seine Mitmenschen, zumal wenn sie das gleiche Feld beackern, ernst zu nehmen. Und so wollen wir auch Herrn Hoetger sein ehrliches Wollen keineswegs a priori absprechen. Allein es ist wohl notwendig, daß er noch einmal gründlich mit sich zu Rate geht, im stillen Kämmerlein seinen Beruf und seine Grundsätze prüft und sich auf dem Gebiet der Architektur etwas gründlicher umsieht. Ich will es auch nicht als unmöglich bezeichnen, daß ein Bildhauer oder ein Maler sich zu einem guten Architekten entwickeln könnte, obwohl die Erfahrung mich skeptisch stimmt. Aber, wird man sagen können, auch ein Rafael war Maler und zeichnete für Pondolini und St. Peter! Nun, erstens war es ein Rafael, und außerdem stand er den Dingen der Architektur etwas näher, unternahm nichts, was die Begriffe auf den Kopf gestellt hätte, und hinter ihm lag das gründliche Studium der römischen antiken Baureste.

Was würde wohl Hoetger dazu sagen, wenn irgend ein unternehmungslustiger Architekt ohne jede Vorkenntnis der Anatomie und der plastischen Technik nach dem Grundsatz etwa: „das Weibliche verlangt das Rundliche“, eine Figur nach dem Muster der auf den schlesischen Jahrmärkten feilgebotenen Pflaumenmänner zurechtkneten und von der verblüfften Mitwelt Entzücken darüber verlangen würde? Allerdings, es wäre etwas Neues, und das Neue ist ja um seiner selbst willen schätzenswert, sei es sogar die „Tet-Göttin“ und die „Tet-Architektur“. Ein Grauen faßt uns, wenn wir all' die Möglichkeiten zu überblicken versuchen, die auf solcher Umstellung aller vernünftigen Begriffe denkbar sind. Statt planvoller Entwicklung auf gründlicher, vorbereitender Arbeit ein Sprung ins Reich der Willkür um des Auffallenden, um der Reklame willen. An sich wird man die Reklame nicht verwerfen wollen, obwohl sie nicht zu den erfreulichen Erscheinungen unserer Tage gehört, und da sie, die letzten Endes eine Macht- oder Geldfrage ist, der ehrlichen Arbeit eine große Gefahr bedeutet. Sie ist aber sehr wohl mit den Grundsätzen des guten Geschmacks vereinbar, dafür haben wir Beispiele genug und wir tun uns in Deutschland etwas Besonderes darauf zugute. Wo sie aber in einer so wenig geistvollen Form, wie bei der neuen „Tet-Stadt“ auftritt, verdient sie aufs Nachdrücklichste gebrandmarkt zu werden.

Als die Bahlens'schen Pläne in Hannover ausgestellt waren, richtete der „Hannoversche Architekten- und Ingenieur-Verein“ an Herrn Bahlens folgende Mahnung:

„Der Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hannover spricht gegen den Hoetger'schen Entwurf der „Tet-Stadt“ seine ernstesten Bedenken aus und erachtet es bei der Wichtigkeit der Angelegenheit und bei der Größe der Bauaufgabe für dringend wünschenswert, daß durch einen Wettbewerb auf Grund eines eingehenden Bauprogrammes eine bessere Lösung gesucht und gefunden werde.“

Sie blieb ohne Antwort. Auch der „Altsachsen-Bund“ gab sein Bedenken gegen den Entwurf kund, erhielt aber die Antwort, man möge die Sache nur Herrn Hoetger überlassen, er werde sie schon zum guten Ende führen; die flachen Dächer, die wohl Befremden erregt haben, seien durch die Technik bedingt und würden von ihm, Herrn Bahlens, verlangt. Vollends halte Bahlens nichts von Wettbewerben, sonst hätte er den Weg der Preisausschreibung schon von Anfang an beschritten.

Wir nehmen an, daß die Pläne auch außerhalb der Grenzen der Stadt Hannover manche Stimme des Widerspruches erwecken dürften. In Zeiten, in denen die nationale Sammlung auf allen Gebieten die Lösung der Zukunft bildet, sehen wir hier Mächte am Werk, die an den Wurzeln unserer Kraft, an der gründlichen, sachlichen und auf ernsthaftem Studium beruhenden Arbeit fressen. Wer die Bahlens'schen Erzeugnisse kennt, weiß, daß ihre Güte aus langjähriger Arbeit und der gründlichen Erfahrung eines wahrhaften Backgenies hervorgegangen ist. Der gute Geschmack feiert hier in handgreiflicher Weise seine Triumphe in den Erzeugnissen selbst und auch in der Form, in der alles geboten wird. Aber eine unselige Sucht nach dem Auffallenden, die sich gleichzeitig das Mäntelchen wissenschaftlichen Tiefsinnes umhängt, hat den umsichtigen Leiter eines großen Unternehmens auf falsche Bahnen geleitet und einen talentvollen Künstler in das Fahrwasser des Absonderlichen gelockt, wo er, von den Sirenen einer gekünstelten Originalität angezogen, der Lächerlichkeit mit vollen Segeln entgegen steuert. Solange das eine persönliche Angelegenheit des Künstlers ist oder des Bauherrn,

wäre sie für uns von geringem Interesse. Hier aber handelt es sich um eine öffentliche Angelegenheit, und da ist es nicht gleichgültig, ob etwa Gutes oder Absurdes gemacht wird, ob der Bürgerschaft ein Bauwerk von gutem Geschmack oder von reklamesüchtiger Willkür geboten wird. In unzähligen Vorträgen, Uebungen und praktischen Unterweisungen bemühen sich ungezählte Anhänger einer guten Sache, dem Volke darzutun, daß die Form sich aus der Sache entwickeln muß, und diesem Geiste der Sachlichkeit Eingang zu schaffen auf allen Gebieten kunstschöpferischer Betätigung, betrachten ihn als die geistige Grundlage aller zukünftigen Arbeit, als die starke Waffe gegen den Wettbewerb des Auslandes überall, wo deutsche Arbeit um Anerkennung und Raum zur Betätigung kämpft. Gegen solche Willkür, wie die der geplanten Bahlsen'schen Fabrik können wir uns nicht scharf genug wehren als gegen einen feindlichen Akt, der gegen Geist und Sitte verstößt und unser inneres Wesen empfindlich beleidigt. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, diesen Ueberfall abzuwehren zu helfen und Helfer zur Abwehr aufzurufen! —

Vermischtes.

Der neue Baseler Rheinhafen bei Kleinhüningen ist Gegenstand einer Vorlage des Schweizerischen Bundesrates an die Bundesversammlung gewesen, da man im Kanton Basel-Stadt glaubt, „es lägen nach dem Krieg alle Voraussetzungen vor, Basel zu einem internationalen Warenstapelplatz ersten Ranges zu machen“. Die Regierung des Kantons Basel-Stadt befaßt sich den M. N. N. zufolge schon seit geraumer Zeit mit dem Plan eines Schutz- und Wendebeckens mit Verladekai, um dem Bedürfnis nach größerem Bewegungsspielraum im Massengüter-Umschlag zu entsprechen. Sie beantragt daher bei dem Großen Rat in Basel für den ersten Ausbau der Kleinhüninger Hafenanlage einen Kredit von 3 500 000 Franken. Die bisherige Anlage auf dem linken Rheinufer von der elsässisch-schweizerischen Landesgrenze stromaufwärts für stromoffene Umschlagszwecke gestattete im Jahresverkehr die Bewältigung von 100 bis 130 000 t; sie eignet sich gut für den Umschlag auf die Bahnwagen, sowie für das Lagergeschäft in eigentlichen Kaufmannsgütern und Getreide, jedoch weniger zur Lagerung von Massengütern.

Ing. Gelpke betont in einem Gutachten über die fahrtechnische und allgemein wirtschaftliche Begründung der neuen Hafenanlage die Wichtigkeit des Planes für die gesamte Schweiz auch im Hinblick auf das durch den gebrochenen Schiff-Bahnverkehr erschlossene Hafenhinterland, das mit den angrenzenden Teilen Oesterreichs und Italiens auch noch die südlichen Teile des Sundgaues und die französischen Industriebezirke bei Belfort umfaßt, während es rechtsrheinisch bedeutende Gebietsteile Süddeutschlands einschließt.

Ein zweites Gutachten von Ing. B o s h a r d t über den Ausbau des Kleinhüninger Hafens stellt fest, daß im Parallelbecken des ersten Ausbaues mindestens 14 Tausendtonnenkähne, im Wenderaum mindestens 7 Tausendtonnenkähne festgelegt werden können, ohne daß der Umschlags-Betrieb beeinträchtigt oder die ein- und ausfahrenden Schleppzüge gehindert werden. Bei Hochwasser lassen sich im Hafen über 60 Tausendtonnenkähne unterbringen. Die nutzbare Breite der Einfahrt beträgt bei Mittelwasser 45 m oder 4—5 Schiffsbreiten. Das erste Hafenbecken soll an den schweizerischen Teil des badischen Verschubbahnhofes angeschlossen werden, der mit den schweizerischen Bundesbahnen verbunden ist. Die reichlich bemessenen Aufstell- und Rangiergleise auf dem Hafengelände gestatten die Zusammenstellung ganzer Güterzüge, die unverändert durch den badischen Bahnhof nach dem Güterbahnhof „Wolf“ der Bundesbahnen oder später nach dem neuen Güterbahnhof auf dem Mutterzer Feld geführt werden können. Nach dem vollständigen Ausbau des Hafens könnte ein Jahresumschlag von einer Million Tonnen bewältigt werden. Die Kosten des Vollausbauwerkes werden auf etwa 12 Mill. Franken veranschlagt.

Die Rheinschiffahrt von Straßburg nach Basel hat sich in kurzer Zeit zu einem beträchtlichen Umfang entwickelt. 1911 betrug der Gesamtverkehr 96,653 t, wovon die Talgüter 35 % betragen. Die dabei erzielten Frachtersparnisse beliefen sich auf 268 854 Franken. Bis zum 1. August 1914, an welchem Tage die Rheinschiffahrt unterbrochen wurde, sind 90,019 t transportiert worden. Ohne Unterbrechung würde der Jahresverkehr wahrscheinlich 120 000 t erreicht haben. Die Gesamt- und -Ausfuhr der Gütermenge über Basel betrug im Jahre 1913 allerdings 4,5 Mill. t. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß infolge mangels Niederwasser-schleppdampfer, notwendiger Schiffahrtseinrichtungen in Basel und infolge anderer Hindernisse die Schiffahrt nur während etwa 200 Tagen im Jahr betrieben werden kann. Die Entwicklung des Schiffahrtsverkehrs ist also noch einer großen Steigerung fähig, weshalb der Hafen in Kleinhüningen zur Notwendigkeit geworden ist. Diese Umschlagsvorrichtung ist auch deshalb notwendig, weil infolge der betriebstechnisch völlig verschiedenen Stromstrecken Straßburg-Basel und Basel-Bodensee hier ein Wechsel im Traktionsdienst erfolgen muß. Unterhalb Basel können die großen Räderboote verkehren, während oberhalb auf dem kanalisierten Strom durch die Schiffsschleusen nur bestimmte Schleppboottypen Bewegungsspielraum haben.

Der schweizerische Bundesrat knüpft die Gewährung einer Subvention von 50 % gleich 1,750 000 Franken an die Bedingung des Baues einer neuen Rheinbrücke, der von Basel längst geplanten Dreirosen-Brücke, über welche das Verbindungsgleis vom badischen Verschubbahnhof zu den S. B. B. gehen soll. —

Der Semper'sche Forum-Gedanke in Wien. Zu unseren Ausführungen über die Ausgestaltung des „Äußeren Burg-Platzes“ in Wien schreibt uns ein Leser, es möchte der Redaktion bei ihren erneuten Bemühungen, für den Wiener Burg-Platz den Semper'schen Forum-Gedanken in letzter Stunde womöglich zu retten, ein völliger Erfolg beschieden sein. Der Verfasser knüpft daran die Bemerkung: „Aber diese Idee, für die ich schon lange schwärme, ist fast zu schön, zu einfach und zu vernünftig, als daß man an einen solchen Erfolg auf dieser Erde noch glauben könnte“. Nun, wir haben die Hoffnung auf einen solchen Erfolg noch nicht verloren, trotz allem, was in Wien in den letzten Jahren zerstört wurde. —

Tote.

Professor Dr. Hermann Board †. Der um die nieder-rheinische Kunstpflege in hohem Maße verdiente Kunstgelehrte Prof. Dr. Herm. Board ist im Alter von nur 52 Jahren unerwartet gestorben. Aus dem Architektenstand hervorgegangen, widmete sich Board in Bonn bei Clemen, in Straßburg bei Dehio und in Heidelberg bei Thode der Kunstgeschichte und erwarb mit einer Arbeit über die viel untersuchte Kirche St. Maria im Kapitol in Köln den philosophischen Doktor. Hugo Rathgens und Hermann Eicken haben in den letzten Jahren diesem Bauwerk gleichfalls eingehende Untersuchungen gewidmet. 1903 wurde Board Konservator der Sammlungen der kgl. Kunstakademie in Düsseldorf; er leitete 1909 die Ausstellung für christliche Kunst, die hier mit großem Erfolg abgehalten wurde. Eine Geschichte der Akademie für deren Jubiläum 1919 blieb unvollendet. —

Wettbewerbe.

Im Wettbewerb um Entwürfe für Plakate der 8. Kriegsanleihe, ausgeschrieben vom „Verein der Plakatfreunde“ zu Berlin und beschriftet mit etwa 2000 Arbeiten, wurden 15 Entwürfe ausgezeichnet und 6 von diesen zur Ausführung bestimmt, und zwar der mit dem I. Preis gekrönte Entwurf von Horrmeyer, ein Kriegerkopf mit Kopfbinde; ein mit dem II. Preis gekrönter Entwurf von Sigris, Adler und Friedenstaube; ein mit dem III. Preis ausgezeichneter Entwurf von Plontke, Putte mit goldgefülltem Stahlhelm, sowie die durch Belobung hervor gehobenen Entwürfe von Otto Lietz (geflügelte schwingende Glocke), Oppenheim (Hand mit Sturmhelm) und P. Neumann (schwert-schwingender Krieger). —

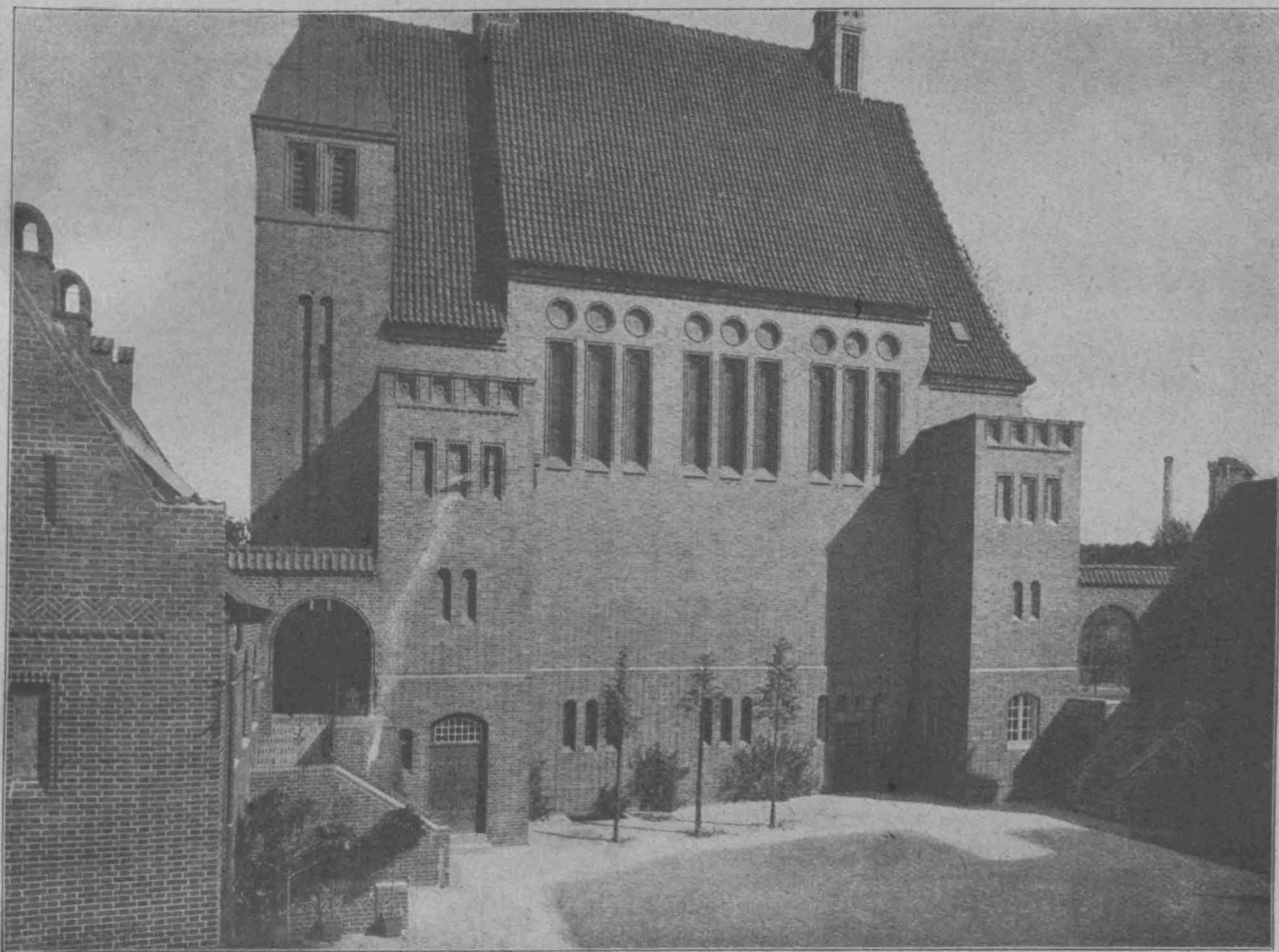
Im Wettbewerb des Landesgewerbe-Museums Stuttgart um Entwürfe für ein Erinnerungsblatt zur Kriegsanleihe sprach das Preisgericht den I. und den IV. Preis von 800 und 200 M. Franz Paul Glaß in München zu; den II. Preis von 400 M. J. B. Maier in München; den III. Preis von 300 M. sowie eine Ankaufsumme von 100 M. Heinz Keune in Berlin. Für je 50 M. wurden angekauft Entwürfe von K. Sigris und G. Schneek, beide in Stuttgart. —

Chronik.

Eine Ueberbrückung oder Untertunnelung des Bosphorus ist geplant, um eine feste, auch dem Straßenbahn-Verkehr dienende Verbindung zwischen dem europäischen und asiatischen Teil von Konstantinopel herzustellen. Der Bautenausschuß der türkischen Kammer hat kürzlich einen Gesetzentwurf genehmigt, der einen Kredit von 10 000 türk. Ps. (zu rd. 18 M.) zu Vorarbeiten und Bohrungen vorsieht, deren Ausführung bereits der Budapester Firma Siegmundi übertragen worden sind. Diese Bauten sollen schon im April d. J. in Angriff genommen werden. —

Inhalt: Die Kunstdenkmäler der Stadt Brandenburg. (Fortsetzung). — Die „Tet“-Architektur. (Schluß). — Vermischtes. — Tote. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



Ansicht von rückwärts. Links das Verwaltungs-Gebäude.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. № 20. BERLIN, DEN 9. MÄRZ 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Die Feuerbestattungs-Anlage in Danzig.

Architekt: Stadtbauinspektor R. Dähne, Oberleitung: Stadtbaurat Fehlhäber in Danzig.

Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen S. 91.



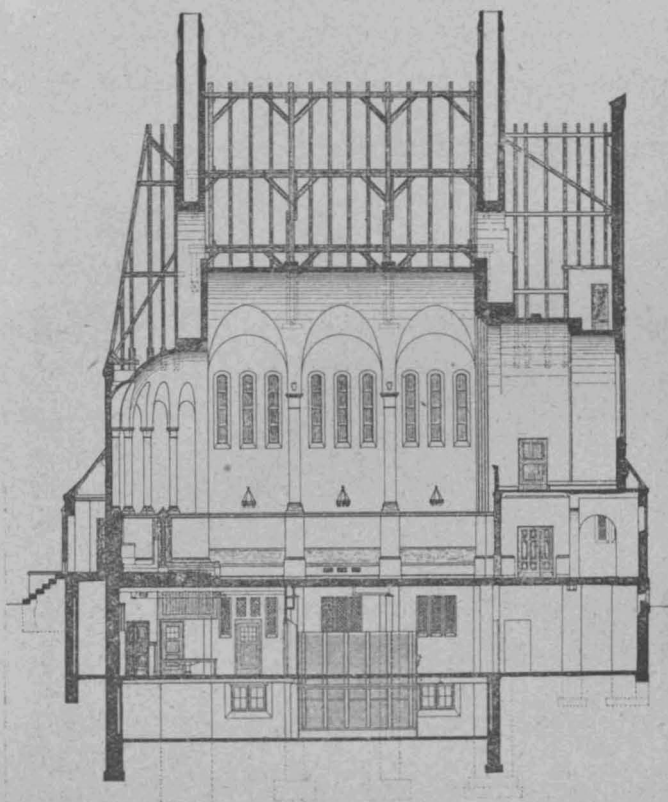
Nach Zulassung der Feuerbestattung in Preußen durch das Gesetz vom 14. September 1911 wurde am 6. Februar 1912 auf Antrag des Magistrates der Errichtung einer Feuerbestattungs-Anlage in Danzig durch die Stadtverordneten-Versammlung zugestimmt. Mit dem Bau wurde im April 1913 begonnen; seine Fertigstellung erfolgte im Oktober 1914. Die erste Einäscherung fand am 30. Oktober 1914 statt.

Die Entwurfs-Bearbeitung und die Bauleitung lagen in den Händen des Hrn. Stadtbauinspektors R. Dähne; die Oberleitung hatte Hr. Stadtbaurat Fehlhäber in Danzig.

Als Bauplatz wurde das der Stadtgemeinde gehörige Grundstück am St. Michaelsweg gewählt. Es hat eine Flächenabmessung von 2,0181 ha und liegt in nächster Nähe der großen Allee, die Danzig mit Langfuhr verbindet. Mit seiner hinteren Längsseite grenzt es an einen mit schönen Bäumen bewachsenen Schießstand. Auf der gegenüber liegenden Straßenseite befinden sich Friedhöfe, sodaß auf absehbare Zeit dort eine Bebauung mit Wohnhäusern ausgeschlossen ist. Wegen dieser Vorzüge und wegen der bergigen Beschaffenheit des Geländes war der Bauplatz zur Errichtung einer Feuer-

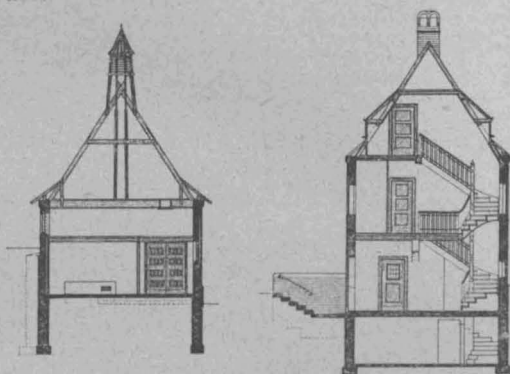
bestattungs-Anlage besonders gut geeignet. Die Gebäude wurden auf dem höchsten Punkt des Geländes, der 6 m über der Straßenkrone liegt, errichtet. Sie liegen 50 m von der Straße entfernt. Eine Einsenkung im Gelände wurde zur Anlage eines Wirtschaftshofes benutzt, um den die einzelnen Gebäude gruppiert wurden. Die tiefer liegende Fläche des Wirtschaftshofes ermöglichte es, das Unter-Geschoß des Einäscherungshauses, in dem sich die Verbrennungs-Anlage befindet, ebenerdig zu legen. Die Trauerhalle im Erdgeschoß wurde aus diesem Grunde ohne Ueberwindung einer hohen Freitreppe von der anderen Seite erreichbar. Als Zugang zur Trauerhalle wurde eine 5 m breite, allmählich ansteigende Allee angelegt, die nur von Fußgängern benutzt werden kann. Eine Wagenauffahrt ist nur zum Hof vorgesehen. Der Hof ist mit dem Platz vor der Trauerhalle durch 2 Freitreppen verbunden.

Die Trauerhalle hat Abmessungen von 14,4 : 9,7 m und kann 300 Personen aufnehmen. Im Sommer ist der Eintritt durch eine seitlich gelegene Vorhalle ermöglicht, im Winter erfolgt der Eingang durch einen Windfang, an den sich ein Kleideraum anschließt. In der Apsis der Halle ist die Versenkungs-Vorrichtung eingebaut, dahinter befindet sich der Altar. Die Versenkung wurde von der Firma E. Paschke & Co. in Freiberg i. Sa. geliefert. Gegenüber der Apsis befindet sich eine Empore für Sänger.



Längsschnitt durch die Trauerhalle. Maßstab 1:300, siehe S. 91.

Die Trauer-Halle ist mit einer Tonne überwölbt. Die Strebepfeiler sind nach innen gezogen und als Säulen ausgebildet worden. Hölzerne Zugbalken nehmen einen Teil des Schubes auf. Das halbe Kugelgewölbe der Apsis ruht ebenfalls auf Betonsäulen, die mit geschliffenem Kunstgranit verkleidet sind. Nach dem Krieg soll die Halle eine dekorative Ausmalung und ornamentale Bleiverglasung erhalten. Außer der Halle sind im Erdgeschoß noch Räume für Angehörige der Verstorbenen und für den Geistlichen nebst Toiletten vorhanden. Das ganze Erdgeschoß ist mit einer Luftheizung ausgestattet worden. Der Heizofen wurde nach System Kori gewählt.



Querschnitte durch die Leichenzellen und durch das Verwaltungs-Gebäude.

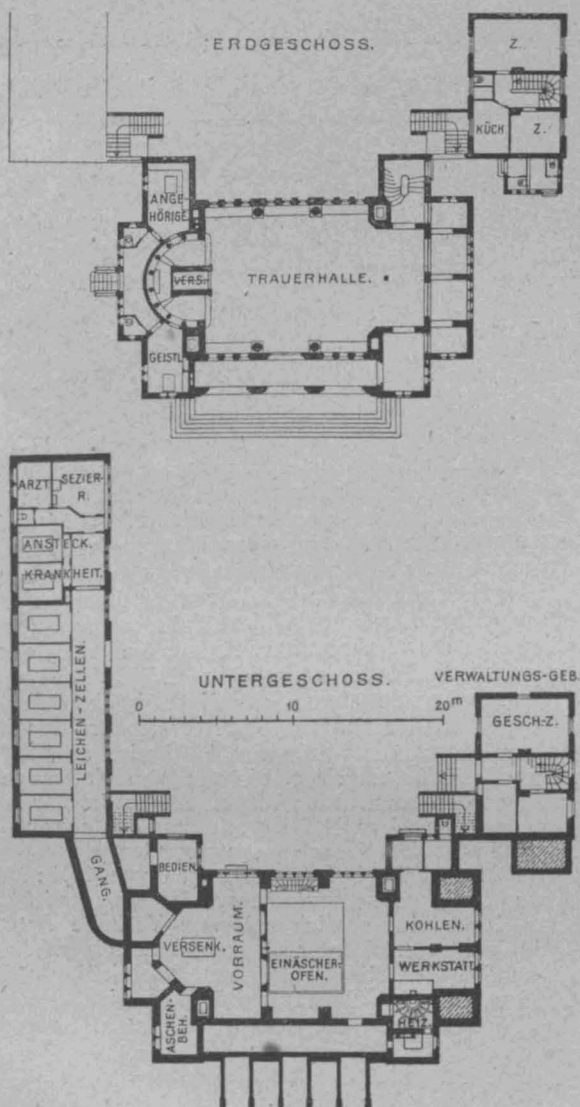
Im Untergeschoß findet die Einäscherung statt. Es ist Raum für 2 Verbrennungsöfen vorgesehen, von denen erst einer ausgeführt ist und zwar nach System R. Schneider in Stettin. Der Ofenraum geht durch 2 Geschosse. Vor den Öfen ist ein besonderer Raum angelegt, in dem die Versenkung endigt und der durch einen unterirdischen Gang mit dem Leichenhaus in Verbindung steht. An Nebenräumen sind außerdem noch vorhanden: ein Kohlenraum, eine Werkstatt und ein Raum zum Verschließen der Aschenbehälter.

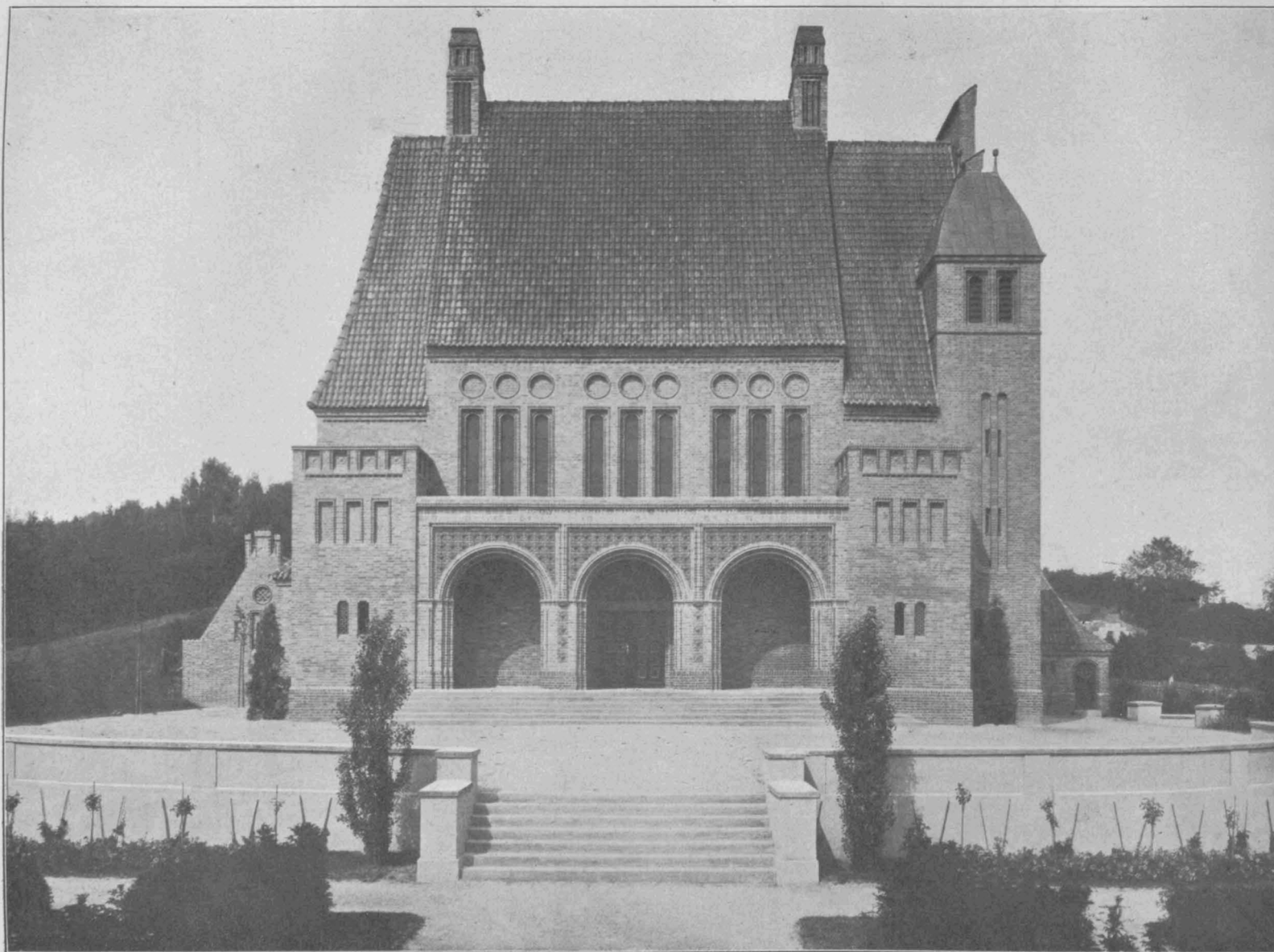
(Schluß folgt).

Vertretung von Technik und Baukunst im preußischen Herrenhause.

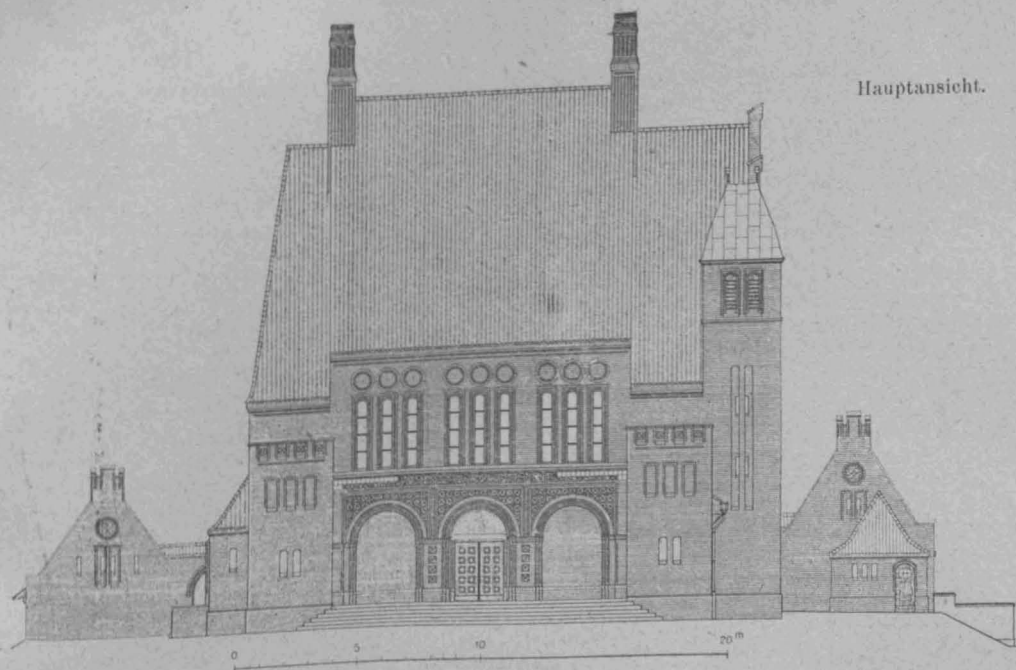
Der Gesetzentwurf vom 22. November v. J., der eine anderweite Zusammensetzung des preuß. Herrenhauses unter Heranziehung weiterer Berufsstände vorsieht, hat eine lebhaft Agitation ausgelöst, die der Technik und Baukunst (sowie der Kunst überhaupt) eine angemessene Vertretung in dieser Körperschaft sichern will. Das gilt übrigens nicht nur für das preuß. Herrenhaus, sondern auch für die I. Kammer anderer Bundesstaaten, denn überall machen sich Reformbestrebungen nach dieser Richtung geltend. Zunächst ist Sachsen auf diesem Wege gefolgt.

Die bisherigen Bestimmungen kennen ein Recht auf Vertretung von Technik und Baukunst überhaupt nicht. Während den Universitäten ein solches für das preuß. Herrenhaus von jeher zustand, sind bisher nur aus besonderem königlichen Vertrauen und aus freier Entschliebung eine Anzahl von Vertretern der preußischen technischen Hochschulen auf Lebenszeit ins Herrenhaus berufen worden in Anerkennung der Bedeutung technischer Wissenschaft, nämlich: Müller-Breslau und Riedler für Berlin, Launhardt für Hannover, Borchers für Aachen, Krohn für Danzig. Einige im praktischen Berufsleben stehende Ingenieure befinden sich ebenfalls unter den dergestalt Berufenen: Lueg in Düsseldorf, Siemens in Berlin, Springorum in Dortmund, doch gilt die Berufung hier wohl weniger dem Techniker als dem Großindustriellen. Ein Künstler befindet sich unter den bisher Berufenen überhaupt nicht. Auch für Bayern gelten ähnliche Verhältnisse, nur ist hier die Technische Hochschule bisher noch gänzlich unvertreten, während in die Kammer der Reichsräte als lebenslängliche Mitglieder v. Miller und v. Rieppel aus königlichem Vertrauen berufen sind, die Technik und Großindustrie vertreten. Auch Sachsen entbehrt für die Technische Hochschule bisher noch des Vertreters, während in Württemberg v. Bach, in Baden v. Oechelhäuser diese in der I. Kammer vertreten. Und zwar besteht hier, ebenso wie in Hessen bereits ein Rechtsanspruch

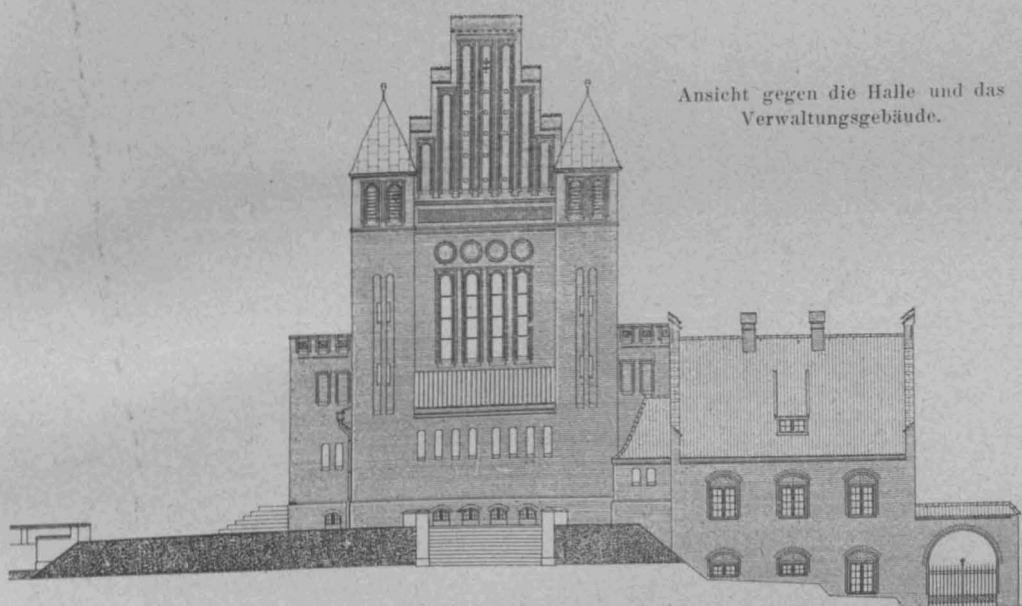




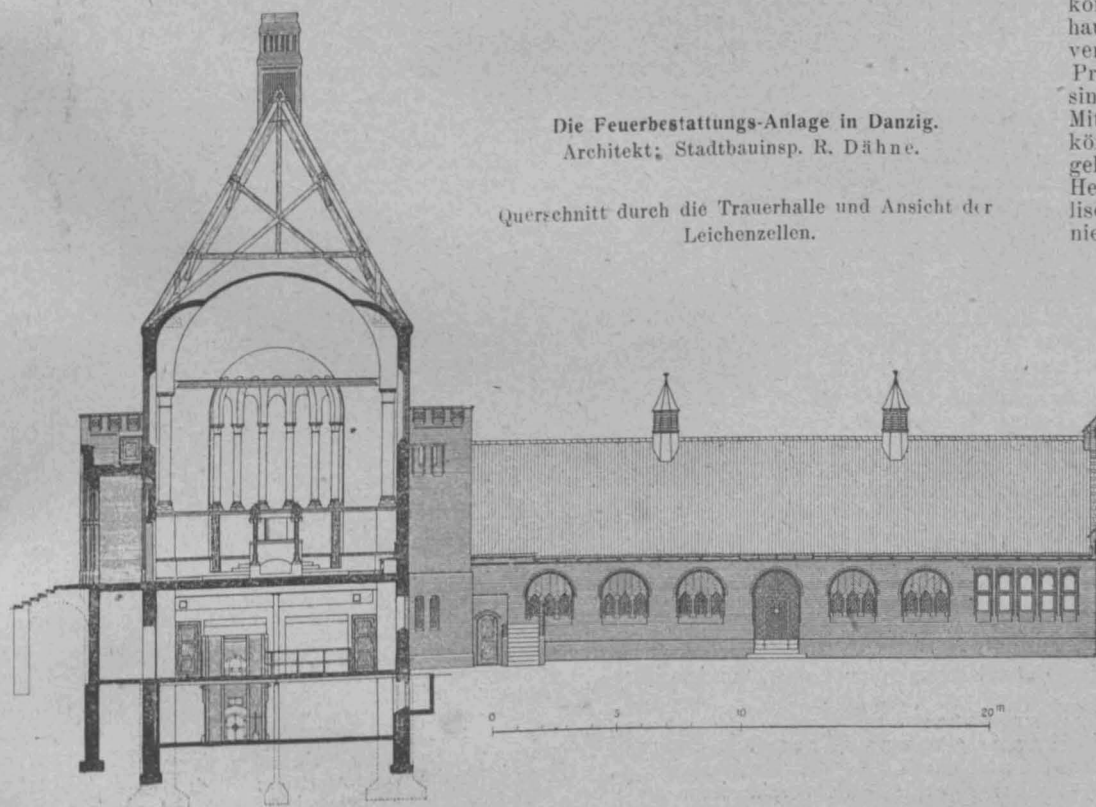
DIE NEUE FEUERBE-
 STATTUNGS-ANLA-
 GE IN DANZIG. AR-
 CHITEKT: STADT-
 BAUINSPEKTOR
 R.DÄHNE, DANZIG.
 HAUPTANSICHT.
 === DEUTSCHE ===
 BAUZEITUNG
 52. JAHRGANG 1918.
 *** NO. 20. ***



Hauptansicht.



Ansicht gegen die Halle und das Verwaltungsgebäude.



Die Feuerbestattungs-Anlage in Danzig.
Architekt: Stadtbauinsp. R. Dähne.

Querschnitt durch die Trauerhalle und Ansicht der Leichenzellen.

der Technischen Hochschule auf Vertretung. In Baden gehören auch ein Großindustrieller und Techniker (Chemiker) Dr. Schött in Heidelberg und ein Künstler Exzell. Dr. Thoma der I. Kammer an. Hier muß aber alle 4 Jahre, entsprechend der Dauer der Landtagsperiode, Neuernennung erfolgen. Was nun zunächst den sächs. Gesetzentwurf betrifft, so gesteht dieser der Technischen Hochschule das Präsentationsrecht für einen Vertreter zu, auch in beschränktem Maße dem Handel und der Industrie. Unter letzteren können natürlich auch Vertreter der Technik sein, besonders vorgesehen ist das aber nicht. Die preuß. Vorlage stellt die technischen Hochschulen erfreulicherweise den Universitäten jetzt völlig gleich mit der Begründung: „Neben den Landes-Universitäten haben in den letzten Jahrzehnten, die unter dem Zeichen höchster technischer Errungenschaften standen, die technischen Hochschulen ihren vollwertigen Rang im wissenschaftlichen Leben errungen. Sie können im Herrenhause nicht unvertreten bleiben“. Präsentationsfähig sind nur ordentliche Mitglieder des Lehrkörpers, die Zugehörigkeit zum Herrenhause erlischt mit der Amtsniederlegung, ist im übrigen aber nur auf die Dauer von je 12 Jahren gegeben, wie denn überhaupt die Mitgliedschaft auf Grund von Präsentation in der Zeitdauer beschränkt werden soll, um den jeweiligen Wünschen der zu vertretenden Körperschaften besser zu entsprechen. Die übrigen Fachhochschulen, also

auch die Hochschulen der bildenden Künste (die übrigens überhaupt nicht genannt sind), sollen keine Vertretung erhalten, „weil es zu weit führen würde“.

Das Präsentationsrecht sollen ferner Handel und Industrie erhalten und zwar in doppelter Weise. Einmal sollen 36 (je 3 im Durchschnitt für jede Provinz) Leiter großer Unternehmungen der Industrie oder des Handels für die Dauer ihrer leitenden Stellungen auf Grund von Präsentation berufen werden. Die Vorschläge sollen von einer besonders zu bildenden Körperschaft ausgehen, die „aus Vertretern der zur Wahrnehmung gemeinschaftlicher Interessen gebildeter Vereinigungen der großen Wirtschaftsgruppen bestehen soll“ oder wie es in der Begründung noch ausführlicher heißt, „der großen bauständischen Interessenvereinigungen, welche über den Rahmen örtlicher und fachlicher Rücksichten hinausgehend der Geltendmachung allgemeiner Interessen dienen“. Andererseits sollen 36 weitere Vertreter des Handels und der Industrie auf 12 Jahre berufen werden auf Grund von Präsentation durch die Handelskammern, die bekanntlich zurzeit nach der Richtung einer besseren Vertretung der Industrie als bisher ausgebaut werden sollen. Unter diesen Vertretern der Großindustrie im Herrenhaus werden voraussichtlich auch Techniker sein, ein Anspruch darauf ist aber nicht gegeben. Dasselbe gilt von den auf 150 beschränkten, nach dem Gesetzentwurf aus königlichem Vertrauen auf Lebenszeit zu berufenden Mitgliedern, die aus allen Berufsständen entnommen werden können.

Nach dem Gesetzentwurf würde also in Zukunft nur der technischen Wissenschaft, vertreten durch die technischen Hochschulen, ein Anspruch auf Vertretung gege-

ben sein, dem großen Berufsstand der Techniker als solchem, trotz der gewaltigen, man kann wohl sagen herrschenden Bedeutung der Technik in unserem heutigen Wirtschaftsleben aber vorenthalten bleiben. Dasselbe gilt von der Baukunst und der Kunst überhaupt trotz der wichtigen Rolle, die diese als Kulturfaktor in unserer heutigen Zeit spielen. Dagegen ist bereits mit Recht Einspruch von verschiedenen Seiten erhoben worden, für die Kunst u. a. durch die „Deutsche Kunstgenossenschaft“ und einen neugebildeten „Deutschen Ausschuß für Kunst“, und für die Technik durch den „Deutschen Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine“, in dem u. a. auch die Baukunst durch den „Verband Deutscher Arch.- u. Ing.-Vereine“ vertreten ist. Letzterer, sowie der B. D. A. haben noch besondere Eingaben gemacht. Es wird das Präsentationsrecht für diese Berufsstände gefordert. Dem Entwurf, daß es dazu an den geeigneten Körperschaften fehle, wird die Spitze abgebrochen durch den Hinweis auf den Weg, den die Gesetzesvorlage selbst hinsichtlich der Körperschaft für die Vertretung von Handel und Industrie gewählt hat, denn auch da handelt es sich nicht um Körperschaften fester rechtlicher Form.

Wir können uns diesen Bestrebungen nur mit aller Entschiedenheit anschließen und empfehlen dringend ein einmütiges Zusammengehen von Technik und Baukunst, um das Ziel zu erreichen. Nach den bisherigen Verhandlungen im Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses sind die Aussichten allerdings nicht sehr groß, ist doch sogar die Zahl der Vertreter, welche der Industrie bewilligt werden sollen, gegenüber dem Gesetzentwurf wesentlich herabgesetzt worden. —

Vermischtes.

Technische Leiter der Geschäfte der Baupolizei. Der Öffentlichkeit sind Mitteilungen zugegangen, nach welchen der preußische Staat die Uebergabe der Geschäfte der Baupolizei an die Städte plant. Wir glauben diese Mitteilungen für zutreffend halten zu können. Diesen Anlaß benutzte der „Architekten-Verein“ zu Berlin, an die Oberbürgermeister der Städte Berlin, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Charlottenburg, Neukölln und Potsdam eine Eingabe zu richten, in der er die Anregung gibt, mit der Leitung der Geschäfte der Baupolizei als Vertreter des Oberbürgermeisters einen technisch vorgebildeten höheren Beamten zu betrauen, wie das bereits seit 15 Jahren die Stadt Essen tue, was in Bezug auf die bauliche Entwicklung dieser Stadt zu den größten, in weiten Kreisen anerkannten Erfolgen geführt habe. Die Eingabe, der wir in vollem Maß zustimmen und die auch den geeigneten Zeitpunkt wohl erfaßt hat, weist mit Recht darauf hin, daß die Absicht des Staates in eine Zeit falle, in der die Städte vor großen städtebaulichen Aufgaben stehen, da es gelte, für das Wohnen der aus dem Felde heimkehrenden Bürger neue Grundlagen zu einer gesunden und schönen Bauweise zu schaffen. Zudem werde der Baupolizei in der kommenden Uebergangszeit die schwierige Aufgabe erwachsen, die Bautätigkeit wieder zu neuem Leben zu erwecken, und ihr technische Erleichterungen zu verschaffen. Wenn in dieser Beziehung die technischen Fortschritte bis zum letzten der guten Sache nutzbar gemacht werden sollen, so bedürfe es technisch geschulter Beamten mit weitem Blick, denen zugleich Einfluß einzuräumen sei auf die Bebauungspläne, die Geländeaufteilungsfragen, die Bauberatung und die Wohnungspolizei. Es handle sich, wie die Eingabe zutreffend ausführt, um eine schöpferische, anregende Tätigkeit, die aber nicht zur vollen Entfaltung kommen könne, wenn den leitenden technischen Beamten nicht auch äußerlich, im Rahmen der städtischen Beamtenkörper, eine selbständige Stellung gewährt werde. —

Fragen des Bauschulunterrichtes behandelt eine Eingabe, die der „Innungs-Verband Deutscher Baugewerksmeister“ in diesen Tagen an die zuständigen Stellen gerichtet hat. Die darin gegebenen Anregungen und Vorschläge beziehen sich in erster Linie auf das Veranschlagungswesen und die Unkosten-Berechnung. Es wird dabei die Vertiefung dieser Lehrfächer als eine dringende Forderung unserer Zeit bezeichnet. Es muß nach der Ansicht des Innungsverbandes für eine den Entwicklungsstadien der Arbeitsausführung folgende Methode der Preisermittlung in den Lehrplänen der Bauschulen ein größerer Raum geschaffen werden als bisher, damit in den Unterrichtsanstalten zum mindesten der Grund gelegt wird, von dem aus die jungen Leute zum Verständnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge in der Ausübung ihres Handwerkes gelangen können. Ein solches Verständnis ist unter den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen not-

wendiger denn je; unsere ganze Wirtschaftsführung muß bis ins Kleinste durchdrungen sein von Sparsamkeit und Planmäßigkeit. Dazu aber gehört vor allen Dingen, daß jeder Einzelne rechnen lernt und sich der großen Bedeutung bewußt wird, die eine sorgsame Befolgung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit für ihn und die Allgemeinheit hat. Auch eine Vertiefung in der Formenlehre erscheint dem Innungs-Verband nötig, nachdem ihm über einen Mangel in den Leistungen auf diesem Gebiet Klagen, insbesondere aus Schlesien und Braunschweig, zugegangen sind. Wenn auch von den Bauschülern nicht ein Eingehen auf künstlerische Einzelheiten der Architektur verlangt werden kann, so sollten ihnen aber gewisse baukunstgeschichtliche Kenntnisse doch so zu eigen werden, daß ihnen die Handhabung der Gliederungen einfacher Gesimse und Schmuckformen sowohl im Äußeren der Gebäude wie im Innenbau keine Schwierigkeiten bietet. Die soziale Gleichstellung aller an den Bauschulen wirkenden Lehrer ist ein weiterer Wunsch des Innungs-Verbandes, wie auch als dringend notwendig erkannt wird, daß das Zahlenverhältnis der aus der Praxis entnommenen Bauschullehrer zu den akademisch ausgebildeten Lehrkräften in der Folge günstiger als bisher gestaltet wird. Die Bauschulen sind in erster Linie Stätten der Förderung der handwerklichen Entwicklung des Baufaches; ihre Wirksamkeit dürfte sich somit um so erfolgreicher gestalten, je enger der Anschluß ist, den sie selbst an das Bauhandwerk nehmen, was wiederum am zweckmäßigsten dadurch geschieht, daß möglichst viele tüchtige Männer der Baupraxis zu Vermittlern der Kenntnisse des Lehrstoffes berufen werden. Schließlich wird in der Eingabe der Wunsch des Innungs-Verbandes auf Zuerkennung des militärischen Einjährig-Freiwilligen-Rechtes von neuem vertreten. —

Wettbewerbe.

Im Wettbewerb der Bayerischen Landesgewerbe-Anstalt in Nürnberg zur Erlangung von Entwürfen zu Wohnungs-Einrichtungen gewannen I. Preise Arch. F. J. W. Keppler, Ed. Tobler und Arch. Alb. Voelter; II. Preise Aug. Austel, Arch. F. J. W. Keppler, Ed. Tobler und Ad. Tutz; III. Preis Ad. Clemençon, Dipl.-Ing. Fritz Landauer, Emma Linden, Arch. Alb. Voelter und Marianne Zumbusch. Zum Ankauf wurden empfohlen Entwürfe von E. Bauer, Arch. Herm. Berndt, Arch. A. Clemençon, Arch. Fr. Holz, Emma Linden, H. Ranninger und Ad. Tutz. —

Inhalt: Die Feuerbestattungs-Anlage in Danzig. — Vertretung von Technik und Baukunst im preußischen Herrenhause. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Die Feuerbestattungs-Anlage in Danzig.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. № 21. BERLIN, DEN 13. MÄRZ 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Studien zur städtebaulichen Gestaltung des Elias-Friedhofes zu Dresden.

Von Professor Alphons Schneegans in Dresden. Hierzu die Abbildungen S. 95 und 96.

Vor einiger Zeit wurde in Dresden ein Wettbewerb um die städtebauliche Gestaltung des Elias-Friedhofes ausgeschrieben. Einige Entwürfe wurden mit Preisen gekrönt, doch wurde ausdrücklich ausgesprochen, daß die Arbeiten auf die weitere Entwicklung dieser für Dresden hochwichtigen Frage keinerlei Wirkung haben würden. Mit einem Wort: Der Wettbewerb blieb ergebnislos. In Folgendem soll der Versuch unternommen werden, die einschlägigen Probleme zu untersuchen, um in der Beurteilung der ganzen Frage größere Klarheit zu schaffen.

Jeder, der je mit städtebaulicher Aesthetik zu tun gehabt hat, weiß, daß keine künstlerischen Aufgaben so unfrei sind, wie die städtebaulichen. In den meisten Fällen — und auch beim Elias-Friedhof in Dresden — sind bestehende Werte vorhanden, die unverrückbar auf die Lösung der Aufgabe den größten Einfluß ausüben müssen. Sie sind in die Rechnung als bekannte Faktoren einzusetzen und daher wird der Künstler nicht immer in der Lage sein, unbedingt eine ideale Arbeit hinzustellen.

Die Umgebung des Elias-Friedhofes, wie sie heute besteht, kann man wohl als die denkbar ungünstigste bezeichnen. Und das gerade von städtebaulichen Gesichtspunkten aus. Die Sachsen-Allee, die in ihrer Breite von 40 m berufen wäre, zu einem bedeutenden Stadtteil oder einer hervorragenden Anlage zu führen, endet in ein Nichts, indem weder die Elias-Straße noch die angrenzenden Anlagen in ihrer Richtung oder in ihrer Bedeutung irgendwie Beziehung zur Sachsen-Allee behalten (Abbild. 1).

Der Elias-Platz kann einen solchen Namen gar nicht beanspruchen, da er doch nur eine Kreuzung von verschiedenen Straßen ist. Selbst das Johannstädter Stadthaus vermag es nicht, hier Gleichgewicht zu schaffen. Die Elias-Straße schiebt sich beziehungslos in die Raumgestaltung hinein. Die Pestalozzi-Straße kommt schiefwinkelig auf den Friedhof zu. Nur die Ziegel-Straße hat eine in sich und zum Elias-Friedhof geschlossene Lage. Sie wird zum Teil vom kgl. Amtsgericht unterstützt, welcher Bau in einer gewissen Monumentalität das Bild beherrscht. Blickt man aber vom Elias-Friedhof aus nach Süden, so sieht man in die häßlichen Höfe der an Elias- und Pestalozzi-Straße stehenden Häuser. Nach Westen rücken die Häuser weiter weg, jedoch auch hier gleitet der Blick über die alten gebrechlichen, niedrigen Arkaden und Umwehrungsmauern des Friedhofes ungehindert in recht unwürdige Höfe; die Häuser hören mit ihren abscheulichen Brandgiebeln auf und starren lieb- und reizlos in die poetisch-verträumten Anlagen des alten Gottesackers (Abbild. 2, 4 und 5, S. 96).

Will man nun einen Begriff der städtebaulichen Umgebung in sich aufnehmen, um sie in dem Problem richtig zu werten, so genügt es nicht, den Lageplan sich anzuschauen; auch kleine Bildchen oder Photographien sind nicht in der Lage, restlos aufzuklären, sondern es ist einzig und allein Erfolg versprechend, sich selbst dahin zu begeben und Alles gewissermaßen mit zu erleben und voll in sich aufzunehmen. Man muß erfüllt sein von dem, was man da sieht; man wird dann erst die Möglichkeit haben, diese Werte richtig in die Rechnung einzusetzen und so näher zum Ziel kommen.

Was den Friedhof selbst anbetrifft, so besteht bei der vorliegenden Aufgabe unter den Künstlern wohl nur eine

Meinung, nämlich die, bei seinem großen künstlerischen und kunstgeschichtlichen Werte es als heiligste Pflicht anzusehen, seine Schönheiten als bleibendes Denkmal zu erhalten. Daher spitzt sich die Aufgabe dahin zu, den Elias-Friedhof selbst möglichst nicht zu verändern, sondern ihm nur eine bessere Umgebung zu verleihen. Man könnte daran denken, ihn frei und offen dem Genuß des Volkes preiszugeben und ihn als Bildungsstätte für Jedermann zu betrachten, zugleich aber als Anlage der Erholung für den Städter, der genötigt ist, in der seelenlosen Mietskaserne zu wohnen und Gefahr läuft, langsam den Sinn für Natur, für Blumen und Bäume zu verlieren.



Abbildung 3.

Für Erzielung einer besseren Umgebung ist es in die Augen fallend, daß der Blick in die Höfe nach Süden und Westen gehemmt werden muß. Es wäre das einfachste, man würde in der Höhe der herantretenden Brandgiebel der Elias- und Pestalozzi-Straße große Häuserfronten aufstellen, die den Friedhof von dieser Umgebung ganz loslösten und ihn selbst umrahmten. Ein Blick auf den Lageplan zeigt aber die Schwierigkeiten, die dabei entstünden in der Frage: wo sollen diese Häuser stehen? (Abbild. 6 u. 7, S. 95).

Stellt man die Häuser außerhalb des Friedhofes selbst, so werden die Rechte der privaten Grundeigentümer berührt, was nicht immer leicht zu lösen ist. Es ist auch zu bedenken, daß zu den Häusern eine Straße gehören muß, damit man zu ihnen mit Lastwagen gelangen kann. Die Gemeinde müßte also Land erwerben und etwa eine Straße von 12 m um den Friedhof herum anlegen. Stellt man aber die betreffenden Häuserfronten in die jetzige Friedhof-Anlage hinein, so würde bei der normalen Tiefe von Wohnhäusern und einer nur 6 m breiten Straße Manches zerstört werden, was uns am Herzen liegt zu erhalten.

Dabei ist nun aber noch eine andere Frage mit zu beantworten, die für die ganze Erscheinung von größter Bedeutung ist, nämlich wie der Friedhof nach den Straßen zu abgeschlossen werden soll. In Hannover sind alte Friedhöfe

eine „Grünanlage“ innerhalb der Mietskasernen, wobei die „poetisch-verträumten“ Wege des Friedhofes von nüchternen Steinkästen rund umgeben wären.

In verschiedenen der eingereichten Entwürfe war der Gedanke aufgenommen, den Friedhof von Arkaden zu umschließen und ihn so von der Unruhe des modernen Verkehrs zu trennen. Man griff hier zurück auf die Erscheinung der alten Klosterhöfe; auch führten die noch jetzt teilweise erhaltenen Bogenstellungen leicht auf diese Form zu. Man stelle sich also vor, der ganze Friedhof würde von solchen Arkaden von etwa 3,50 m Höhe umgeben, rundum, und trete kritisch an eine solche Schöpfung heran. Die alten Klosterhöfe sind alle ganz erheblich kleiner, auch der alte Friedhof in Halle a. S. ist kleiner, ebenfalls der alte Campo santo in Pisa. In ihren kleinen Verhältnissen sind sie ausgezeichnet und die Wechselwirkung von Flächenmauern und Höhen der Umgebung ergänzt sich sehr gut. Im vorliegenden Fall würde aber zweifellos eine Bogenstellung in den Abmessungen der heute bestehenden Reste aus der alten Zeit von der Fläche verschluckt werden und nicht die Kraft besitzen, der Anlage als Umrahmung zu dienen (Abbildung 8, S. 95).

Es käme noch Eines hinzu. Ein Arkade von den heute bestehenden Größenverhältnissen wird den Blick von der häßlichen Umgebung nicht absperren, und so wäre man immer noch genötigt, außerhalb des Friedhofes die vorhin skizzierten Baufronten mit Straße aufzuführen, um wenigstens Ordnung zu schaffen. Ob aber dann ein noch so reizendes kleines Bauwerk, wie beispielsweise eine stimmungsvolle Kapelle, oder eine Toranlage, oder ein Parkhäuschen an der einen oder anderen Stelle des Friedhofes angelegt würde, täte gar nichts zur Sache, denn erst muß die Aufgabe städtebaulich als Raumgestaltung behandelt werden, ehe die kleinen Einzelheiten zur Erwägung kommen. Und wenn auch eine solche architektonisch meisterhaft erdachte Schöpfung von allen angrenzenden Straßenzügen als Zielpunkt erschiene, so wäre damit der städtebaulichen Lösung nicht im Mindesten näher gerückt, die selbst in der Lösung ganz anderer Probleme liegt.

Bei der uns vorschwebenden Gestaltungsform wäre natürlich auch die Frage zu

besprechen, wie diese Arkade nach den Straßen zu behandelt werden sollte. Läßt man sie überall geschlossen, so hat man die Erscheinung des Campo Santa von Pisa in vergrößerter Gestalt vor sich — kahle Mauern rund herum mit einem oder zwei Eingängen. Für die Straßen selbst wäre es allerdings wenig ansprechend, würde auch dem Charakter einer öffentlichen Anlage nicht sehr entsprechen. Würden aber die Arkaden ganz offen gelassen, so wären damit auch überall Zugänge verbunden, sodaß kein Platz übrig bliebe, an Wänden hervorragende Denkmäler vor Regen und Schnee zu schützen, wie das vielfach gefordert wurde.

Die städtebauliche Gestaltung aber wäre in solcher Form sicher beherrscht von den angrenzenden hohen Mietskasernen und dem kgl. Amtsgericht. Die Arkade ringsum würde nach dieser Richtung hin keine große Rolle spielen. Mir scheint es, daß sie dann besser ganz wegfielen, denn in der Baukunst sind doch immer wieder nur die Lösungen wirklich erhebend, bei denen von allem Ueberflüssigen Abstand genommen wird und das Problem so abgeklärt auftritt, daß kein Glied in der Gestaltung entbehrlich ist. Dann sind solche Schöpfungen auch allgemein verständlich. — (Schluß folgt.)

Vermischtes.

Wohnungsamt und Siedlungs-Gesellschaft in Dortmund. Die Dortmunder Stadtverordneten-Versammlung hat am 25. Febr. 1918 nach eingehender Beratung in den zuständigen Kommissionen und Deputationen die Gründung einer gemeinnützigen Dortmunder Siedlungs-Gesellschaft m. b. H. unter Beteiligung mit 1,2 Mill. M.



Abbildung 1. Lageplan des Elias-Friedhofes in Dresden.

ganz frei, nur als Anlagen, in den Stadtplan eingefügt. Das wäre hier ohne weiteres möglich. Wir hätten dann eine Anlage von durchschnittlich 175 m Länge und 75 m Breite vor uns, die von viergeschossigen Häusern umgeben wäre, oder von 200 m Länge und 80 m Breite bei dem in Bild 6 dargestellten Vorschlag. Hier stößt man auf die jedem Baukünstler geläufige wichtige Frage der absoluten Größenverhältnisse. Jetzt ist nicht mehr Zeit, mit Stimmungswerten zu arbeiten, sondern es stehen wirkliche Zahlen da, die zu beurteilen sind, und so ist die Frage aufzustellen, was eine Anlage von solchen Abmessungen zu bedeuten hätte. Das Eine kann wohl sofort beantwortet werden, daß die Erscheinung eines Platzes nicht vorliegen würde. Dafür sind die Flächenmaße zu groß gegen die Höhe der Umgebung. Der Altmarkt in Dresden ist uns wohl bekannt, und sicher sind hier die Größen der Fläche in bester Wechselwirkung zu denjenigen der umschließenden Häuser. Hingegen kann man beispielsweise bei der Beurteilung des Dönhoff-Platzes in Berlin nicht dasselbe behaupten. Es liegt aber noch ein Punkt der Beurteilung zugrunde, nämlich wieviel das menschliche Auge zugleich aufnehmen kann, und so muß auch der Unterschied der Wirkung des Dresdner Altmarktes und des Dönhoff-Platzes in Berlin bewertet werden.

Die alten Friedhöfe in Hannover, die als Anlagen dem Verkehr offen gelassen sind, kann man ebenfalls nicht als Plätze bezeichnen, und ähnlich dürfte wohl die Erscheinung des Elias-Friedhofes auch werden, wenn er in der vorherzeichneten Art behandelt werden würde. Darüber müßte man sich aber klar sein, daß eine ästhetisch wirkungsvolle Anlage nicht unbedingt entstünde. Es wäre schließlich nur

Stammeinlage seitens der Stadt und eines städtischen Wohnungsamtes einstimmig genehmigt. Das Wohnungsamt wird unter der Leitung eines Direktors stehen. Nach den in München gemachten Erfahrungen kann es nur freudig begrüßt werden, daß die Organisation im Einzelnen dem zu wählenden Direktor im Wesentlichen überlassen bleiben soll. Bei den großen Aufgaben, die dieser Stadt des Eisens und der Kohle auch auf den Gebieten des Wohnungswesens bevorstehen, dürfte hier einer tüchtigen Kraft ein hervorragendes Betätigungsfeld geboten sein, zumal es dem Vernehmen nach nicht ausgeschlossen sein soll, daß dem Direktor des Wohnungsamtes im Fall besonderer Eignung gleichzeitig die Stelle eines Geschäftsführers der mit einem Stammkapital von 2 Mill. M. zu gründenden Siedlungs-Gesellschaft als besoldetes Nebenamt mit übertragen wird. —

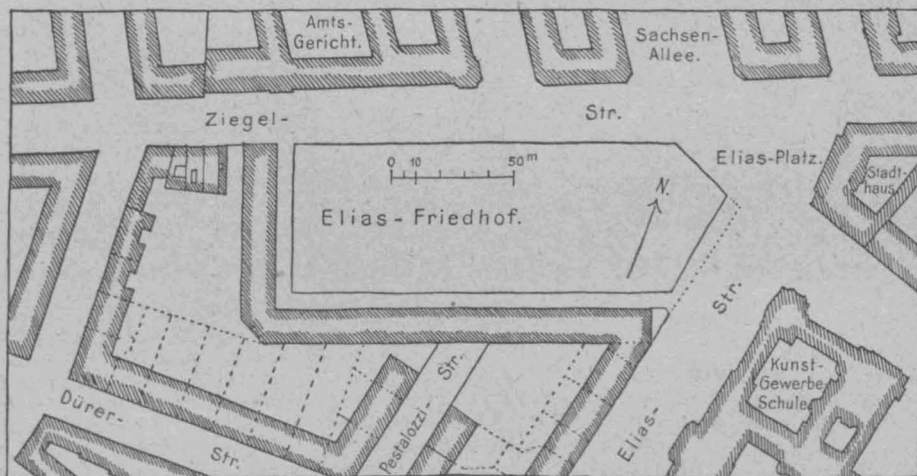
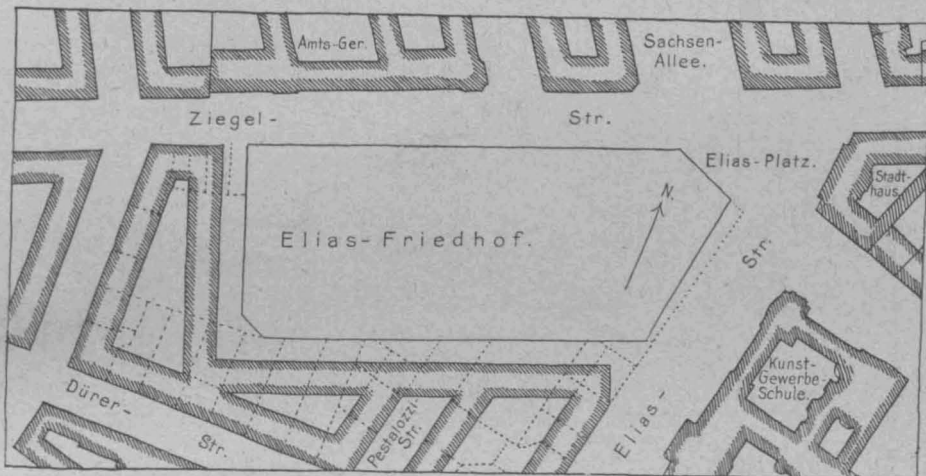
Kriegergräber in Württemberg. Eine Denkschrift des „Württembergischen Landesausschusses für Natur und Heimatschutz“, bearbeitet von dessen Ausschuß für Kriegergräber und Krieger-Ehrungen, dem Oberbaurat Eisenlohr in Stuttgart vorsteht, läßt erkennen, in wie sachgemäßer und von gutem Geschmack geleiteter Weise die Beratung für die Anlage, den Schmuck und die Pflege von Kriegergräbern in Württemberg geübt wird. Die Denkschrift ist hervorgegangen aus einer Bereisung der Kriegerfriedhöfe Württembergs und ist der Niederschlag aus den Erfahrungen dieser Bereisung.

In der Denkschrift wird im Vorwort mit Genugtuung festgestellt, daß fast durchweg der Kriegerfriedhof mit besonderer Liebe gepflegt wird. In fast allen Fällen waren die Kriegergräber auf einem glücklich ausgewählten besonderen Teil des Friedhofes angelegt. Auf dem Kriegerfriedhof waren in einzelnen Fällen nur die in den Lazaretten gestorbenen, in der Regel aber sowohl diese als auch die nach der Heimat überführten Krieger beerdigt. An einigen Orten war man noch weiter gegangen, man hatte dort einen großen Ehrenfriedhof angelegt, auf dem einst auch die Veteranen beerdigt werden sollen. In den beiden letzten Fällen ergab es sich meist von selbst, daß auf dem Ehrenfriedhof ein Platz frei gelassen wurde, der das allgemeine Krieger-Erinnerungsmal mit den Namen aller im Feld gebliebenen Angehörigen des Ortes aufnehmen soll. Die Ausführung derartiger Erinnerungsmale wurde überall für die Zeit nach dem Krieg zurückgestellt.

Dringlich war dagegen überall die Festlegung eines Gesamtplanes der Abschließung gegen den Bürgerfriedhof, die Feststellung der Wegführung, der Freiflächen und der Bepflanzung. Dazu kommen in Einzelfällen Erdarbeiten zur Herstellung eines Gräberfeldes, Stützmauern und Terrassierungen. Bei den Gräberfeldern selbst wurde zur Kennzeichnung des Friedhofes als Soldatenfriedhof in der Regel von der Einfassung des Einzelgrabes abgeraten. Die militärische Einordnung und Gleichartigkeit kommt am besten zur Gel-

tung, wenn eine einheitliche Rasen- oder Efeudecke alle Hügel und Zwischenräume gleichmäßig überzieht. In manchen Fällen wurde auch auf die einzelnen Grabhügel verzichtet und ein ebenes Rasenbeet wurde zusammenfassend über eine ganze Gräberreihe gelegt.

Als Grabzeichen werden liegende oder niedere stehende Steine, in eine Wand eingelassene Platten u. ä., in der Regel aber Kreuze verwendet. Erwünscht ist die Verwendung möglichst des gleichen Grabzeichens auf ein und demselben Friedhof. Durch die immer wiederkehrende Wiederholung der gleichen Form wird in eindringlichster Weise die unerbittliche Gleichheit des Soldatentodes gekennzeichnet. Holzkreuze sollen nur aus Eichenholz und in einer Dicke nicht unter 4 cm hergestellt werden. Für die Inschrift wird Einschneiden empfohlen. Aufgemalte Inschriften sind nicht von langer Dauer. Die Bepflanzung soll ernst und einfach sein. Die Anpflanzung von vielfältigen Blumen auf jedem Grab wirkt spielerisch. Eine Anpflanzung von hochragenden Bäumen ist dann beson-



Abbildungen 6, 7 und 8.
Studien zur städtebaulichen Gestaltung des Elias-Friedhofes zu Dresden.
Von Prof. Alphons Schneegans in Dresden.

ders wichtig, wenn der anschließende Friedhof kahl und nüchtern ist. —

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für einen Wasserturm bei Stuttgart wird von der Stadtgemeinde Stuttgart mit Frist zum 15. Aug. d. J. für Bewerber erlassen, die in Stuttgart geboren sind oder unmittelb.

und städt. Bauinsp. Link in Stuttgart. Unterlagen gegen 5 M. durch das Bauamt des städtischen Wasserwerkes, Weimar-Str. 28 in Stuttgart. An Bewerber im Felde werden die Unterlagen unentgeltlich abgegeben. —

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Regulierung des Oberrheines und die Gewinnung von Elektrizitätskräften ist einer Mitteilung der badischen Regie-



Abbildung 2.

Studien zur städtebaulichen Gestaltung des Elias-Friedhofes zu Dresden. Von Prof. Alphons Schneegans in Dresden.



Abbildung 5.

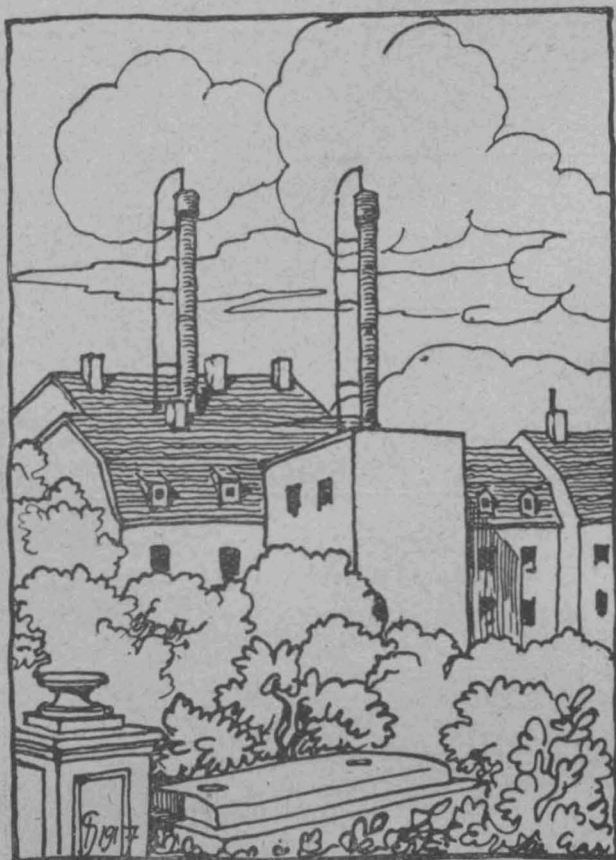


Abbildung 4.

telbar vor oder während des Krieges in Stuttgart ansässig waren. Der Wasserturm soll im Gewinn Forst beim Kräherwald errichtet werden. Es gelangen 3 Preise von 750, 500 und 300 M. zur Verteilung; Ankäufe für je 200 M. sind vorbehalten. Im Preisgericht u. a. die Hrn. Prof. Bonatz von der Technischen Hochschule in Stuttgart, Brit. K. Heim, städt. Ob.-Brit. Pantle, städt. Brit. Muesmann

rung in der Budget-Kommission des Badischen Landtages zufolge in Aussicht genommen. Nach den bezüglichen Verhandlungen Badens mit dem Deutschen Reich und mit Elsaß-Lothringen soll Grundsatz der Regulierung sein, daß die Schifffahrt bis Konstanz durchgeführt werde. —

Wettbewerbe zur Anlage von Kleinwohnungs-Siedlungen in Bayern sind sowohl für städtische Kleinhäuser Münchens wie auch im Bayerischen Landtag allgemein angeregt worden. Für München handelt es sich um die Erstellung von etwa 100 Kleinhäusern in Moosach, Milbertshofen und Forstenried, für die vom Gemeinde-Kollegium ein Betrag von 1 Mill. M. bewilligt wurde. In den Erörterungen wurde als wünschenswert bezeichnet, daß die Kleinhäuser nicht zu 50 oder 60, sondern zu nur 10–20 an einer Stelle erbaut werden sollen, um eine bessere Dezentrierung je nach der Arbeitsstelle der Bewohner zu ermöglichen. Bei den Beratungen im Landtag über die Wohnungsfrage nach dem Krieg wies der Minister des Inneren v. Brettreich darauf hin, daß der Staat als Beihilfe zur Wohnungsfrage 3 Mill. M. vorgesehen habe, von denen 1,7 Mill. M. auf die Stärkung der Bauvereine entfallen. Mit diesen Mitteln könnten 2000 Wohnungen hergestellt werden. Dazu werden Mittel der Kreise, und, da der Krieg die Wohnungsnot hervorgerufen habe, auch seitens des Reiches erwartet. —

Bei einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Kriegerdenkmal in Maramaros-Sziget (Ungarn) wurde der Entwurf des Karlsruher Bildhauers Julius Nüßbaumer mit dem I. Preis ausgezeichnet. —

Chronik.

Rodin-Museum und Rodin-Haus in Paris. Noch vor dem Tode Rodins ist durch eine große Schenkung des Meisters an den französischen Staat ein Rodin-Museum begründet worden, das im Palais Biron untergebracht wurde. Ihm ist nunmehr ein Rodin-Haus in Meudon, einem Vorort von Paris, an die Seite getreten, in dem Briefe, literarische Erzeugnisse des Meisters und über ihn, Skizzen und andere persönliche Erinnerungen aufbewahrt werden. Vorbilder hierfür waren das Goethe-National-Museum in Weimar und das Shakespeare-Haus in Stratford-on-Avon. Die Errichtung des Rodin-Hauses erfolgt durch die französische Regierung im Einvernehmen mit der Pariser Akademie der Künste. —

Inhalt: Studien zur städtebaulichen Gestaltung des Elias-Friedhofes zu Dresden. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. NO 22. BERLIN, DEN 16. MAERZ 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Die Feuerbestattungs-Anlage in Danzig.

Architekt: Stadtbauinspektor R. Dähne, Oberleitung: Stadtbaurat Fehlhaber in Danzig.
(Schluß). Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 98 und 99.



Als besonderes Gebäude ist das Leichenhaus auf der einen Seite des Hofes errichtet worden. Es enthält 8 Leichenzellen, davon 2 für an ansteckenden Krankheiten Verstorbene, einen Arzt- und Sezierraum. Eine Erweiterung ist auf der zur Zeit noch offenen Seite des Hofes möglich. Auf der Eingangsseite des Hofes ist ein Wohngebäude für den Aufsichtsbeamten untergebracht worden, das unten das Geschäftszimmer und einen Raum für Bedienungsmannschaften enthält und in den oberen Geschossen 3 Zimmer, Küche und Nebengelaß.

Das Äußere des Einäscherungs-Gebäudes ist im Charakter der alten sakralen Backsteinbauten Danzigs gehalten. Als Ziegelmaterial wurden bläulichbraune Eisenklinker vom Tonwerk Dtsch. Presse verwendet. Die Türme sollen das kirchliche Gepräge des Bauwerkes verstärken. Die Höhe des Daches wurde durch die gegebene Höhe der Schornsteine bestimmt.

Die Schornsteine wurden nur so weit sichtbar gemacht, als ihrer Bedeutung als wesentliches Charakteristikum eines Krematoriums gerade noch entsprach. Das Dach wurde mit roten Mönch- und Nonnenziegeln eingedeckt.

Das ganze durch Bauten nicht in Anspruch genommene Gelände soll zur Bestattung verwendet werden. Zunächst ist erst ein kleiner Teil davon als Urnenhain hergerichtet worden. Er wurde mit Pappeln und einer 2,5 m hohen Lindenhecke umgeben. Seine Aufteilung in regelmäßige Felder erfolgte in der Weise, daß an der Lindenhecke entlang größere Erbbegräbnisse, im Inneren aber kleinere Grabstellen angeordnet

wurden. Diese kleineren Grabstellen wurden wieder zu Gruppen zusammen gefaßt und mit Lebensbaumhecken umgeben. Es sind Gräbergruppen geschaffen worden mit Grabstellen von $\frac{1}{2}$ qm, 1 qm und 2 qm mit der Bestimmung, daß für einen Verstorbenen der Platz $\frac{1}{4}$ qm betragen muß.

Die Grabsteine unterliegen der Genehmigung des Magistrates. Ihre Höhe darf für die kleineren Plätze im Inneren 0,80 m nicht überschreiten, damit die Hecke nicht überschritten wird. Schwarzer und weißer Marmor und polierter Granit dürfen nicht als Material verwendet werden. An mehreren Stellen sind Ruhebänke unter Trauerweiden, umgeben von Hecken, angelegt worden. Die Abbildung S. 98 zeigt einen bereits zu malerischer Wirkung angewachsenen Teil des Gräberfeldes.

Die Baukosten der gesamten Anlage betrugen rund 180 000 M. Diese Summe verteilt sich in der folgenden Weise:

für das Einäscherungshaus	85 000 M.
„ die Innenausstattung	10 000 „
„ die Versenkungsvorrichtung	5 000 „
„ einen Verbrennungsofen	11 000 „
„ das Leichenhaus	18 100 „
„ Wege und Freitreppen	11 600 „
„ Rohrleitungen	3 500 „
„ Erdarbeiten	5 000 „
„ gärtnerische Anlagen	1 500 „
„ das Wohnhaus für den Aufsichts- amen	13 000 „
„ das Abortgebäude	1 800 „
„ die Einfriedigung des Urnenhaines	3 200 „
„ Grund und Boden, Bauleitung, Zinsen und Allgemeines	11 300 „
zusammen	180 000 M.

Der Schutz der Kunstdenkmäler in den besetzten Gebieten Italiens.



Wie gewissenhaft die deutsche Heeresleitung bemüht ist, die italienischen Kunstschätze zu sichern, zeigen deutsche Armeebefehle. Das Oberkommando erließ am 29. Nov. 1917 die folgende Verfügung: „Zum Schutze der im besetzten italienischen Gebiet vorhandenen, zum Teil wertvollen Werke der Kunst und Wissenschaft wird beabsichtigt, das Gebiet der einzelnen Kommandanturen durch Kunstsachverständige bereisen zu lassen, denen es obliegt, die wertvolleren Kunstwerke zu verzeichnen und die erforderlichen Maßnahmen gegen Beschädigung oder Verschleppung zu treffen. Bei beschädigten Werken haben sie im Benehmen mit der Ortskommandantur und unter Zuziehung von verlässlichen, durch die Gemeindeverwaltung zu bestimmenden, einheimischen Zeugen den Zustand festzustellen und über den Befund ein Protokoll aufzunehmen, das von den dienstlich Beteiligten und auch von den einheimischen Zeugen zu unterschreiben, und in dem nach Möglichkeit festzulegen ist, wer die Schuld an etwaigen Zerstörungen trägt (italienische Truppen, italienische Gefangene, Einwohner oder deutsche oder ver-

bündete Truppen). Zur vorläufigen Sicherung haben die Kommandanturen von den Einwohnern verlassene Gebäude oder Gebäudeteile, in denen sich wertvolle Kunstwerke oder Sammlungen (auch Wand- und Deckenmalereien, Stukaturen, Schnitzereien usw.) befinden, vor dem Zutritt Unbefugter zu bewahren und von der Belegung nach Möglichkeit auszuschließen. Kunstgegenstände in belegten Räumen sind, wenn sie nicht an sicheren Ort verbracht werden können, zu verpacken oder zu verdecken. Beschädigte Denkmäler oder beschädigte Gebäude, in denen sich künstlerische oder wissenschaftliche Werte befinden, sind vor weiterem Zerfall vorläufig zu sichern“. Am 2. Dez. 1917 wird erneut betont: „Da bei einem künftigen Vormarsch Gebiete berührt werden, welche besonders reich sind an künstlerischen und historischen Denkmälern, Skulpturen und sonstigen Kunstschätzen, wird nochmals nachdrücklichst darauf hingewiesen, daß Zerstörungen solcher Gegenstände, sowie Verschleppung derselben möglichst vermieden werden. Belegungen von höchst wertvollen Kirchen und Palästen mit Mannschaften oder auch mit Pferden sind zu vermeiden. Mannschaften, insbesondere Nachzügler, sind entsprechend

zu belehren und Verstöße streng zu bestrafen. Derartige Bauwerke sind von Anfang an mit Posten zu besetzen, die nicht wegzuziehen sind, bevor nicht Ablösung erfolgt ist. Es ist der besondere Wunsch Ihrer Majestäten des deutschen und österreichischen Kaisers dementsprechend zu handeln.“ Unter dem 6. Jan. 1918 erschien ein neuer Tagesbefehl: „Die Gruppen haben die Divisionen anzuweisen, Kunstgegenstände, die gefährdet sind, rechtzeitig durch die Ortskommandantur bergen zu lassen, eventuell um sie vor Zerstörung durch feindliches Feuer zu schützen, an weiter rückwärts liegende Orte überführen und dort sicherstellen zu lassen. Die Ortskommandanten führen nach Zahl und Art genaue Verzeichnisse der aufbewahrten Gegenstände, die bei einem Wechsel dem jeweiligen Nachfolger, bei gänzlicher Aufhebung der Ortskommandanturen dem A. O. K. 14 zu übergeben sind.“ Selbstverständlich wird dem Befehl im ganzen besetzten Gebiet entsprochen. Ein besonderes Beispiel bietet der Bericht über die Bergung von Einrichtungs- und

Ausstattungsgegenständen des in der Gefahrenzone befindlichen Schlosses San Salvatore. Durch Divisionsbefehl vom 30. Nov. 1917 wurde der Abtransport der wertvollen Kunstschätze und Unterbringung in Conegliano befohlen. Es wurden am 1. Dez. 1917 15 Waggonladungen, am 2. Dez. 1917 22 Waggonladungen, am 3. Dez. 1917 6 Waggonladungen geborgen. Die Gegenstände wurden geordnet, im großen Saal des Municipio in Conegliano untergebracht und es wurde darüber ein eingehendes Inventar aufgenommen.

Mit der gleichen Sorgfalt nimmt sich die österreichisch-ungarische Heeresleitung der Kunstwerke Italiens an. Vom k. u. k. österreichisch-ungarischen Staatsdenkmalamt in Wien wird in dieser Beziehung mitgeteilt: Schon bei der Erlassung der Weisungen für die erste Einrichtung und den Schutz der besetzten italienischen Gebiete hat das Kommando der Südwestfront der Sicherung und Erhaltung der Denkmäler und Kunstgegenstände sein besonderes Augenmerk zugewendet. Alle operierenden Truppenkörper erhielten Verzeichnisse der Städte, Ortschaften und Schlösser, die einen Denkmalwert besitzen oder zu schützende Denkmäler enthalten, mit den strengsten Weisungen, alle Kunstgegenstände zu schonen und vor jeder mutwilligen Beschädigung zu schützen. Bei den einzelnen Truppenkörpern wurden Offiziere militärisch verantwortlich mit der Ueberwachung der im Befehlsbereich dieser Truppenkörper befindlichen Kunstdenkmäler betraut. Außerdem wurde eine unmittelbar dem höchsten Kommando unterstellte, aus Beamten der k. k. Zentralkommission für Denkmalpflege und Fachleuten auf dem Gebiet der Kunstgeschichte und Denkmalpflege bestehende Kunstschutztruppe gebildet, deren Mitglieder auf Vorschlag des Universitätsprofessors Dr. Max Dvořák ernannt wurden.

Das in Betracht kommende Gebiet Italiens wurde in Bezirke geteilt und unter der Leitung des Professors Holey, des Privatdozenten Tietze und des Regierungsrates Geira systematisch bereist, wobei die Kunstschätze inven-

tarisiert und photographiert und alle Maßnahmen zum einstweiligen Schutz beschädigter Baudenkmäler und zur Sicherung leicht verschleppbarer Gegenstände getroffen wurden. Die Arbeiten der Kunstschutztruppe werden nach einem einheitlichen Plan und in engstem Einvernehmen mit den von der deutschen Heeresverwaltung ernannten Fachleuten durchgeführt. Der bisher gewonnene Ueberblick zeigt, daß die wichtigeren mobilen Kunstwerke aus öffentlichem Besitz zum größten Teil bereits im Vorjahr und im heurigen Frühjahr von den Italienern ins Hinterland geschafft worden waren. Der kirchliche Besitz ist zumeist unversehrt. Großer Schaden wurde von den abziehenden feindlichen Truppen auf eigenem Boden durch Brandlegung, wie in dem schönen, reich stukkerten Barockschlosse Torre di Zippo, oder durch Sprengung der Kirchtürme verursacht. Auch von Ungarn wurden Fachorgane nach dem italienischen Besetzungsgebiet entsandt, welche im Einver-

nehmen mit der österreichischen Kunstschutztruppe für den Schutz der dortigen Denkmäler Sorge tragen.

Es konnte nach den bisherigen Ermittlungen der für den Schutz der Kunstdenkmäler bestellten Organe festgestellt werden, daß die wirklich wertvollen Denkmäler im Allgemeinen nirgends nennenswerten Schaden gelitten haben. Namentlich sind die Kirchen fast überall unversehrt. Einige wenige Ausnahmen sind durch Zufallstreffer der Artillerie oder der Flieger verursacht worden, und zwar waren es zumeist die Italiener selbst, die diesen Schaden verursacht haben. Bedeutend ist er nicht. Wertvolle Bilder aus Kirchen, Museen und aus Privatbesitz waren schon seit längerer Zeit von den Italienern selbst entfernt worden; angeblich sind sie „geborgen“ oder meist nach Florenz zur „Restaurierung“ gebracht worden, wie z. B. das Altarbild aus dem Dom von Aquileja. Das Stadtbild als ganzes ist meist unversehrt geblieben. Die zahlreichen Paläste des friaulischen Adels in Udine und die vielen Landschlösser sind äußerlich unberührt.

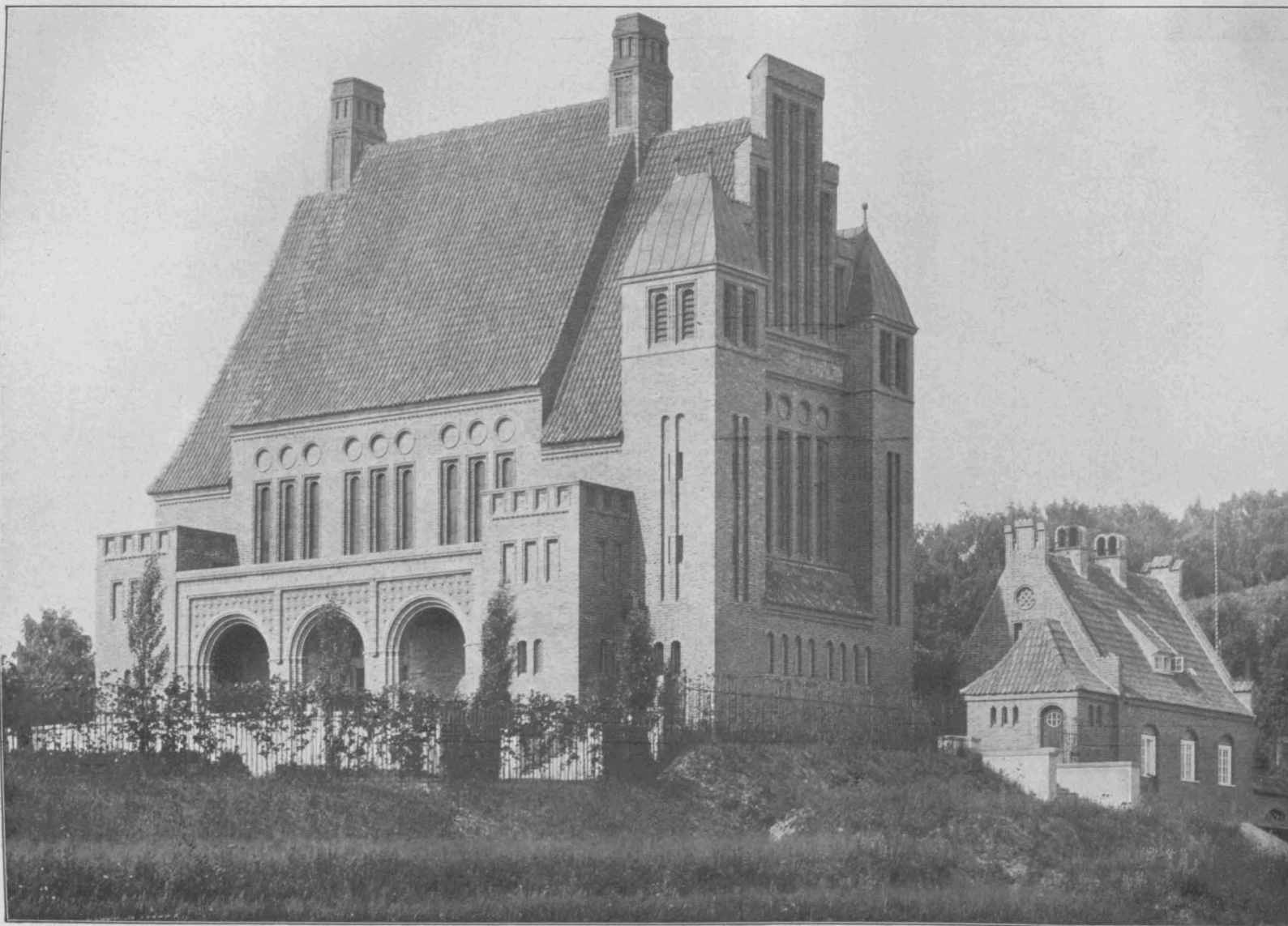
Wo hier, wie überhaupt in den besetzten Gebieten, Verwüstungen zu bemerken sind, so namentlich im In-

neren der Privathäuser, ist das nach übereinstimmenden Aussagen der Einheimischen, besonders der Geistlichkeit, auf die wilde Flucht der italienischen Soldaten zurückzuführen, die alles zerstörten und mitnahmen, was sie erreichen konnten. Es sollen sich bei der Flucht furchtbare Szenen ereignet haben, bei denen nicht nur das Eigentum, sondern auch das Leben der besitzenden Kreise häufig in Gefahr kam. Das zurückbleibende Volk plünderte, wo sich in den Wohnungen etwas vorfand. Jetzt werden wertvolle bewegliche Gegenstände, die sich im Feuerbereich befinden, geborgen und bei vertrauenswürdigen Persönlichkeiten, insbesondere bei der Geistlichkeit, gegen Bestätigungen hinterlegt. Bibliotheken werden durchforscht und abgeschlossen.

Von Einzelheiten möge hervorgehoben werden, daß das Kastell in Udine, ebenso wie das dortige Munizipium, von deutschen Truppen besetzt und der Zutritt nur mit Erlaubnis des deutschen Kommandos gestattet ist. Die Fresken



Gräberfeld der neuen Feuerbestattungs-Anlage in Danzig.



DIE NEUE FEUERBE-
 STATTUNGS-ANLA-
 GE IN DANZIG. AR-
 CHITEKT: STADT-
 BAUINSPEKTOR
 R. DÄHNE, DANZIG.
 ANSICHT ÜBERECK.

≡ DEUTSCHE ≡

** BAUZEITUNG **

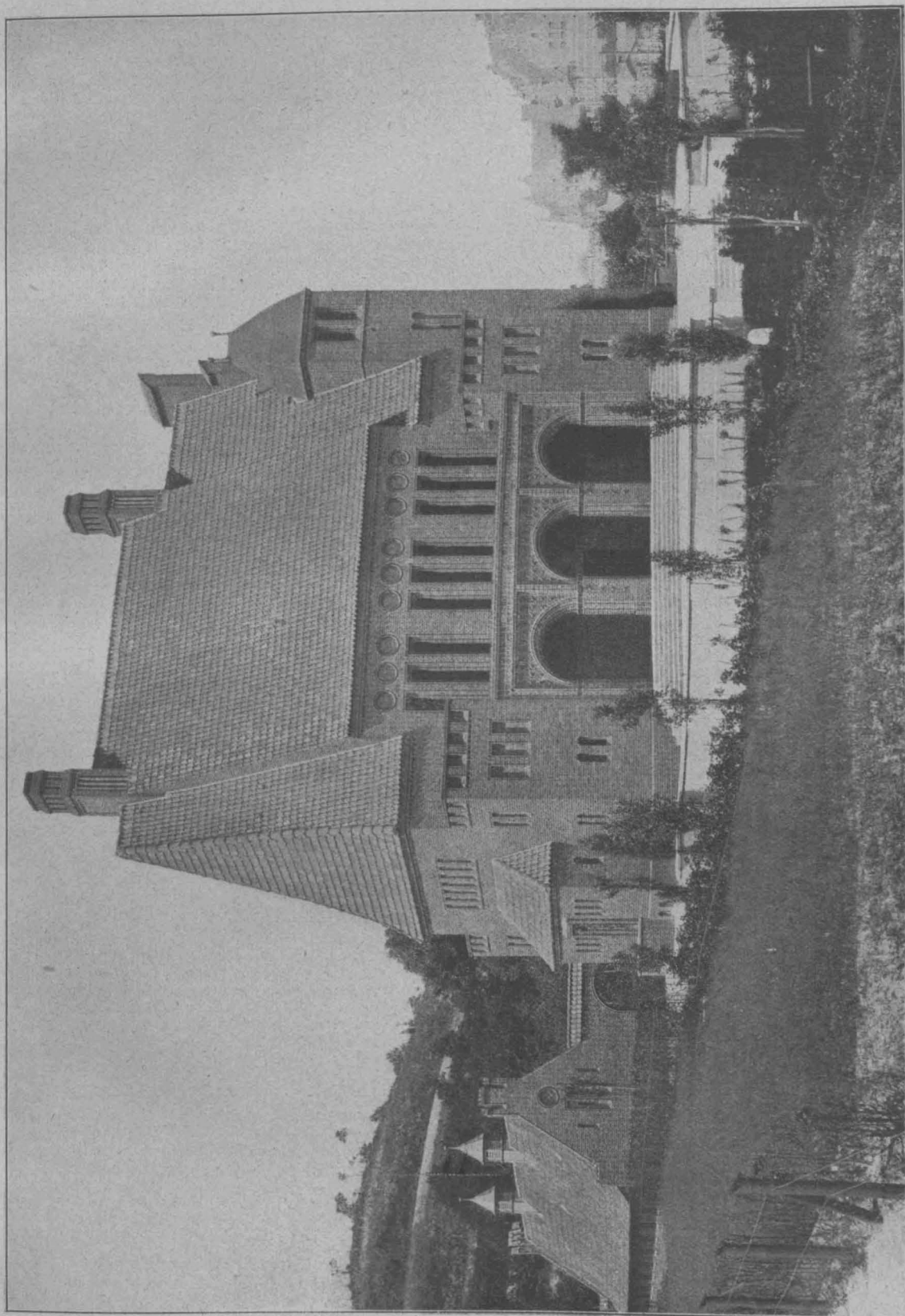
52. JAHRGANG 1918.

* * * NO. 22. * * *

im erzbischöflichen Palast zu Udine sind vollständig unversehrt, die Bilder in der Bibliothek von den Italienern weggeführt worden. Die Bibliothek selbst wird von der Kunstkommission registriert, die wertvollsten Bücher sind unter besondere Sperre gekommen. In Udine hat man die aus Görz und aus dem Franziskanerkloster Castagnevizza entführten Bücherschätze wieder gefunden.

besonderen Wert gesprungen. In Pordenone sind trotz der Straßenkämpfe, die dort stattgefunden haben, die öffentlichen Gebäude und Kirchen unversehrt geblieben. Conegliano ist fast vollständig unberührt.

Das Gesamtbild des Landes ist von dem furchtbaren Ernste der Zeit natürlich stark beeinflusst. Ueberall aber sieht man das Streben, die Wunden zu heilen und nament-



Ansicht über Eck des Hauptgebäudes und des Flügelbaues mit den Leichenzellen.
Die neue Feuerbestattungs-Anlage in Danzig. Architekt: Stadtbauinspektor R. Dähne in Danzig.

In San Daniele haben die in der Kirche eingeschlossenen italienischen Gefangenen die Kirchenbänke verbrannt. San Vito ist bis auf eine zum Teil zerstörte Kirche intakt geblieben, die Bilder des dortigen Klosters sind von den Italienern entfernt worden. Der Kirchenschatz von Grado ist gleichfalls weggeführt worden. In der Kirche von Palmanova sind beim Bombardement einige Glasgemälde ohne

den Kunstbesitz nach Möglichkeit zu schützen und zu erhalten. Vergleicht man, wie die Italiener gegen Görz und die schönen Orte der Isonzofront gewütet haben, so ergibt sich jedenfalls das eine, daß sie am wenigsten Ursache haben, über feindliche Barbarei zu klagen.

Das bestätigt auch die folgende Mitteilung: Das unweit des Piave malerisch auf einer Höhe gelegene Schloß des

Grafen Collalto ist seit Wochen das Ziel der italienischen und englischen Artillerie, die sich nicht begnügt, das Schloß für militärische Zwecke unbrauchbar zu machen, sondern offensichtlich darauf ausgeht, dieses Kunstdenkmal restlos zu zerstören. Den deutschen Truppen gelang es zwar, unter Gefahr einen Teil der Gemälde-, der wertvollen Waffen-

sammlung und der Bibliothek zu bergen; die Giotto zugeschriebenen Fresken und die Wandgemälde Pordenones sind jedoch unrettbar der barbarischen Zerstörungswut Derer verfallen, die nicht laut genug verkünden können, daß sie für die Erhaltung der Kulturgüter der Menschheit und gegen die Barbaren kämpfen. —

Vermischtes.

Aus dem Reichshaushalt für 1918. Die im Reichshaushaltentwurf für 1918 vorgesehenen Ausgaben für bauliche Zwecke beschränken sich auf das unumgänglich Notwendige. Mit bedeutenden Summen treten eigentlich nur die Verwaltung der Reichseisenbahnen und das neu geschaffene Reichswirtschaftsamt auf. Ersteres sieht an einmaligen Ausgaben im Ordinarium 27,78 Mill. M. vor, die fast ganz auf die Vermehrung der Fahrzeuge entfallen, ferner 8 Mill. M. im Extra-Ordinarium für die Fortsetzung angefangener Arbeiten beim Ausbau des Reichs-Eisenbahnnetzes, dessen Betriebslänge für 1918 mit 2173 km anzusetzen ist. Außerdem werden noch im Etat der Allg. Finanzverwaltung für die Vervollständigung des deutschen Eisenbahnnetzes im Interesse der Landes-Verteidigung 32 Mill. Mark ausgeworfen. Das Reichswirtschaftsamt fordert weitere 7 Mill. M. für die Erweiterungsbauten am Kaiser-Wilhelm-Kanal, 500 000 M. als 2. Rate für den Beitrag zur Ausarbeitung von Entwürfen für den Ausbau der deutschen Wasserstraßen (1917 schon 1,2 Mill. M. bewilligt) und 10 Mill. M. zur Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen für Arbeiter, kleine Beamte und Kriegsbeschädigte. Das Reichsheer begnügt sich mit 1,7 Mill. M. für verschiedene Garnisonbauten, die kaiserl. Marine mit 5,66 Mill. M. Davon sind 260 000 Mark für den Grunderwerb zum Reichsmarineamt in Berlin, der Rest für Arbeiten an der Werft in Wilhelmshaven (4,3 Mill.) und für den Ausbau eines Hafens für kleine Schiffe auf Helgoland vorgesehen. Es handelt sich nur um Fortsetzungsarbeiten. Die Reichspostverwaltung fordert etwa 5,15 Mill. M., wovon 700 000 Mark auf die Beschaffung von Wohngebäuden für Unterbeamte 260 000 M. auf unvorhergesehene Arbeiten (200 000 M.) und Planungsarbeiten, 485 000 M. auf Fortsetzungsarbeiten und reinen Grunderwerb, 3,35 Mill. auf Neubauten entfallen. Solche sind vorgesehen in Münster i. W., Hamborn, Köln-Nippes, Potsdam, Gütersloh, Frankfurt a. M. (Hauptbahnhof), Berlin-Pankow, für das Post-scheckamt Berlin (2. Bauabschnitt), Kraftwagenhallen und Werkstätten bei Berlin usw. Die Reichsdruckerei fordert 837 000 M., davon 750 000 M. als 5. Rate für ihren Erweiterungsbau, das Auswärtige Amt 25 000 M., die verwendet werden sollen zu Vorarbeiten für Erwerb und Bebauung von Grundstücken zur Unterbringung der Gesandtschaften in den nordischen Reichen und einzelner kaiserl. Konsulatsbehörden in der Türkei. Das Reichsamt des Inneren schließlich will 50 000 M. als Beitrag zum Deutschen Museum in München, 9000 M. zu Materialprüfungszwecken und 100 000 M. als Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer Deutschen Versuchsanstalt für Luftschiffahrt verwenden. Insgesamt handelt es sich also um rd. 100 Mill. M. für bauliche Zwecke. —

Zur Erhaltung des künstlerischen Charakters von Potsdam. In der Sitzung der Potsdamer Stadtverordneten vom 15. Februar 1918 wurde der zum Stadtrat erwählte Kunstmaler Fritz Rumpf, ein um die Kunstgeschichte und die Erhaltung des künstlerischen Charakters des alten Potsdam hochverdienter Künstler, der auch ein wohl durchdachtes Ortsstatut für die Erhaltung des Charakters des alten Potsdam entworfen hat, in sein Amt eingeführt. Seine Begrüßungsansprache schloß Oberbürgermeister Vosberg mit den Worten: „Wir dürfen von Ihnen nach Ihrer freien Geistesrichtung und Ihrer künstlerischen Schulung erwarten, daß die alte Kunststätte Friedrichs des Großen durch Ihre Mitarbeit alle Zeit eine Förderung erfahren wird im Sinne der Bewahrung ihrer alten Schönheiten und ihrer stimmungsvollen Fortentwicklung.“

Das sind goldene Worte, die besonders schwer wiegen gegenüber den an Zahl nicht mehr so kleinen Beeinträchtigungen, die das Stadtbild bisher schon erfahren hat und gegenüber dem, was die nächste Zukunft an städtebaulicher Entwicklung voraussichtlich noch bringen wird. —

Gerichtliche Sachverständigen-Gebühren. Einen bemerkenswerten Beschluß hat das Landgericht Köln hinsichtlich der Bemessung der gerichtlichen Sachverständigen-Gebühren eines Architekten B. D. A. gefaßt. Der betr. Architekt hatte für eine Leistung als gerichtlicher Sachverständiger einen Stundensatz von 5 M. (entsprechend der Gebührenordnung von 1901) in Anrechnung gebracht, das

Amtsgericht Köln kürzte jedoch unter Hinweis auf die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige die Gebühren auf 2 M. und 2,50 M. Nachdem ein Einspruch beim Amtsgericht Köln ohne Erfolg geblieben war, entschied das Landgericht Köln grundsätzlich zu Gunsten des Architekten, indem es den Gesamtbetrag der im vorliegenden Fall berechneten Gebühren als berechtigt anerkannte. In der Begründung des Beschlusses heißt es u. a.:

„Der Sachverständige kann die gleiche Vergütung beanspruchen, die er für seine Leistung außerhalb des gerichtlichen Verfahrens im freien Verkehr verlangen könnte. Die Höhe des üblichen Preises hängt von der auf die Leistung verwendeten Zeit nicht ab, sodaß es der Berechnung dieser nicht bedarf. Für den wissenschaftlich gebildeten und künstlerisch schaffenden Architekten wie den Sachverständigen als Mitglied des „Bundes Deutscher Architekten“ sind hier die Gebühren auf Grund der Gebührenordnung der Architekten und Ingenieure von 1901 zu bemessen.“ —

Chronik.

Die Gründung eines Badischen Baubundes hat am 15. Febr. 1918 im großh. Ministerium des Inneren in Karlsruhe stattgefunden. Der Bund will das Bau- und Wohnungswesen nach dem Kriege in tatkräftigster Weise unterstützen. Zu diesem Zweck ist bereits eine Summe von 1300 000 M. gezeichnet, von der je 100 000 M. auf den Staat und den badischen Heimatdank, 36 000 M. auf die Kreise, 75 000 M. auf die Gemeinden, 115 000 M. auf Banken und 633 000 M. auf Industrielle entfallen. Die Gesamtsumme ist nur als ein Anfang zu betrachten. Auch die Beschaffung von Wohnungseinrichtungen fällt in die Aufgaben des Bundes. —

Eine Siedelungsgesellschaft für die ländliche Ansiedelung von kleinen Beamten, Kriegsbeschädigten und Arbeitern ist mit dem Sitz in Düsseldorf und mit der Bezeichnung „Rheinisches Bissingheim, Siedelungsgesellschaft G.m.b.H.“ kürzlich begründet worden. Beteiligt sind an dem Unternehmen die Mustersiedelung für Kriegsbeschädigte (Bissingheim), der auf Anregung des Fhrn. v. Bissing bedeutende Mittel zur Verfügung gestellt sind; eine Vereinigung von Eisenbahn-Angestellten und Arbeitern, die 2 Mill. M. aufgebracht haben; die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz und die Gemeinde Hückingen im Landkreis Düsseldorf. In der Nähe des Bahnhofes Wedau sollen 600 Einfamilienhäuser errichtet werden, die zu je $\frac{1}{3}$ für die 3 in Betracht kommenden Kategorien von Ansiedlern bestimmt sind. Die Siedelung wird nach ihrem völligen Ausbau 3—4000 Personen aufnehmen können. —

Die künstlerische Ausgestaltung der Kuppelhalle des Bayerischen Armeemuseums in München durch Fresken, Glasfenster und Bronzestücken ist beschlossen worden. Durch den Maler Bruno Goldschmidt in München sollen die Wandflächen der Kuppel Fresko-Gemälde mit Darstellungen von Kriegerereignissen der Geschichte Bayerns in Vergangenheit und Gegenwart bemalt werden. Die großen Rundbogenfenster der Ostseite der Ehrenhalle sollen Glasmalereien aus der Hofglasmalerei von F. X. Zettler in München nach dem Entwurf von Kunstmaler Baierl in München erhalten. Außerdem sollen in der Ruhmshalle die Bronzestücken der Max Josef-Großkreuzritter aufgestellt und Erztafeln mit den Namen der an den Ruhmestaten im Weltkrieg beteiligten Bayern angebracht werden. —

Die Errichtung einer gemeinnützigen Siedelungsgesellschaft in Dortmund in Form einer G. m. b. H. mit einem Kapital von vorläufig 2 Mill. M., von denen die Stadtgemeinde 1,2 Mill. M. aufbringt, während die großen Arbeitgeber den Rest decken sollen, ist von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen worden. Das Eisen- und Stahlwerk Hoesch und die Deutsch-luxemb. Bergwerks- und Hütten-A.-G. haben bereits je 250 000 M. gestiftet. Die Gesellschaft soll schleunigst mit dem Erwerb von Gelände und möglichst noch während des Krieges mit dem Bau von Wohnhäusern vorgehen. (Siehe auch die Mitteilung S. 94). —

Kleinwohnungsbau in der Umgebung von Köln. Umfangreiche Kleinwohnungsbauten von zus. 2500 Einfamilienhäusern, deren Fertigstellung bei den erhöhten Baukosten nach dem Krieg auf gegen 30 Mill. M. geschätzt wird, sind nach der „Köln. Ztg.“ von der „Gemeinnützigen A.-G. für Wohnungsbau“ in Köln eingeleitet oder in Aussicht genommen. Es handelt sich um den Ausbau der 3 Siedelungen in Biekenbach mit zus. etwa 500 Häusern, am Nordfriedhof und in Kalk-Höhenberg mit je tausend Häusern. In der ersten Siedelung sind bereits gegen 200 Häuser fertig oder im Bau, in den beiden anderen die Bebauungspläne teils festgestellt, teils im Entwurf genehmigt. An der Gesellschaft ist auch die Stadtgemeinde Köln beteiligt. —

Inhalt: Die neue Feuerbestattungs-Anlage in Danzig. (Schluß). — Der Schutz der Kunstdenkmäler in den besetzten Gebieten Italiens. — Vermischtes. — Chronik. —

Bildbeilage: Die Feuerbestattungs-Anlage in Danzig.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. № 23. BERLIN, DEN 20. MÄRZ 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Deutsche Bestrebungen im Kleinwohnungs- und Siedelungs-Wesen.



für die weitere Öffentlichkeit in hohem Grade bemerkenswerte Bestrebungen im Kleinwohnungs- und Siedelungs-Wesen werden in Dortmund verfolgt. Die Stadt Dortmund hat in weitblickender Voraussicht ihrer Stadtentwicklung von Leipzig Hrn. Architekten Hans Strobel als Stadtbaurat berufen und ihm als Tätigkeitsgebiet nicht nur die zukünftige städtebauliche Entwicklung der Stadt anvertraut, sondern ihm auch das Wohnungs-Wesen als eng zusammen hängende Gebiete überwiesen. Eine Anzahl in Vorbereitung befindlicher Fragen des Städtebaues beweisen, wie glücklich die Stadt in der Wahl dieses feinsinnigen Architekten war, und die hier zu besprechenden Wohnungsfragen werden dartun, daß es ihm auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens nicht an einer frischen, die kommenden Verhältnisse sicher und auf weit hinaus übersehenden Initiative fehlt.

Zunächst sind die Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes und die Berufung eines Direktors für dasselbe von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen worden. „Ein gesundes Familienleben ist die Grundlage der öffentlichen Ordnung“. Diese Erkenntnis mache, so heißt es in der Begründung, die Regelung der Wohnungs-Verhältnisse durch die Behörde zur Notwendigkeit. Das Problem gipfele in dem Ziel, jedem Bürger eine gesunde, räumlich ausreichende, gut gepflegte und seinen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßte Wohnung zu verschaffen. Die zahlreichen und vielseitigen Kräfte, die hierfür in Wirkung treten, müssen erfaßt, geordnet, gefördert und in Bahnen gelenkt werden, um sie für das große Ziel fruchtbar zu verwerten. Bis auf das Jahr 1901 schon gehen die Bestrebungen der Stadt Dortmund in dieser Hinsicht zurück; damals gingen die Bestrebungen dahin, die Mängel und Schäden der städtischen Wohnverhältnisse dadurch aufzudecken und zu beheben, daß die Organe der Armen-Verwaltung und der Polizei-Verwaltung gleichzeitig ihr Augenmerk auch auf die Wohnverhältnisse richten sollten. Bei diesen Maßnahmen blieb es, bis in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch sich allgemein bei den Großstädten die Notwendigkeit der Gründung eigener städtischer Wohnungsamter mit wesentlich erweitertem Wirkungskreis aufdrängte. Eine 1913 von der Dortmunder Stadtverwaltung ausgearbeitete Vorlage über die Errichtung eines Wohnungsamtes wurde infolge des Krieges nicht weiter verfolgt. Nun aber hat das in kurzer Zeit in Kraft tretende Wohnungs-Gesetz die Stadt verpflichtet, ein Wohnungs-Amt einzurichten. Die Verpflichtung trifft alle Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern. Abgesehen davon aber verpflichten die heute schon in Dortmund bestehenden und namentlich die noch zu erwartenden Wohnungs-Verhältnisse die Stadt, auf diesem Gebiet mit möglicher Beschleunigung vorzugehen. Der hohe Wert des Wohnungs-Amtes wird in Dortmund für die Zukunft darin erkannt, daß kostspielige und weitläufige abhelfende Maßnahmen, wie die Errichtung von Krankenhäusern, Säuglingsheimen, Tuberkulosen-Anstalten, Erziehungs-Anstalten, Gefängnissen und Zuchthäusern nach Möglichkeit durch die billigeren und wirksameren vorbeugenden Maßnahmen der Wohnungs-Aufsicht und Wohnungs-Pflege ersetzt werden. Das Wohnungs-Amt werde wertvolle Beiträge liefern können für die Baupolizei und für die Stadterweiterung, dessen Leiter es unterstellt

werden soll, da diese die städtebauliche Entwicklung der Gemeinde in wirtschaftlicher, gesundheitlicher, sozialer und ästhetischer Hinsicht zu bearbeiten habe. Wohnungs-Aemter seien bereits in München, Stuttgart, Charlottenburg, Essen, Straßburg, Mannheim, Berlin, Posen usw. errichtet worden und haben sich bewährt. Nicht in dem erwarteten Umfang in München, was auf den Umstand zurück geführt wird, daß man die Organisation ohne den Leiter des Amtes bis in alle Einzelheiten festgelegt habe. Die beste Arbeitsweise werde sich immer aus der Tätigkeit selbst zu entwickeln haben.

Allgemeine Aufgaben des Wohnungs-Amtes sind Wohnungs-Politik und Wohnungs-Fürsorge. Erstere verfolgt alle Maßnahmen, die Wohnungs-Bautätigkeit nach Art und Umfang zu fördern. Das Wohnungs-Amt hat Vorschläge zu machen, daß am richtigen Ort die rechte Wohnungs-Gattung ausreichend vorhanden ist und hat zu diesem Zweck sowohl die Privat-Bautätigkeit, wie auch die Boden-, Verkehrs- und Baugeld-Politik der Gemeinde durch Anträge und Vorschläge zu unterstützen. Die Wohnungs-Fürsorge hat ihre Aufgabe namentlich in der Beschaffung von Wohnungen für kinderreiche Familien zu erblicken. Hierzu tritt die Beobachtung des Untermieter- und Schlafgänger-Wesens mit seinen gesundheitlichen und sittlichen Gefahren. Die Wohnungs-Fürsorge bringt das Wohnungs-Amt in Arbeitsgemeinschaft mit Hausbesitzern, Mietern, Unternehmern, gemeinnützigen Bauvereinen, sowie mit sozialen Wohlfahrts-Einrichtungen wie Armenpflege, Tuberkulosen- und Säuglings-Fürsorge und dem städtischen Miet-Einigungsamt. Mit Aufklärungs-Arbeit durch Verträge und gemeinverständliche Abhandlungen in der Tagespresse ist seitens des Wohnungs-Amtes der Sinn für gutes Wohnen zu wecken und zu pflegen. Die Einrichtungen des Wohnungs-Amtes sind volkstümlich zu machen und es ist für ein geächtliches Verhältnis zwischen Hausbesitzern und Mietern zu wirken.

Die besonderen Aufgaben des Wohnungs-Amtes erstrecken sich auf Wohnungs-Nachweis und -Vermittlung; auf Wohnungs-Aufsicht und -Pflege; auf Wohnungs-Statistik und -Erhebungen, sowie auf Förderung der privaten und gemeinnützigen Wohnungs-Bautätigkeit. In letzterer Beziehung handelt es sich hauptsächlich um den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, um die Belebung der Wohnungs-Bautätigkeit zur rechten Zeit und am rechten Ort und die Erschließung der einschlägigen Hilfsquellen. Das Wohnungs-Amt soll auch die Vorarbeiten bei Erschließung des Geländes fördern und Anregungen zur Gewährung von Erleichterungen baupolizeilicher Natur, zur Bereitstellung von billigem Baugelände und zur Vermittlung von produktivem Realkredit geben.

Diesen vielseitigen Aufgaben entsprechend ist der leitende Beamte des Wohnungs-Amtes zu wählen. Ihm ist auch die endgültige Einrichtung des Wohnungs-Amtes bis in die Einzelheiten zu überlassen.

Die Gründung einer „Gemeinnützigen Dortmunder Siedelungs-Gesellschaft“ ist durch die nach dem Krieg in allen Industriestädten eintretende Wohnungsnot veranlaßt. Nicht nur die Rückkehr der vielen Tausenden Krieger in die Heimat, sondern auch die Umstellung der Kriegs- und Friedenswirtschaft wird durch den vermehrten Wohnungswechsel die Bereitstellung zahlreicher

Leer-Wohnungen erforderlich machen. Die vielen in der Öffentlichkeit erörterten Gründe sprechen für eine gewaltige Steigerung des Kleinwohnungs-Wesens nach Friedensschluß. Daher müsse auf eine sofortige Wiederaufnahme der Wohnungs-Bautätigkeit möglichst noch während des Krieges hingewirkt werden. Das könne durch die gewinnlose gemeinnützige Bautätigkeit erreicht werden, für die vor Allem die großen Arbeitgeber zu gewinnen sein würden. Zu erwähnen sei auch der Eigenbau von Wohnungen durch die Stadt für städtische Angestellte. Die Dortmunder Großindustrie ist gewillt, sich für eine schleunige Wohnungs-Fürsorge großen Zuges einzusetzen. Diese erfreuliche Bereitwilligkeit gelte es auszunützen. Die Privatbautätigkeit, die vor dem Krieg die Wohnungs-Erstellung bis zu 95 % besorgt habe, werde sich kurz nach Friedensschluß an der Herstellung von Wohnungen schon deshalb nicht in ausreichendem Maße beteiligen können, weil die Verteuerung des Baugeldes, die Knappheit und die gewaltige Preissteigerung der Baustoffe und die Erhöhung der Arbeitslöhne einen Gewinn außerordentlich erschweren. Namentlich werde es der privaten Bautätigkeit zunächst nicht möglich sein, den Kleinhausbau mit Garten zu betreiben, da sie in erster Linie auf die Verwertung ihrer meist in den innenstädtischen hochwertigen Grundstücken festgelegten Kapitalien sehen muß und die Hypothekenbanken mit Rücksicht auf die umständliche und verteuerte Verwaltung für die Beleihung des Kleinhauses wenig Geneigtheit zeigen. Der weiträumige Flachbau werde in den ersten Jahren nach dem Krieg durch die private Tätigkeit kaum zu erhoffen sein. Da aber für die Volkszukunft nach dem Krieg gerade der Kleinhausbau mit Garten anzustreben sei, so müsse der Anteil der gemeinnützigen Bautätigkeit, der in den großen Städten trotz aller Rührigkeit über 5 % fast nirgends hinaus gekommen sei, durch die beabsichtigte Siedlungs-Gesellschaft gesteigert werden. Jedenfalls müsse so rasch wie möglich eine große Zahl von Wohnungen gebaut und deshalb zunächst auch der Mietwohnungsbau in Stockwerkhäusern betrieben werden. Aber über Dortmund hinaus müsse von Reich und Staat, die in letzter Zeit mit Verfügungen und Gesetzen nachdrücklich in der Richtung einer gemeinnützigen Wohnungs-Fürsorge wirken, erwartet werden, daß sie auch durch die Tat mit Beleihungen und Bürgschaften für den Kleinwohnungsbau eintreten. Die teils erlassenen, teils in Vorbereitung begriffenen Gesetze — Wohnungs-Gesetz, Kapitalabfindungs-Gesetz, Landessiedelungs-Gesetz, Bürgschaftssicherungs-Gesetz — lassen erhoffen, daß Unternehmungen, wie sie Dortmund beschlossen hat, auch seitens des Reiches und des Staates mit einer günstigen Beleihung der geplanten Kleinwohnungsbauten rechnen können.

Den Kleinwohnungsbau hat auch die Ortsgruppe „Köln“ des „Bundes Deutscher Architekten“ zum Ziel ihrer Tätigkeit gemacht. Ihr „Ausschuß für Kleinwohnungsbau“ hat an den Oberbürgermeister von Köln die Bitte gerichtet, eine baldige erhebliche Herabsetzung der baupolizeilichen Prüfungs- und Abnahmegebühren für Kleinhausbauten im Sinn des Rundschreibens des preuß. Herrn Ministers der öffentl. Arbeiten vom 26. März 1917

betr. die Förderung von Kleinhaus-Siedelungen ins Auge zu fassen. Die Ortsgruppe erblickt mit Recht in einer baldigen erheblichen Herabsetzung dieser Gebühren eine wesentliche Anregung zur rechtzeitigen Vorbereitung von Kleinwohnungsbauten. An den Regierungs-Präsidenten in Köln richtete die Ortsgruppe gleichzeitig die Bitte, zu bestimmen, daß bis zu der vom preußischen Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten in Aussicht gestellten Einführung einer Sonder-Bauordnung für Kleinhausbauten schon jetzt bei der Vorbereitung von Kleinwohnungsbauten die in dem Rund-Erlaß vom 26. März 1917 niedergelegten „Leitsätze zur Förderung von

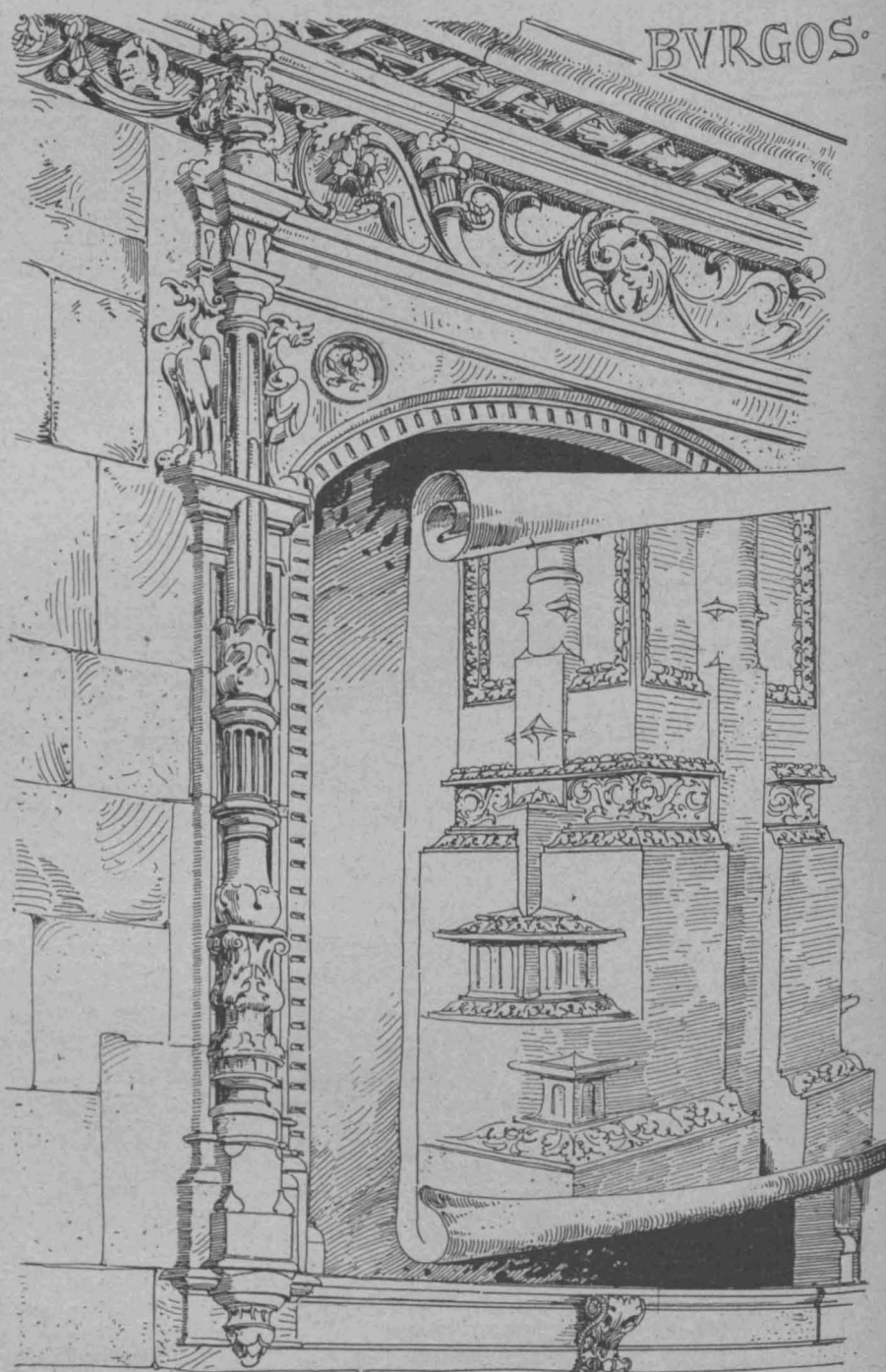
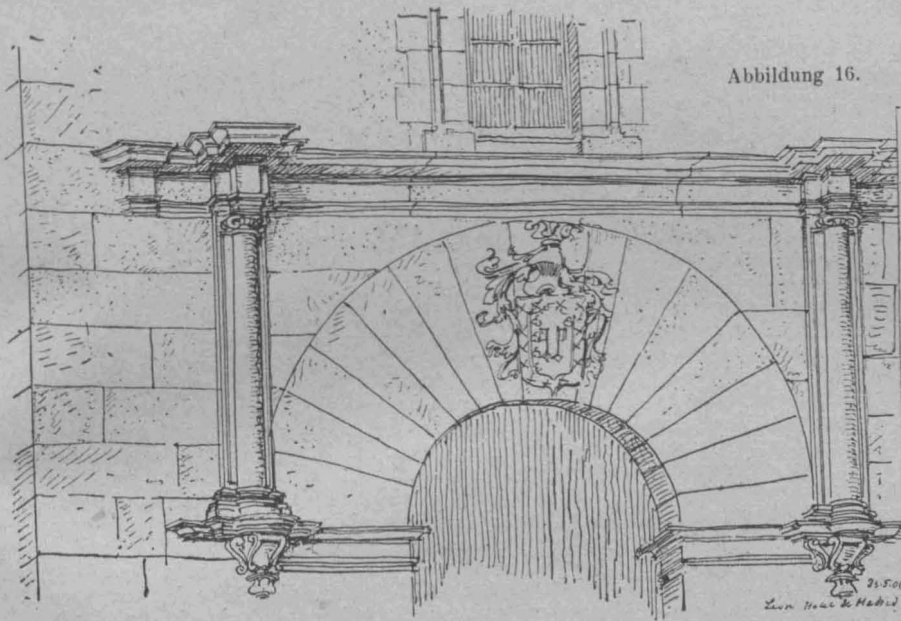


Abbildung 19. Einzelheiten der Frührenaissance aus Burgos.
Spanische Architekturstudien II. Von Geh. Brt. Dr. Albrecht Haupt in Hannover.

Kleinhaus-Siedelungen und Kleinhaus-Bauten“ Anwendung finden dürfen. — Endlich ist hier über Vorschläge zu berichten, die in der „München-Augsburger Abendzeitung“ gemacht wurden, um das Risiko der Unternehmer beim Bau von Kleinwohnungen zu beseitigen. Sie gehen von E. von Elmenau aus und wollen zeigen, daß auch durch die private Bautätigkeit der kommenden Not abzu- helfen ist, wenn sie die erforderliche Entlastung durch Reich, Staat und Gemeinde findet. Der Urheber der Vorschläge geht von der Tatsache aus, daß sowohl gemeinnützige Ver-

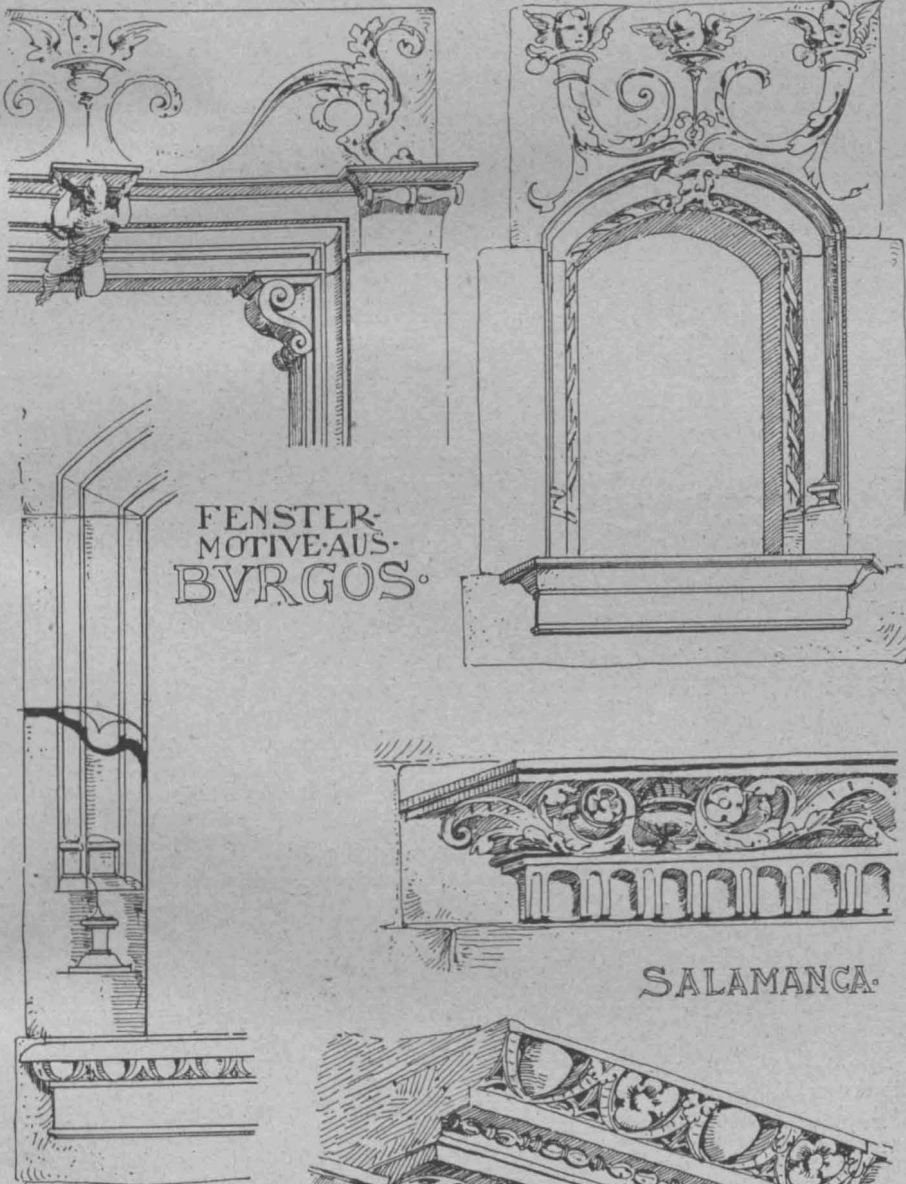
Abbildung 16.



eine wie Privat-Unternehmer, die in der Uebergangszeit bauen, vor einem sicheren Verlust stehen. Die billigen Baustoffe, welche die Militär-Verwaltungen liefern können, reichen nicht aus; die Löhne können nicht schnell sinken, weil die Kosten der Lebenshaltung nicht schnell herunter gehen. Fünf bis zehn Jahre nach dem Krieg aber sind die Herstellungskosten gegen den Stand der Uebergangszeit erheblich gesunken, das Anlagekapital ist daher zumteil verloren. Die Mieten können nicht so hoch angesetzt werden, daß sie diesen Verlust amortisieren. Nach dem richtigen und nüchternen Gesichtspunkt, daß der Kleinwohnungsbau nur dadurch gefördert werden könne, daß man ihn rentabel mache, wird daher eine Reichs-Garantie für Verluste gefordert, wobei jedoch die Lasten zwischen Reich, Bundesstaat und Gemeinden angemessen verteilt werden sollen. Gelingen es, eine solche Gewähr für Kapitalverlust und den Verlust von Renten zu erlangen, so ändere sich mit einem Schlag die Lage des Baumarktes. Städte und gemeinnützige Baugesellschaften können sofort bauen und es ist auch Aussicht vorhanden, daß der Privat-Unternehmer sich wieder dem Kleinwohnungsbau zuwendet, wenn er Entgegenkommen und Erleichterungen beim Bauen findet. Seine Heranziehung sei notwendig, denn der Bedarf an Kleinwohnungsbauten könne nur durch ihn hauptsächlich befriedigt werden. Sein Eintreten verringere auch den sonst aus öffentlichen Quellen zu beschaffenden Geldbedarf. Er könne wie früher einen Teil seines Verdienstes als zweite Hypothek stehen lassen: er kenne auch alle privaten Hilfsquellen, die sonst jenem wirtschaftlichen Zweck nicht zugeführt werden würden. Der private Bauunternehmer, der bis einige Jahre vor dem Krieg das Bedürfnis an Kleinwohnungen in der Hauptsache befriedigt und die Großstädte geschaffen habe, der sich aber schon einige Jahre vor dem Krieg von dieser Betätigung des Unternehmertums abgewendet habe, müsse diesem in der nächsten Zukunft so außerordentlich wichtigen Gebiet der Bautätigkeit wieder zugeführt werden. Neue Mittel müßten ihn wieder heranziehen. Mit der Zuweisung billigen Geldes und billiger Baustellen an gemeinnützige Unternehmungen allein sei es nicht mehr getan. Ebenso wichtig als die Geldhilfe sei es, die Grundlagen für das Bauen so zu gestalten, daß der private Unternehmer wieder bauen könne.

Nach den Vorschlägen v. E. Menau's soll sich nun das Reich verpflichten, bei Kleinwohnungsbauten, die innerhalb dreier Jahre nach dem Krieg neu errichtet werden, 6 oder 8 Jahre nach ihrer Fertigstellung den Mehraufwand zu ersetzen, der dem Erbauer dadurch erwachsen ist, daß er vor-

FENSTER-
MOTIVE AUS-
BURGOS.



SALAMANCA.

Abbildung 17.

Abbildung 16 und 17. Architektonische Einzelheiten aus Leon, Burgos und Salamanca.
Spanische Architekturstudien II. Von Geh. Brt. Dr. Albrecht Haupt in Hannover.

zeitig gebaut habe. Bis dahin solle das Reich in halbjährlichen Raten einen Mietzuschuß in Höhe des Unterschiedes zahlen, der sich zwischen dem ortsüblichen Mietpreis und der Verzinsung des Anlagekapitales ergibt. Dieser Zuschuß soll jedoch nur Bauten gewährt werden, deren größter Teil als Kleinwohnungen vermietbar ist, nicht aber für private Eigenbauten. Aber auch für diese soll der Kapital-Ersatz geleistet werden. Das Reich müsse das Recht haben, seine Verpflichtungen ganz oder teilweise auch schon früher abzulösen; es kann diese Verpflichtungen vor Ablauf von 3 Jahren für noch nicht genehmigte Bauten auch ganz aufheben. Für die Vergütung des Minderwertes der in den ersten 3 Jahren errichteten Kleinwohnungen erhält das Reich keine Deckung. Dagegen sollte erwogen werden, ob es nicht eine teilweise Deckung dadurch finden könne, daß es nach dem Krieg die unverdiente Mietsteigerung der alten Wohnungen besteuert. Diese Steuer dürfe aber nicht auf die Mieter abgewälzt werden. Der letztere Vorschlag einer Besteuerung der unverdienten Mietsteigerung der alten Wohnungen hat nach unserer Ansicht große Bedenken, wenn er überhaupt durchführbar und ergiebig ist. Im übrigen seien die Vorschläge v. Elmenau's getrennt nach Leistungen des Reiches, des Staates und der Gemeinde hierher gesetzt:

A. Leistung des Reiches.

1. Den Vermietern müssen die Eingänge der Mieten gesichert sein. Wöchentlich wird ein kleiner Teil des Lohnes vom Arbeitgeber einbehalten und dafür Wohnungsmarken — ähnlich wie die Invalidenmarken — geklebt. Der Normalfall des ständigen Arbeiters läßt sich auch ausleihen auf den wechselnden, den arbeitslosen usw. Diese Ersparung ist um so nötiger, als die Grenzen der Lohnpfändbarkeit erhöht worden sind.

2. Außerdem muß der Arbeitnehmer zu Händen des Arbeitgebers vom Lohn wöchentlich einen kleineren Betrag zur Sicherheit der guten Ablieferung der Wohnung ersparen. Die schlechte Ablieferung der Wohnungen ist eine der größten Klagen der Kleinwohnungsbesitzer und hat die privaten Unternehmer am meisten veranlaßt, sich vom Bau von Kleinwohnungen fernzuhalten. Bei den jetzt gesteigerten Arbeitslöhnen und Materialkosten gewinnt dieser Punkt an Bedeutung. Durch die Mieteinigungs-Aemter wäre eine rasche Erledigung der guten Ablieferung zu erreichen.

3. Es muß gesetzlich festgelegt werden, daß in Zukunft von den Hausbesitzern, sicher von den Kleinwohnungs-Hausbesitzern, keine Kriegsmiet-Nachlässe mehr beansprucht

werden können; das Reich muß unter Umständen für die Kriegsteilnehmer die vollen Mieten zahlen.

4. Das Zwangsverwaltungs- und Zwangsversteigerungs-Gesetz muß, um den vielen Klagen der Hausbesitzer abzuwehren, im Sinne der Eingaben der Haus- und Grundbesitzer-Vereine abgeändert werden.

5. Eine Mietsteigerung darf in Zukunft nicht verboten werden, wenn nachweislich nach Mietabschluß eine Steigerung der Lasten des Hausbesitzers stattgefunden hat.

6. Das Reich muß auf seine $\frac{1}{2}$ Prozent beim Ankauf von Grundbesitz für Kleinwohnungen verzichten.

7. Die gesetzliche Ausführung dieser Punkte — wie auch der Vergütung des Minderwertes und der Mietvergütung bei den in den ersten drei Jahren nach Kriegs-Ende neu erbauten Kleinwohnungen — ist Sache des Reiches.

B. Leistungen des Staates.

Der Staat läßt die in den ersten drei Jahren nach dem Krieg neu errichteten Kleinwohnungen 10 Jahre frei von allen Haus- und Grundsteuern, gewährt für das aufgewandte Kapital 10 Jahre Freiheit von allen Einkommensteuern, womit namentlich die Immobiliengesellschaften und die großen städtischen Grundbesitzer zum Bau von Kleinwohnungen veranlaßt werden sollen. Er berechnet da, wo die Feuerversicherung staatlich ist, nur die Hälfte der Brandversicherungskosten unter Wegfall der Aufnahmekosten, fördert die baupolizeilichen Erleichterungen, soweit es das Klima gestattet, wobei aber nicht schlecht oder leicht gebaut werden darf. Er sieht ab bei dem für die Errichtung von Kleinwohnungen verkauften Gelände von der Erhebung des Staatsstempels und der Umsatzsteuer.

C. Leistungen der Gemeinde.

Die Gemeinden erheben gleichfalls von den drei Jahre nach dem Krieg errichteten Kleinwohnungen 10 Jahre keine Umlagen auf Haussteuer und Einkommensteuer des in den Kleinwohnungen investierten Kapitals, verbilligen oder erlassen die Straßenbaukosten und Baupolizeigebühren, verschaffen und vermitteln billiges Geld für 1. und 2. Hypotheken oder übernehmen dafür die Garantie, ebenso billiges Bauland kaufweise oder in Erbbaurecht, sorgen für genügende Verkehrsverbindungen mit der Arbeitsstelle und der Stadt, beschleunigen die Fluchtungen und Straßenbau-Verträge, liefern Gas, Wasser und Elektrizität zu Selbstkostenpreisen, sehen ab von der Erhebung der Umsatzsteuer, werden auch nach Ablauf der 10 Jahre die Umlagen der Haussteuer nicht nach dem gemeinen Wert, sondern nach Ertragswert und wirklichen Mieteingängen berechnen. —

Vermischtes.

Das Schinkelfest des Architekten-Vereins zu Berlin fand nach altem Brauch, der Zeit entsprechend jedoch in einfachsten Formen am 13. März, dem Geburtstag Schinkels statt, seit 42 Jahren zum ersten Male nicht mehr im eigenen Hause, das bekanntlich im Herbst v. J. an das preußische Kriegsministerium verkauft, demnächst vom Verein ganz geräumt werden muß. Unter den Anwesenden befanden sich Unterstaatssekretär von Coels sowie die beiden Minist.-Direktoren Hinkeldeyn und Dr.-Ing. Sympher vom Minist. d. öffentl. Arbeiten, der Präsident der Akademie der Künste Schwechten.

Der Vorsitzende, Hugo Hartung, leitete die Festsitzung im Künstlerhause nach kurzem Hinweis auf die Lage, in der das diesjährige Jahresfest begangen werde, mit Erstattung des Jahresberichtes ein. Demnach betrug der Mitgliederstand am 1. März 1918 im Ganzen 2639, also etwas weniger als im Vorjahre, darunter 8 Ehrenmitglieder, 795 einheimische und 1836 auswärtige Mitglieder. Verstorben sind im Ganzen 46, darunter die beiden Ehrenmitglieder Kayser und R. Baumeister, gefallen 15. An 13 konnte das Diplom für 50-jährige Mitgliedschaft verliehen werden und 5 neue Ehrenmitglieder hat der Verein zum diesjährigen Schinkelfest ernannt. Es sind das die Herren: Eggert, v. Münstermann, Reimann, Schwechten und Stübben.

Die Bücherei ist trotz des Krieges und der Ungunst der Verhältnisse auf 25552 Bände gewachsen und die Benutzung war eine rege. Lebhaft in Anspruch genommen wurde auch die vom Verein eingerichtete Berufsberatung, die weiter ausgebaut werden soll. Die Vermögensverhältnisse des Vereins sind nach dem Verkauf des Vereinshauses an das Kriegsministerium geregelte und günstige, an den Ankauf eines neuen Hauses wird aber zunächst nicht gedacht. Günstig sind auch die Verhältnisse der zahlreichen, dem Verein gehörigen Stiftungen, deren Zinsen ihren bestimmten Aufgaben zugeführt werden konnten.

Versammlungen wurden im Laufe des letzten Vereinsjahres 19 abgehalten, z. T. mit Zuziehung der Damen; ihr durchschnittlicher Besuch betrug 84 Personen. An Monatspreisaufgaben wurden im Hoch- und Ingenieurbau je 4 gelöst. Der Schinkelwettbewerb fand trotz der Kriegslage Teilnehmer auf allen 3 Fachgebieten. Im

Hochbau war die Aufgabe der Entwurf zu einer Gedächtnishalle für die Provinz Brandenburg. Von 4 Entwürfen erhält derjenige von Dr.-Ing. Block in Königsberg in Pr. Staatspreis und Schinkelplakette. Im Wasserbau war eine Talsperre im Edertal zu entwerfen; unter 2 Bewerbern erhält Reg.-Bfhr. Karl Dassen in Burg i. Dithmarschen die Schinkelplakette. Auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues war nur eine Lösung für den Entwurf zum Umbau des Bahnhofes Karlsruh bei Berlin eingegangen. Den beiden anwesenden Siegern wurden die Auszeichnungen mit Worten der Anerkennung durch von Coels überreicht.

Den Festvortrag hielt darauf Prof. de Thierry von der Techn. Hochschule Berlin über das Thema „Weltgeschichte und Seehäfen“. In großen Zügen zeigte Redner die Zusammenhänge zwischen weltgeschichtlichen Ereignissen, Seemacht und Entwicklung der Seehäfen von den Zeiten der Phönizier bis zur Neuzeit, schilderte wie Rom die Seemacht Karthagos vernichtete, wie die italienischen Republiken Genua und Venedig die Erbschaft Roms antraten, wie Spanien und Portugal, Flandern und Holland in der Beherrschung des Seehandels sich ablösen, wie England die Macht an sich reißt, bis schließlich die Neuzeit den scharfen Wettbewerb und die Vorherrschaft der nordwesteuropäischen Häfen bringt, unter ihnen die deutschen Häfen Hamburg, Bremen und das von Preußen neu geschaffene Emden. Gewaltige Anforderungen stellt dieser Wettbewerb an die Aufrechterhaltung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Seehäfen und diese erfordert Lasten, die Hamburg und Bremen auf die Dauer nur werden tragen können, wenn die Anschauung allgemein wird, daß diese Häfen nicht um ihrer selbst willen da sind, nicht hamburgische und bremische Angelegenheiten sind, an denen das Hinterland unbeteiligt ist, sondern daß ihr Wohlergehen Voraussetzung für das Blühen und Gedeihen des ganzen deutschen Vaterlandes ist. Wir kommen auf den inhaltvollen Vortrag noch an anderer Stelle zurück. —

Inhalt: Deutsche Bestrebungen im Kleinwohnungs- und Siedlungswesen. — Vermischtes. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. № 24. BERLIN, DEN 23. MAERZ 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Spanische Architektur- studien. II.

Von Geheimen Baurat Prof.
Dr. Albrecht Haupt
in Hannover.

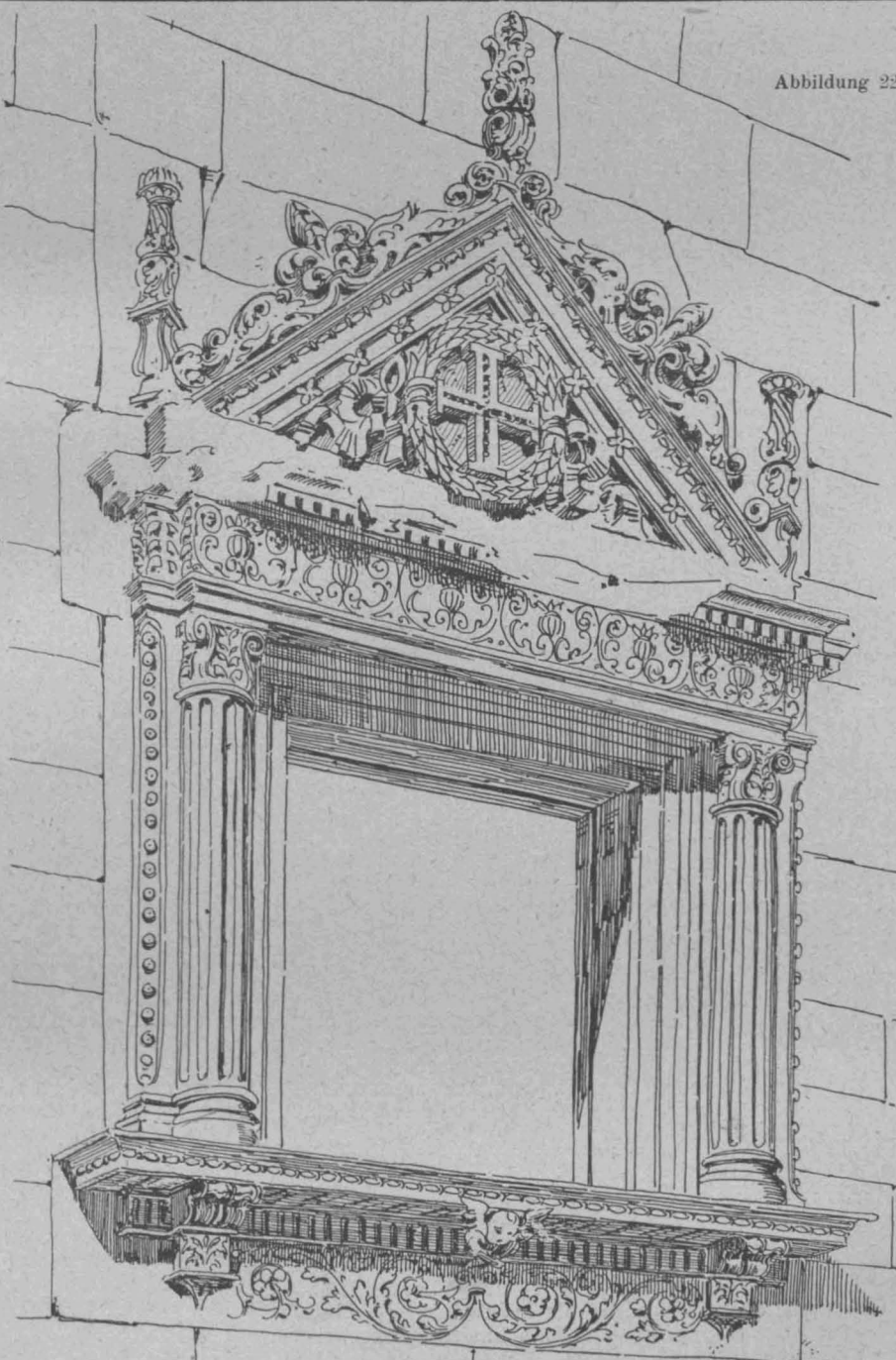
Hierzu eine Bildbeilage, sowie
die Abbildungen in No. 23.

(Vergleiche die Artikel-Reihe:
„Spanische Architektur-
Studien“ I

in No. 36, Jahrg. 1917.)

Die früher ge-
schilderte be-
wußte Gegen-
einandersetzung
mächtiger rein
konstruktiver
Flächenbehandlung zu reiz-
vollen zartesten Architek-
turteilen, die auf dem star-
ken Hintergrund um so pri-
kelnder wirken, hat zu einer
einzigartigen Behandlung
dieser plastischen Teile ge-
führt. Wie sie aus dem Kör-
per des Baues herausge-
schnitten sind, mit den fein-
sten vorspringenden oder
sich herausbiegenden Pro-
filen, wie aus dem Quader-
werk heraus modelliert, das
ist stets von Neuem erquick-
lich, man kann geradezu
sagen poetisch. Man sieht,
daß die Arbeiten erst nach
dem Versetzen aus stehen
gelassenen Bossen heraus
oder in das Steinwerk hinein
geschnitten wurden und zwar
mit einem auf das höchste
gesteigerten Feingefühl für
Gesimsbildungen und für den
zu ihm gehörigen Zierrat.
(Abbildungen 16 und 17 in
No. 23.) Ganz im Gegensatz
zu jener Steinmetzarbeit, die
genau vorgezeichnet und auf
dem Boden zum Versetzen
völlig fertig gearbeitet, nach-
her mechanisch aufeinander
gestellt wird, sodaß das Bau-
werk, aus einzelnen kubisch
allseitig bearbeiteten, fest
umgrenzten Körpern zusam-
mengesetzt, auch wieder in
seine einzelnen streng ge-
trennten Glieder zerlegt wer-
den könnte. So sieht man es
am besten am griechisch-do-
rischen Tempel. Dem gegen-

Abbildung 22.



TOLEDO

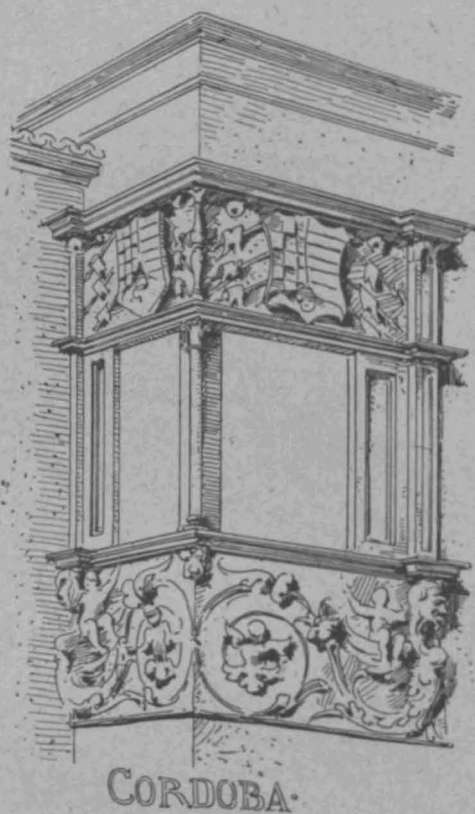
über empfinden wir hier etwas wie ein organisches Wachstum. In ganz besonders anziehender Art tritt das auf den Grenzgebieten des Mittelalters zur Renaissance in die Erscheinung, wo noch die spätgotisch gefühlten scharfen Gesimsbildungen in den mannigfachsten Verschneidungen und Durchdringungen die liebenswertesten Spiele technischer Phantasie ermöglichen. (Abbildungen 18 und 19.) Nur der Architekt kann den kostbaren Reiz dieses sensitiven Gestaltens ganz erfassen, weil dessen Mittel rein architektonische sind und nur starkes Gefühl für edle und flüssige Gesimsbildung, die nicht einfach nach Vorschrift oder Herkommen sich gestaltet, sondern tiefer Empfindung entspringt, dieses Verständnis ermöglicht. Ganz besonders bezeichnend sind hier die nicht rechtwinklig vorspringenden und sich schematisch kröpfenden Gesimsprofile, die vielmehr im schrägen Winkel sanft aus der Fläche sich lösen oder sich herausbiegen; von höchstem Reiz, wenn sie sich mit Zierrat schmücken, mit zarten Figürchen Rankenwerk, Perlenreihen und dergleichen (Abbildung 20). Das alles nun empfinden wir um so tiefer, je mehr uns die jetzt übliche entsetzliche Oberflächlichkeit und Notdürftigkeit drückt, die das heutige Gesimswerk charakterisiert. Stumpfe, gefühllose, kaum plastische Linien ohne Leben, noch ohne irgend eine Sorgsamkeit und Liebe gebildet, ja geradezu verwahrlost; ohne einen Gedanken daran wach zu rufen, daß auch dieser Zweig baukünstlerischer Bildungen die Betätigung wirklicher gewissenhafter Sorgfalt aber auch freudige durchbildende Arbeit nicht nur gestattet, sondern gebieterisch verlangt, wenn das Ergebnis ein wirklich wertvolles sein soll. Dort dagegen spürt man noch sehnsuchtsvoll, was Ueberlieferung, Fortarbeit des jüngeren Geschlechtes am Werk des älteren und langsames Heraufwachsen immer neuer Gestaltungen heißen.

Die verschiedenen Skizzen, die ich hier gebe, obwohl nur nachträglich aus zufällig gesammeltem Stoff herausgezogen, erläutern das ja hinreichend, was aber ein mehr planmäßig auf solche Zusammenstellung gerichtetes Sammeln dort zutage fördern würde, das wäre sicherlich außerordentlich. Ich möchte dergleichen — nicht zur Nachahmung, sondern zum eifrigsten Studium und als Vorbild für ideal gerichtetes baukünstlerisches Arbeiten — unseren Fachgenossen für die nächste Zeit auf das wärmste empfehlen; alle ja ersöhnen einen Anstoß, um aus der Verwahrlosung unserer gegenwärtig geübten Formenbildung wieder hinaus zu kommen. Nicht unerwähnt darf ich lassen, daß man in der Zeit des Platereskensstiles sogar bis zu perspektivischer Schrägbildung der Gesimse und Bauglieder gekommen ist; ein unvergleichliches Zeichen baukünstlerischer Herrschaft über die gehandhabte Formenwelt.

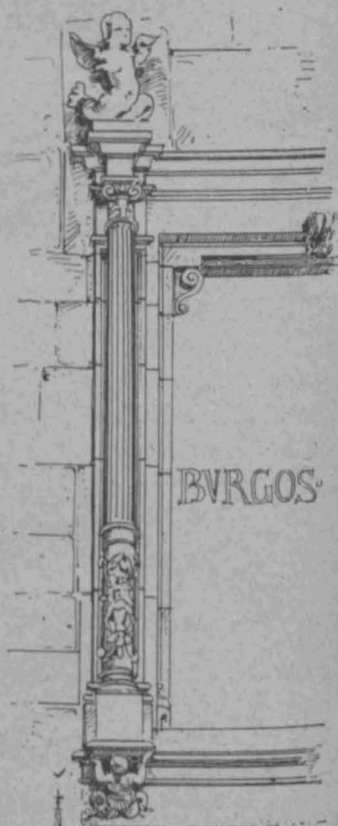
Noch ist aufmerksam zu machen auf die beinahe kokette Art, mit der der Spanier Konstruktion, Gesims-, Bogen- und Wölbwerk, alles aus prächtigster Quaderkonstruktion heraus gewirkt, sozusagen als künstlerischen Selbstzweck zur Erzeugung ganz besonderen Eindruckes verwertet. (Abbildung 21, S. 107, Burgos.)

Die Zierstücke, bis zu herrlichster Pracht durchgebildet, sind dann, vor allem im Aeüßeren, auf das geschickteste durch einen möglichst ruhigen Hintergrund gehoben, im reizvollsten Gegensatz dazu, so in der Tat wie Edel-

metallschmuck wirkend und den Namen Platereskenskunst völlig ausfüllend. Dieses Gegensätzliche zwischen Schmuck und Körper wirkt oft genug auf das nachdrücklichste, ganz wie wenn stolze schroffe Felswände, an denen selbst die Blicke abgleiten, sich mit klimmenden Blumen und zartem schmückenden Rankenwerk zieren. (Abbildungen 22 und 23.) Die letztere Abbildung, ein Konsolstück in reicher



CORDOBA



BURGOS

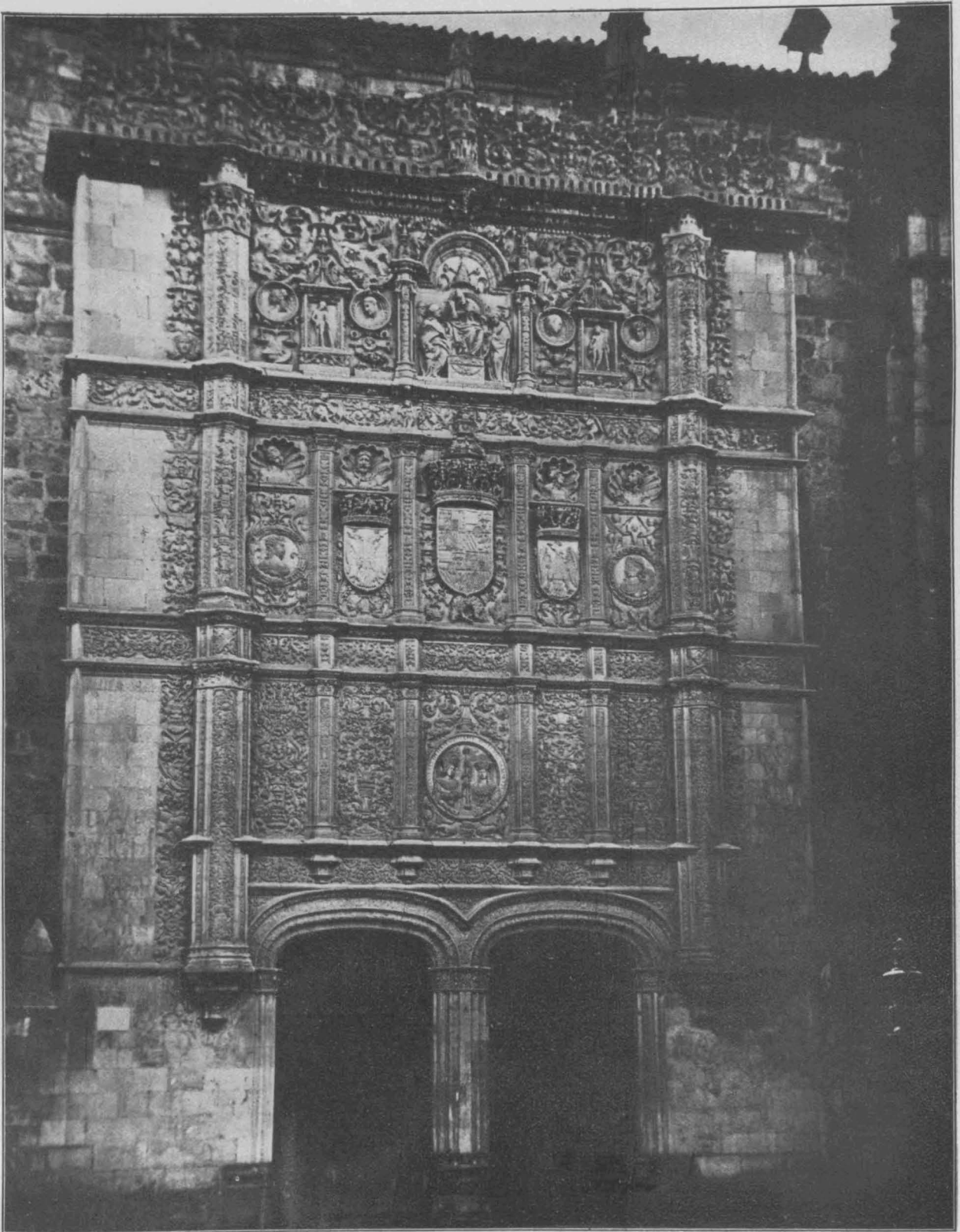
Abbildung 20.
Einzelheiten
der
Frührenaissance
aus
Cordoba, Burgos
und
Valladolid.
Spanische
Architekturstudien II.
Von Geh. Brt.
Dr. Albrecht Haupt
in Hannover.

ornamentaler Behandlung vom Bürgerspital in Sevilla möge zugleich ein Beispiel dafür sein, in wie anziehender Weise in diesen Werken der spanischen Frührenaissance das figürliche Element mit dem rein ornamental verwebt ist.

(Fortsetzung folgt).



Abbildung 23. Vom Bürgerspital in Sevilla.

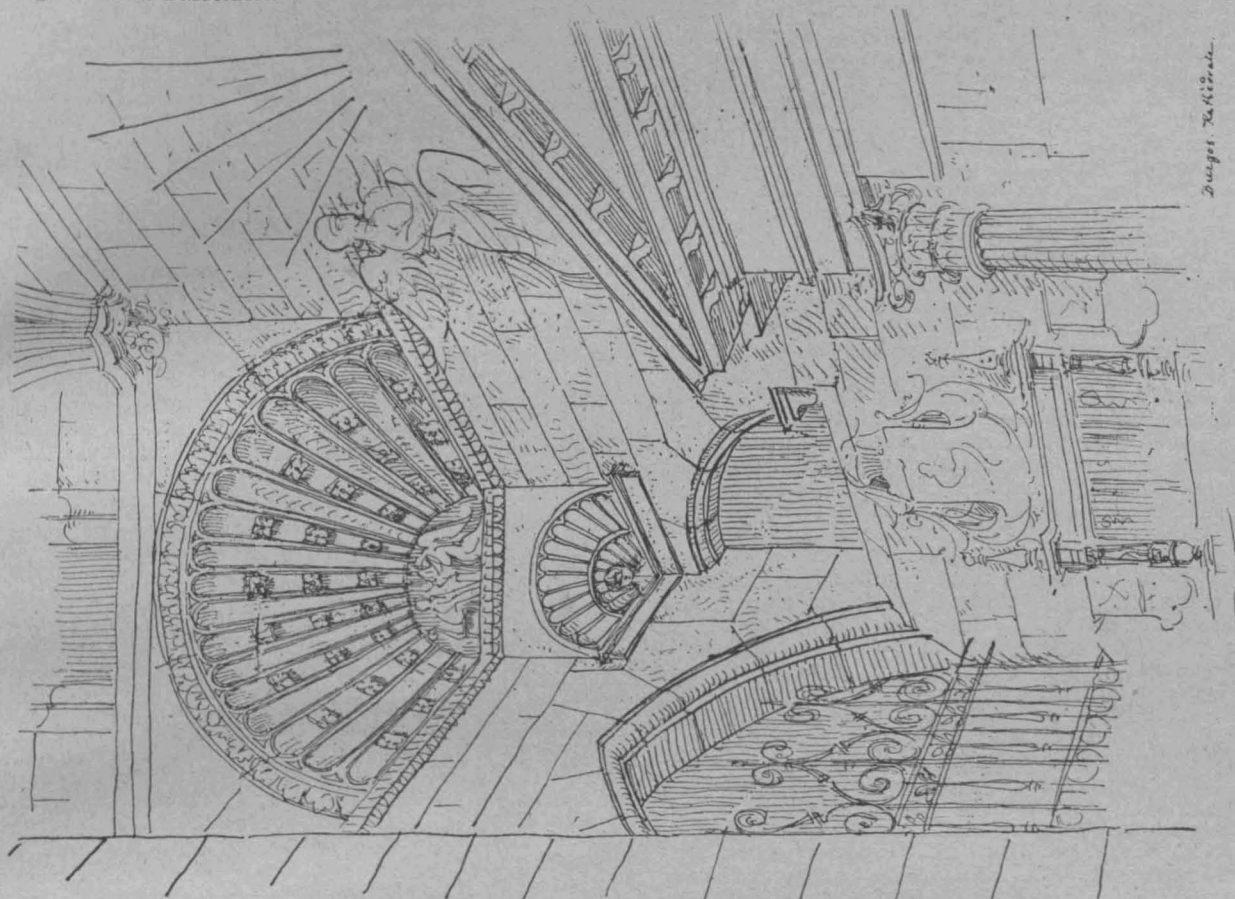


PANISCHE ARCHITEKTUR-
STUDIEN II. VON PROF. Dr.
ALBRECHT HAUPT IN
HANNOVER. ** PORTAL
DER UNIVERSITÄT ZU
*** SALAMANCA. ***
DEUTSCHE BAUZEITUNG
52. JAHRGANG 1918. * NO. 24.

Vermischtes.

Gegen ein gemeinsames Baubüro rheinischer Verwaltungsstellen in Düsseldorf. Nach Mitteilungen, die die Orts-

büro's in Aussicht genommen, das folgenden Verwaltungsstellen dienen soll: der „Landesversicherungs-Anstalt der Rheinprovinz“, dem „Rheinischen Verein für Kleinwoh-



Burgos, Kathedrale.

Abbildung 21. Einzelheiten der Frührenaissance aus der Kathedrale von Burgos. Von Geh. Bt. Dr. Albrecht Haupt in Hannover.

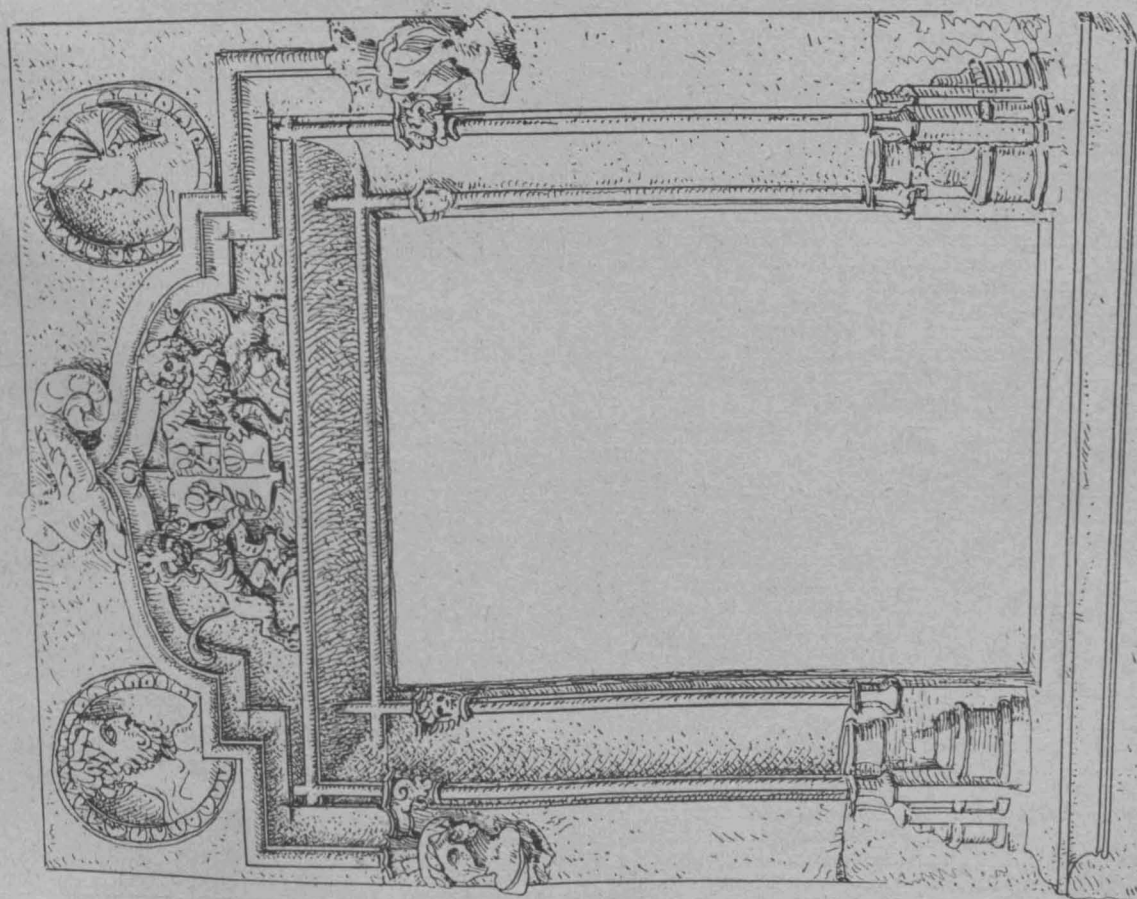


Abbildung 18. Barcelona. Fenster-Umrahmung aus Calle del Pont de la Parre. Spanische Architekturstudien II. Von Geh. Bt. Dr. Albrecht Haupt in Hannover.

gruppe Köln des „Bundes Deutscher Architekten“ erhalten hat, ist in der Rheinprovinz, und zwar in Düsseldorf, die Errichtung eines gemeinsamen Bau-

nungswesen“, dem Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz“, der „Rheinischen Bauberatungsstelle“, die zugleich Geschäftsstelle der „Rheinischen Beratungs-

stelle für Krieger-Ehrungen“, und der „Siedelungsgesellschaft Rheinisches Heim“. Die Beteiligung weiterer Stellen an diesem gemeinsamen Baubüro ist vorbehalten. Der Aufgabenkreis dieses Büro's sei zwar erst vorläufig, aber doch bereits eingehend und ausgedehnt skizziert. Der Entwurf des Haushaltsplanes schließe in Einnahme und Ausgabe mit 40 000 M. ab und enthalte unter den Einnahmen Zuschüsse des Staates und der Provinz. Für den Leiter des Büro's sei ein Gehalt von 10 000 M. jährlich ausgeworfen.

Gegen diese Gründung nun wendet sich auf Antrag ihres Kleinwohnungs-Ausschusses, dem Hr. Reg.-Bmstr. a. D. Eugen Fabricius vorsteht, die Ortsgruppe Köln des „Bundes Deutscher Architekten“ mit einer Eingabe an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Hrn. Staatsminister Freiherrn v. Rheinbaben in Coblenz. Die Eingabe führt aus, der Plan der Gründung eines gemeinsamen Baubüro's habe „in den Reihen der rheinischen Architektenschaft lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen, weil sie in der Errichtung amtlicher oder halbamtlicher Baubüro's unter staatlichem Schutz einen durch nichts gerechtfertigten Wettbewerb staatlicher Stellen mit dem Stand der freien Architekten erblicken muß. Es liegt weder im Interesse dieses Standes, noch in dem des Staates, die freien Berufe des Mittelstandes immer mehr einzudämmen und durch Vermehrung des Beamtenwesens sogar diejenigen Berufe zu bürokratisieren, die, wie die Baukunst, sich am wenigstens hierzu eignen. Schablonenhaftigkeit der Entwürfe und Eintönigkeit des architektonischen Bildes sind erfahrungsgemäß die unausbleiblichen Folgen der Bürokratisierung des baukünstlerischen Schaffens. Es ist auch durch nichts geboten, daß die amtlichen Stellen irgend welche Berufsarbeit eines freien Berufes selbst übernehmen, so lange dieser Beruf sich im freien Wettbewerb in so anerkannter Weise bewährt, wie der rheinische Architektenstand.“

Was uns in der Rheinprovinz an jenem Plan besonders auffällt ist die Tatsache, daß den fünf Gründungsvereinen zum Zweck der Errichtung dieses Baubüros Mittel des Staates, der Provinzialverwaltung und der Handwerkskammern zur Verfügung gestellt werden sollen, obwohl sie fast alle laufende Zuschüsse aus staatlichen Mitteln beziehen, aus denen bereits eigene Baubüros unterhalten. Nach unseren Beobachtungen über die Tätigkeit dieser und ähnlicher Baubüros (z. B. der Landwirtschaftskammern und des Rheinischen Bauvereins) können wir uns ernstlichen Bedenken dagegen nicht verschließen, daß hier mit staatlichen Mitteln und mit den Mitteln eingangs genannter „Dienststellen“, an deren beider Aufbringung wir als Staatsbürger und z. T. als Vereinsmitglieder selbst beteiligt sind, uns Wettbewerber geschaffen werden, die infolge ihres hohen Schutzes und ihrer Unterbietung unserer vom Reichsgericht anerkannten Mindestgebührenordnung eine ungleich leichtere Berufsausübung haben, als jedenfalls der größere Teil der Honorararchitekten. Wir weisen nur auf den großen „Aufgabenkreis“ des geplanten Baubüros, sowie auf das Gehalt von 10 000 M. für den Büroleiter hin.

Es kommt hinzu, daß sich der Aufgabenkreis des Baubüros gerade auf diejenigen beiden Gebiete in erster Linie erstreckt, die in den ersten Jahren nach dem Krieg fast als die einzigen dem Architekten verbleiben werden: das Kleinwohnwesen und das Kriegererziehungswesen. Zumal unseren aus dem Felde heimkehrenden Berufsgenossen müssen wir die Möglichkeit erhalten helfen, sich auf diesen Gebieten zu betätigen, und es darf ihnen nicht durch den Staat, für den sie draußen mitgekämpft haben, ein neuer Daseinskampf aufgenötigt werden. Nicht die Schädigung, sondern die Förderung eines wirtschaftlich so wichtigen Gliedes des selbstständig erwerbstätigen Mittelstandes, wie es der Architektenstand ist, halten wir für die Aufgabe des Staates.

Wir bitten daher Ew. Exzellenz, dem Plan der Errichtung dieser oder ähnlicher Baubüros die staatliche Unterstützung versagen und den diesem Baubüro zugeachteten schönen und ausgedehnten Aufgabenkreis durch Fühlungnahme mit dem freien Architektenstand der Rheinprovinz erfüllen zu wollen.“

Die Eingabe der Ortsgruppe weist noch auf eine Denkschrift des „Bundes Deutscher Architekten“ über die „Verwaltungs-Reform auf dem Gebiet des Hochbauwesens“ hin. Wir unsererseits möchten nicht verfehlen, in diesem Zusammenhang die Aufmerksamkeit der Leser der „Deutschen Bauzeitung“ erneut auf die Ausführungen mit dem Titel: „Zentralisation und Konzentration oder Individualismus“ in No. 79 des Jahrganges 1916 unserer Zeitung hinzulenken, in der wir für die Erhaltung des wirtschaftlichen und des künstlerischen Individualismus bei den kommenden Neubildungen aller Verhältnisse der mitteleuropäischen Staaten eintraten. Die Kölner Ortsgruppe des

Bundes hat richtig die beiden Gefahren erkannt, die aus solchen umfangreichen Zusammenschlüssen für den Einzelnen als Glied des erwerbstätigen Mittelstandes entstehen können: es sind Gefahren wirtschaftlicher und künstlerischer Natur. Künstlerischer in doppelter Beziehung, denn ein solcher Zusammenschluß untergräbt nicht nur die Würde, die Kraft und das Ansehen des künstlerischen Individuums, sondern mit ihm auch das der architektonischen Kunst überhaupt. Deshalb glauben wir, daß Hr. Staatsminister von Rheinbaben der Eingabe die gewünschte Beachtung schenken wird. Hr. von Rheinbaben ist Präsident der Goethe-Gesellschaft. Da wird ihm ein Gespräch Goethe's mit Eckermann aus dem Jahre 1823 nicht unbekannt sein, in dem der Dichter die Auffassung und Darstellung des Besonderen, des Persönlichen, als das eigentliche Leben der Kunst bezeichnet. Er bezeichnet die Auffassung des Individuellen als das eigentlich Hohe und Schwere der Kunst. Er macht einen Unterschied zwischen dem Allgemeinen und dem Besonderen, welches Letztere jeder Künstler erlebt haben müsse: „... so lange man sich im Allgemeinen hält, kann es uns Jeder nachahmen; aber das Besondere macht uns Niemand nach. Warum? Weil es die Anderen nicht erlebt haben“. Jedes Kunstwerk aber ist die sinnliche Darstellung des Erlebten, die wirkliche Kunst ist ein Erleben. Eine solche Kunst aber kann von einem Architekturbüro wie dem hier geplanten nicht erwartet werden; folglich wäre seine Einrichtung für den Einzelnen und die Kunst schädlich.

Wettbewerbe.

Einen allgemeinen Wettbewerb um Entwürfe für den Neubau der Reichsschulden-Verwaltung in Berlin erwartet die deutsche Architektenschaft nach Bewilligung der Summen für das Grundstück und den Bau durch den Deutschen Reichstag. Das riesenhafte Anwachsen der Reichsschuld hat eine solche Steigerung der Geschäfte und Vermehrung des Personales zur Folge, daß ein Neubau für diese Verwaltungsstelle zu einer unabwendbaren Notwendigkeit geworden ist. Wenn auch die Verwaltung der Reichsschuld durch die preußische Hauptverwaltung der Schulden aus finanziellen und namentlich wichtigen geschäftlichen Erwägungen beibehalten werden soll, so soll dennoch das Reich die Kosten für den Neubau tragen, weil dieser lediglich durch das Anwachsen der Reichsschuld notwendig geworden ist. Zur Erstellung des Neubaus wurde ein Gelände im alten Berlin gewählt, das umschlossen wird von der Linden-Straße, der Oranien-Straße, der Alten Jakob-Straße und der Feilner-Straße. Es handelt sich um nahezu den ganzen Baublock mit rd. 19 000 qm Fläche. Das Gelände soll für 12 383 000 M. für das Reich erworben werden. Ein Neubau würde seine Hauptseite dem Platz zuzuwenden haben, auf dem die Jerusalemer-Kirche steht; eine zweite Hauptseite würde sich an der Oranien-Straße entwickeln können. Wenn es sich auch ausschließlich um ein Verwaltungsgebäude handelt und wenn auch einfachste Schlichtheit nach den gewaltigen Opfern des Krieges der leitende Grundgedanke für die architektonische Ausbildung sein muß, so braucht diese Schlichtheit doch nicht in seelenlose Nüchternheit auszuarten und es darf, der an architektonischen Eindrücken armen Oertlichkeit entsprechend, hier wohl mit Monumentalität der Erscheinung etwa im Sinne Schinkels gerechnet werden. Aus diesem Grunde nicht minder wie aus dem der Erzielung eines klaren und übersichtlichen inneren Organismus empfiehlt sich der Weg des allgemeinen Wettbewerbes, aber insbesondere auch nach den langen und schweren Opfern, welche die deutsche Architektenschaft dem Krieg bringen mußte. —

Im Preisausschreiben betr. Entwürfe für ein Gedenkblatt der achten Kriegsanleihe, ausgeschrieben vom Bankhaus Gebr. Arnhold in Dresden, liefen 376 Arbeiten ein. Die Preise wurden wie folgt verteilt:

I. Preis, 1000 M., für den Entwurf „Beth“, Urheberin Elisabeth Pfadtisch in München; II. Preis, 500 M., für den Entwurf „Der Sieger“, Urheber Richard Lippmann in Potschappel; III. Preis, 300 M., für den Entwurf „Siegesfrucht“, Urheber Willi Heckrott in Dresden; IV. Preis, 200 M., für den Entwurf „Variante“, Urheber Fredy Hörmayer in Hannover. Außerdem wurden eine Reihe von Entwürfen angekauft. Zur Ausführung wurde der angekaufte Entwurf „Friedenssaat“ von Hans Nolpa in Auerbach in Hessen bestimmt. —

Inhalt: Spanische Architekturstudien. II. — Vermischtes. Wettbewerbe. —

Bildbeilage: Spanische Architekturstudien. II.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. NO 25. BERLIN, DEN 27. MAERZ 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Studien zur städtebaulichen Gestaltung des Elias-Friedhofes zu Dresden.

Von Professor Alphons Schneegeans in Dresden. (Schluß aus No. 21).



Es wäre nun noch ein anderer Weg zu beschreiben, der einesteils eine Verschmelzung der bisher skizzierten Vorschläge darstellt, anderenteils an die vorhandene Anlage anknüpft. Als Ausgangspunkt möge der Grundsatz aufgestellt werden, aus dem Friedhofsgelände mit keinen Baulichkeiten heraus zu treten, um den Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, mit Privateigentümern in Gegensatz zu geraten.

Die erste Bedingung wird wieder darin zu suchen sein, die häßliche Umgebung zu verdecken, und das wäre von der Elias- bis Pestalozzi-Straße mit Stockwerksbauten zu erreichen, die die Höhe der an den betreffenden Straßen jetzt bestehenden Häuser haben müßten. Um das aber innerhalb des Friedhofes ohne große Schäden für die zu erhaltenden Werte zu erreichen, könnte nur an wenig tiefe Baumassen zu denken sein, die vielleicht, da hier Nordlage ist, als Büroräume an Rechtsanwälte des nahe gelegenen Gerichtes zu vermieten sein könnten, oder in der Form von Ateliers an Künstler der an der Elias-Straße stehenden Kunstgewerbeschule. Das wäre das Gegebene für den Teil des Friedhofes, der zwischen Elias- und Pestalozzi-Straße liegt.

Betrachtet man den übrigen Teil, also die westliche Hälfte der jetzigen Anlage, so wird man gewahr, daß hier der Friedhof heute Arkaden besitzt, und zwar nur dieser Teil, während der östliche sie entbehrt. Würde man nun diese hier zum Ausgangspunkt nehmen und in der Lage sein, neue Bogenstellungen in solcher Größe aufzustellen, daß sie die Umgebung verdeckten, so wäre ein Wink für die weitere Entwicklung gegeben. Ein Kopfbau von der Höhe der Häuser an der Pestalozzi-Straße wäre aber unerläßlich, um die betreffende Häuserflucht aufzunehmen.

Was die Arkade selbst anbetrifft, so ist sie von Ausschlag gebender Bedeutung. Wohl ist die Loggia dei Lanzi in Florenz 22 m hoch und würde eine Halle von solchen Abmessungen alles Angrenzende verdecken, doch ist zu bedenken, daß der Palazzo Vecchio 39 m bis Oberkante Hauptgesims zählt, während hier der höchste Bau, das kgl. Amtsgericht, bis Oberkante Hauptgesims nur 26 m hat und sonst auch viel weniger monumental aufgefaßt ist, als der stattliche Bau auf der Piazza Signoria in Florenz.

Die richtige Bemessung einer solchen Halle ist von der höchsten Wichtigkeit für die gute Erscheinung, denn sie hat

Bezug auf die umgebenden Gebäude ebenso sehr, als auf die Abmessung des Platzes, ganz abgesehen von der absoluten Größe ihrer selbst. Eine Bogenhalle von 13,50 m Höhe würde aber die Hintergebäude der angrenzenden Grund-



Abbildung 12, Abbildung 11 (oben).

stücke verdecken, die nach der Baupolizeiordnung Dresdens nur 12 m hoch aufgeführt werden dürfen, und in diesem westlichen Teil handelt es sich nur um Hintergebäude, die in den Höfen aufgeführt sind. Die Bogenhalle würde nur für Süd-, West- und Nordseite in Betracht gezogen, während die Ostseite frei bliebe.

wäre geeigneter Platz zur sicheren Bergung von allerlei Denkmälern oder zur Aufstellung von Erinnerungstafeln für die Dresdner, die in diesem Krieg den Heldentod fanden.

Auf den östlichen Teil des Friedhofes zurückkommend, ist zu sagen, daß er insofern überhaupt etwas anderen Bedingungen unterworfen ist, als die Bebauung der Elias-

Straße sie schon stark beeinflußt. Wie bereits gesagt, würde der südliche Rand mit Bauten zu versehen sein, die in ihren Höhenabmessungen von den bestehenden Umrißlinien der jetzigen Endhäuser der Elias- und Pestalozzi-Straße bedingt wären, während die Bebauung der Elias-Straße selbst in einen kurzen Abschnitt verlängert und beendet werden könnte. Damit würde man von der Umgebung vollständig unabhängig werden und es könnte das Innere der Anlage ganz frei als öffentlicher Garten behandelt werden, ohne jede Umzäunung, als reiner Verkehrs- und Anlageplatz.

Der ästhetische Gewinn bei einer solchen Zweiteilung des Friedhofes selbst wäre vor Allem festzustellen, welche Bäume und Sträucher unbedingt zu erhalten wert sind. Es ist hier auf Bild 9 zu verweisen, wo die großen Bäume verzeichnet sind, um auch zu vergegenwärtigen, wie eine bauliche Anlage die Möglichkeit hat, sie zu schonen. Auch sind die heute bestehenden Wege durchweg beibehalten. Der Gartenkünstler wird innerhalb dieser Rahmen weitere Wege anzulegen haben, die den ungehinderten Verkehr aufnehmen sollen. Er wird die Schönheiten der Natur, wie sie uns heute erfreuen, beibehalten und nur vom Störenden befreien. Das trifft auch für die Denkmäler zu, die teilweise in so wundervoller Art und zwanglos in herrlichster Baum-Umrahmung stehen, daß man sorgfältig diese Herrlichkeiten erhalten wird und nur etwa Störendes zu beseitigen hätte, um ihre heutige Wirkung zu erhöhen und vielleicht der Allgemeinheit näher zu bringen.

Im vorjährigen Wettbewerb ist noch eine Frage stark in den Vordergrund getreten, nämlich ob die Pestalozzi-Straße durch den Friedhof als Verkehrsader durchzuführen wäre oder nicht. Der Wagenverkehr, wie überhaupt der Verkehr in der Pestalozzi-Straße, ist sehr gering, so daß aus Verkehrsrücksichten kein unbedingtes Festhalten an einer Durchführung geboten erscheint. Immerhin aber ist für den Fußgängerverkehr im Besitz der Verbindungslinie durch den Friedhof ein Gewohnheitsrecht vorhanden, das Berücksichtigung verdient. In allen Fällen wäre eine solche Möglichkeit im Bereich des Erreichbaren mittels eines Durchganges durch

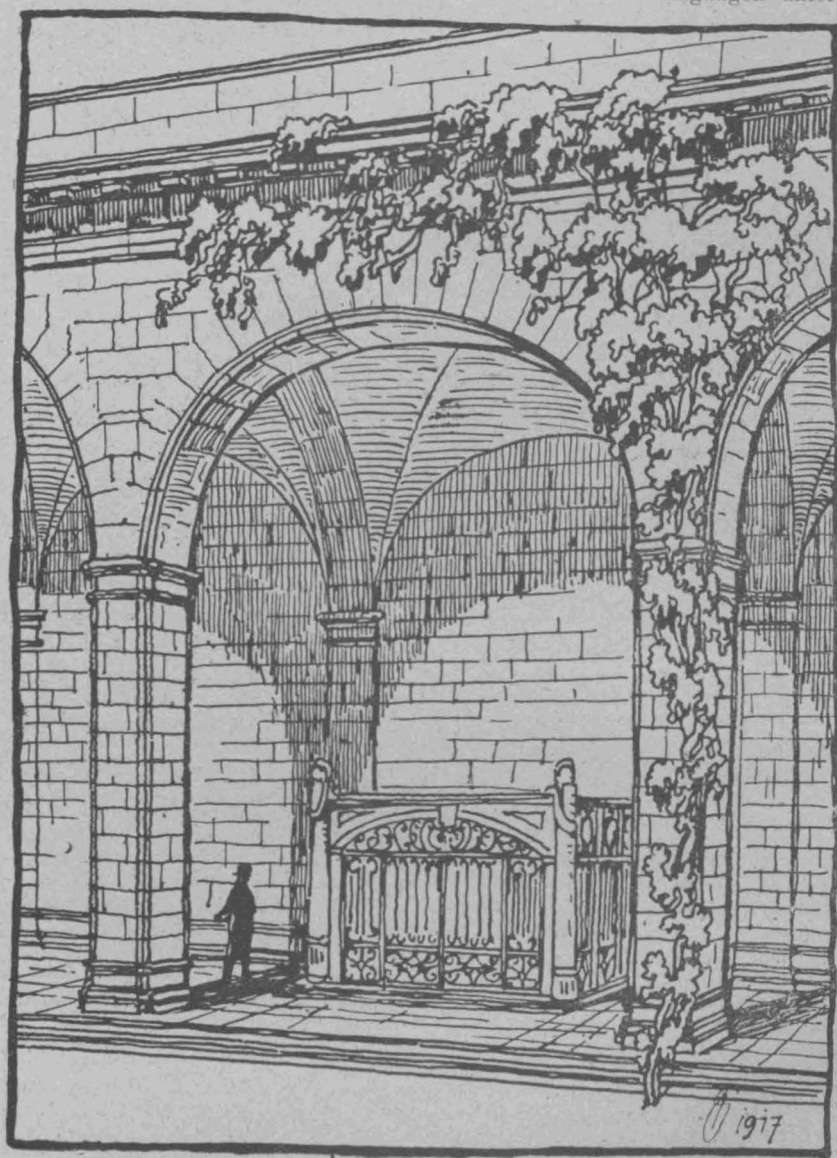


Abbildung 10. Arkaden nach dem Vorschlag von Schneegans.

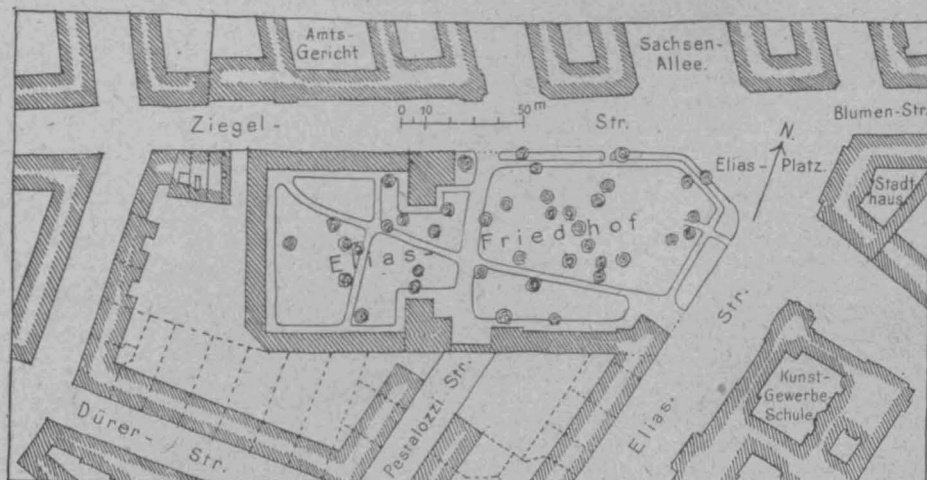


Abbildung 9. Lageplan des Friedhofes mit den Bebauungsvorschlägen von Schneegans.

So würde der ganze westliche Teil der Anlage eine hufeisenförmig umschlossene, einem Kreuzgang ähnliche Gruppe bilden. Die Seite an der Ziegel-Straße wäre offen für den Verkehr und würde von der Ziegel-Straße den Blick in's Grüne der Anlagen gewähren, während die zwei anderen Seiten mit einer Rückwand geschlossen sein würden. Hier

kein unbedingtes Festhalten an einer Durchführung geboten erscheint. Immerhin aber ist für den Fußgängerverkehr im Besitz der Verbindungslinie durch den Friedhof ein Gewohnheitsrecht vorhanden, das Berücksichtigung verdient. In allen Fällen wäre eine solche Möglichkeit im Bereich des Erreichbaren mittels eines Durchganges durch

die Häuserfront und ohne nennenswerte Störungen im Baumbestand der Anlage.

Für die ästhetische Beurteilung könnte diese Frage, wie mir scheint, an zweiter Stelle bewertet werden.

Bei den Erörterungen über die städtebauliche Gestaltung des Elias-Friedhofes zu Dresden ist vielfach der Gedanke verfolgt worden, diese Frage mit Erinnerungen an den jetzigen Krieg zu verquicken, also Denkmäler oder Erinnerungszeichen, die auf die heutige Zeit Bezug nehmen, dort irgendwie aufzustellen. Dieser Gedankengang wird wahrscheinlich früher oder später wieder aufgenommen werden, sodaß das Problem, um das es sich handelt, vielleicht in absehbarer Zeit wieder auf der Tagesordnung sein wird.

Die Stadt Dresden hat allen Grund, die weitere Entwicklung des Elias-Friedhofes sorgfältig zu prüfen; so mögen diese Zeilen dahin aufgefaßt werden, die betreffenden Fragen der Künsterschaft wieder in's Gedächtnis

zurück zu rufen. Betont sei aber zum Schluß noch, daß bestimmend in erster Linie für die ästhetischen Erscheinungen im Städtebild das Gleichgewicht der Massen sein muß. Es läßt sich aber ferner vom Gelände bei derartigen Problemen nicht Alles zeichnerisch feststellen und beurteilen, sondern es gehört dazu die fortgesetzte unmittelbare Berührung mit dem Standort, mit der Umgebung, um alle Faktoren und Beziehungen richtig zu empfinden und zu bewerten.

Daß in der Vergangenheit so selten grobe Maßstabsfehler in der Stadtbildung und in der Massenverteilung vorkamen, liegt vielleicht darin, daß der unmittelbare Zusammenhang mit dem Problem selbst lebendiger hervortrat, als heute. Möchte das heute wieder der Fall sein und möchte die weitere Gestaltung des Elias-Friedhofes so werden, das sie sich den Herrlichkeiten Alt-Dresdens würdig an die Seite stellen kann. —

Weltgeschichte und Seehäfen.

Nach dem Vortrag von Geh. Brt. Prof. de Thierry, gehalten am Schinkelfest des „Berliner Architekten-Vereins“ 1918.

Navigare necesse est, vivere non est necesse.“ Dieser weltberühmt gewordene Spruch, eingemeißelt im Portal des in der Mitte des 17. Jahrhunderts in Bremen erbauten Hauses für Seefahrt, bringt die Bedeutung der See-Schiffahrt für die Zivilisation der ganzen Welt zum vollen Ausdruck. Von den Zeiten der Phönizier bis auf den heutigen Tag ist Seemacht stets eine Hauptbedingung der Stärke und des Wohlstandes eines Staates gewesen. Lehrt die Geschichte, daß die Entwicklung eines Seehafens von den weltgeschichtlichen Ereignissen abhängig ist, so zeigt sie anderseits, daß die Weltmacht eines Landes und das Schicksal seiner Seehäfen auf das Innigste mit einander verknüpft sind.

Nach diesen einleitenden Worten gab Redner zunächst einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung der Seeschiffahrt bei den Phöniziern, Griechen und Römern. Zu den Handelsniederlassungen der ersten gehörte schon Genua, das nicht nur im Mittelalter, sondern bis in die Neuzeit seine Bedeutung als Handelsstadt behauptet hat. Ueber die Ausgestaltung der Hafenanlagen erhalten wir den ersten Anhalt aus der Zeit der römischen Kaiser, so namentlich über Ostia an der Mündung des Tiber, von wo aus in der Blütezeit des römischen Kaiserreiches die Bevölkerung der Reichshauptstadt von etwa 4 Millionen in der Hauptsache mit Nahrungsmitteln zu versorgen war. Durch Molen geschützt, mit einem Leuchtturm und mit gewaltigen, monumentalen Speicher-Anlagen ausgerüstet stellt dieser Hafen schon eine leistungsfähige Anlage dar, bis zunehmende, mit den damaligen Mitteln nicht aufzuhaltende Versandung zur Aufgabe zwang und andere Häfen an Ostias Stelle traten. Auch Häfen, die vorzugsweise zur Ausrüstung der Kriegsflotte dienten, besaßen die Römer schon in Ravenna und Misenum.

Von den Städten, die im Mittelalter die Seeherrschaft des Mittelmeeres anstreben, hatte außer Genua auch Pisa schon im Altertum einen Hafen, während Venedig erst zu Anfang des 9. Jahrhunderts entstanden ist und eines eigentlichen Hafens wegen des Schutzes, den die Nehrung den innerhalb der Stadt ankernden Schiffen bot, nicht bedurfte. Die Glanzzeit der Republik Venedig und die Kämpfe, die sie gegen Genua führte, um ihr die Vorherrschaft zur See abzurufen, beweisen, welche Bedeutung die Seeschiffahrt für die Machtstellung eines Staates hat. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts ist die Seeherrschaft Genuas zu Ende, Venedig dagegen war mächtiger als je und teilte mit Spanien und Savoyen die Herrschaft in Oberitalien.

Vor der Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Indien spielt sich der Seeverkehr innerhalb und zwischen zwei für sich ziemlich abgeschlossenen Verkehrsgebieten ab; das Mittelmeer ist das eine, das Gebiet der Hansa das andere. Ende des 13. und Anfang des 14. Jahrhunderts ist Lübeck das Haupt der Hansa, deren Wirkungskreis nach Osten weit über die Ostsee hinausgeht, während sich Hamburg und Bremen anschließend, in Bergen, London, Brügge, Antwerpen Niederlassungen gegründet werden. Zunächst war Brügge, das schon im 10. Jahrhundert einen sehr regen Handelsverkehr mit England aufweist, der Mittelpunkt des Welthandels, aber die zunehmende Versandung des Hafen-Eingangs läßt den Schiffsverkehr immer mehr auf Antwerpen übergehen. Mit Verlegung des Hauptsitzes der Hansa von Brügge nach Antwerpen im Jahre 1562 ist Brügges Schicksal besiegelt. Antwerpens Bedeutung erreicht in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts seinen Höhepunkt, sein Schiffsverkehr war nach zeitgenössischen Schriftstellern ein sehr bedeutender, allerdings werden die

Schiffe auch damals eine Tragfähigkeit von 100t noch kaum erreicht haben. Es finden sich aber schon Kaianlagen einfacher Art im Hafen. Die politischen und religiösen Kämpfe zu Ende des 16. Jahrhunderts führten 1558 zur Schließung der Schelde. Antwerpen verödet, der Friede von Münster und Osnabrück besiegelt das Schicksal Antwerpens und erst das Jahr 1795, das der Schiffahrt auf der Schelde die Freiheit zurück gibt, weckt Antwerpen aus 200-jährigem Schlaf.

Es mag zunächst auffallen, daß der Niedergang Brügges und Antwerpens nicht den benachbarten Häfen Dünkirchen und Havre zugute kam, die in neuester Zeit als Mitbewerber um das sich bis in die Schweiz erstreckende Hinterland der holländischen und belgischen Häfen auftreten. Das lag zunächst an der Politik Englands, das in seinem Bestreben, sich in den Besitz der spanischen Kolonien zu setzen, die Niederlande in ihrem Befreiungskampf vom spanischen Joch unterstützte, die dann nach Gründung der holländisch-ostindischen Kompagnie zu Anfang des 17. Jahrhunderts und durch Erwerbung ihres reichen Kolonialbesitzes die Macht gewannen, anstelle von Brügge und Antwerpen zu treten. Anderseits hat die ständige Bedrohung durch England Dünkirchen nicht aufkommen lassen, das bis zum 17. Jahrhundert der Schauplatz andauernder Kämpfe zwischen Flamen, Burgunden, Oesterreichern, Spaniern, Franzosen und Engländern war. Unter Ludwig dem XIV. behauptet sich Dünkirchen eine zeitlang gegen England, aber nach dem Friedensvertrag von Utrecht 1713 mußten die Verteidigungsanlagen geschleift, die Hafenanlagen durch einen Damm gesperrt werden. Eine zweite Zerstörung erfuhr es nach dem Frieden von Paris 1763. Der Hafen in Havre an der Seine-Mündung aber ist überhaupt erst im Jahre 1520 gegründet worden und die Schwierigkeiten, mit den damaligen primitiven Mitteln eine ausreichend tiefe Fahrwinne offen zu halten, hemmten seine Entwicklung von Anfang an. Kardinal Richelieu ließ übrigens hier in dem Königsbecken den ersten Dockhafen auf dem Festland entstehen, der hauptsächlich der Ausrüstung von Kriegsschiffen dienen sollte.

Da also die weiter westlich liegenden Häfen nicht in der Lage waren, an die Stelle der flandrischen Häfen zu treten, taten das in erster Linie Amsterdam, dann aber auch Hamburg und später Rotterdam, die die Erbschaft Antwerpens im 17. Jahrhundert antraten. Amsterdam hat früher als Rotterdam Bedeutung für den Seehandel gehabt und entwickelte sich in steigendem Maß zum Mittelpunkt des niederländischen Handels, der durch die Beziehungen zu den Kolonien in allen Weltteilen immer mehr den Charakter des Welthandels annahm. Bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts war der Zugang zum Amsterdamer Hafen zwar nicht besonders günstig, aber die Bucht des Y bildete eine vorzügliche geschützte Reede. Rotterdams Seeverkehr entwickelte sich erst Ende des 17. Jahrhunderts, als die Stadt nach dem Abzug der Spanier sich endgültig der Reformation angeschlossen hatte. Gegen die niederländische Seemacht, den weitausgedehnten niederländischen Kolonialbesitz und gegen das Emporkommen der niederländischen Seehäfen tritt nun aber wieder England auf, das mit seiner Schiffsfahrtsakte vom Jahre 1651 die englische Vorherrschaft zur See begründen wollte und ihre Anerkennung in blutigen Kämpfen den Niederlanden schließlich aufzwang. Diese Schiffsfahrtsakte sah vor, daß europäische Waren nur auf Schiffen Englands oder des Heimatlandes, außereuropäische überhaupt nur auf englischen Schiffen in den englischen Seehäfen eingeführt werden durften. Damit war ganz Europa zum Hinterland der englischen Häfen geworden.

Der Hansabund als eine Vereinigung von Handels-

stätten verschiedener Länder konnte eine nationale Wirtschaftspolitik nicht treiben und seine auf der Ausnutzung von Handelsprivilegien in den Ländern, mit denen er Handel trieb, aufgebaute Macht mußte verfallen, sobald diese Länder eine eigene kraftvolle Handelspolitik zu treiben begannen. Im Jahre 1630 hielt der einst so mächtige Bund seinen letzten Handelstag in Lübeck ab, diese Stadt und Hamburg und Bremen blieben schließlich allein übrig.

Vermischtes.

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Die Technische Hochschule in Hannover hat den Architekten Geh. Brt. Prof. Fritz Wolff an der Technischen Hochschule in Berlin zum Doktor-Ingenieur ehrenhalber ernannt „in Anerkennung seiner erfolgreichen Tätigkeit beim Ausbaude technischen Unterrichts und als akademischer Lehrer, sowie wegen seiner Leistungen als ausübender Architekt“.

Tote.

Kgl. Bezirks-Architekt Philipp Kahl †. Ende Februar dieses Jahres ist der Bezirks-Architekt Philipp Kahl in Soldau in Ostpreußen unerwartet aus dem Leben geschieden. Er hatte die Mittagshöhe des Lebens noch nicht erreicht. Den Lesern der „Deutschen Bauzeitung“ ist er durch verschiedene Veröffentlichungen in unserer Zeitung bekannt geworden. Sein Hauptschaffens-Gebiet war der Wohnhausbau, auf dem er neben größeren Arbeiten, wie Burgen-Umbauten am Rhein, Grundriß-Lösungen zeitigte, die bei flüssigem Organismus scharfsinnigste Raumaussnutzung zeigen. Daher konnte er auch erfolgreich an den Wettbewerben der Zeitschrift „Die Woche“ um Entwürfe für Ferien- und andere Landhäuser teilnehmen. Nicht minder erfolgreich war er bei Wettbewerben um Schulen, Kreishäuser und landwirtschaftliche Anwesen im Kreise Trier. Einige Jahre vor dem Krieg ging er nach Brasilien und versuchte, in Porto Allegre ein neues Arbeitsgebiet zu gewinnen. Hier tat er viel für die Ausbreitung deutscher Kultur in Süd-Amerika. Im Jahre 1914 geriet er auf der Rückreise von Brasilien in Gibraltar in englische Gefangenschaft, aus der befreit, er als Bezirks-Architekt zum Wiederaufbau nach Soldau berufen wurde. Seinem verdienstvollen künstlerischen Wirken hier hat der Tod ein vorzeitiges Ziel gesetzt.

Wettbewerbe.

Im Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für einen Gedenkstein für das Grab des Fliegeroffiziers Immelmann in Dresden erhielt den I. Preis von 1000 M. der gemeinsame Entwurf des Architekten Hans Richter und des Bildhauers Johannes Born in Dresden; der II. Preis von 500 Mark wurde dem Entwurf des Bildhauers Theodor Winde in Dresden zuerkannt; den III. Preis von 300 M. gewann der Bildhauer Kurt Maruschka daselbst.

Im Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Gebäude in der Umgebung der evangelischen Kirche in Lyck in Ostpreußen liefen 77 Arbeiten ein. Den I. Preis gewann der Entwurf „Potrimpos“ des Architekten Paul Engler in Gerdauen; den II. Preis der Entwurf mit dem Kennzeichen des weißen Sternes im schwarzen Felde des Architekten Stoffregen in Gerdauen; den III. Preis der Entwurf „Doppelkopf“ des Architekten Ernst Rossius-Rhyn in Lyck. Angekauft wurden Entwürfe der Architekten Hans Meier in Angerburg und Heinrich Kumpf in Lyck; zum Ankauf empfohlen wurden die Entwürfe „Unser Rathhof“ und „Zwei Plätze II.“

Ueber die Durchführung dieses Wettbewerbes wird Klage geführt. Ein Bewerber hatte sich an den Magistrat von Lyck mit der Bitte um Zusendung des Protokolles des Preisgerichtes gewandt, also in einer selbstverständlichen Sache. Er erhielt die Antwort, daß bei der großen Anzahl der eingegangenen Entwürfe der Magistrat nicht in der Lage sei, jedem Bewerber eine Abschrift der Verhandlungsniederschrift zu überlassen. Hierauf hat der Bewerber jedoch ein Anrecht; nicht allein die öffentlich bekannt ge-

Die Seeschiffahrt hatte inzwischen Fortschritte gemacht, die Hansa hatte die See von Seeräubern befreit, Seekarten, gedruckte Segelanweisungen und die Seeversicherung wurden eingeführt, die Anwendung von Kompaß und Astrolabium verringerten die Gefahren der Seeschiffahrt, sodaß größere Schiffe gebaut und in Fahrt gestellt werden konnten. Die Elbe bot diesen ausreichende Tiefe, Bremens Handel dagegen begegnete bald immer größeren Schwierigkeiten. — (Schluß folgt.)

machte Preiszuerkennung ist ihm zu wissen wichtig, sondern er hat auch ein Recht zum mindesten zu erfahren, wie sein Entwurf gewertet wurde und in welche Gruppe er kam. Die Uebersendung einer Verhandlungsschrift war umso mehr geboten, als von jedem Bewerber für die Unterlagen 5 M. verlangt und nicht zurück erstattet wurden.

Der Ideen-Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Bebauung und Ausgestaltung der Stadtgebiete an den beiden See-Ufern von Luzern, den wir S. 44 angekündigt, erregt bei dem internationalen Ruf dieser Stadt Interesse über die Grenzen der Schweiz hinaus. Es handelt sich um die Bebauung und Ausgestaltung des rechten See-Ufers, östlich der Reuß, um das Gebiet zwischen Halden-Straße und See vom Ost-Ende des Hotels Palace bis zum Brühlmoos, unter Fortsetzung des Quai National vom Hotel Palace bis zum letzteren Punkt, sowie um das Brühlmoos-Gebiet, begrenzt nördlich durch die alte Kantons-Straße nach Meggen, östlich durch den Würzenbach bis zum Bahndamm und durch die Gotthardbahnlinie bis zur Dampferstation Seeburg, südlich durch den See und westlich durch den Grenzbach von der Liegenschaft Bossard her. Auf dem linken See-Ufer sind der Bearbeitung zu unterwerfen das städtische Gelände östlich des Personen-Bahnhofes und das Tribschenmoos-Gebiet, das südwestlich bis an den Fuß des Höhenzuges vom Steghof-Geißenstein-Weinbergh, südöstlich bis an den Fuß des Höhenzuges Tribschen, nordöstlich bis an den See und nordwestlich bis an den bestehenden Güter- und Rangier-Bahnhof reicht. Für die Ausgestaltung des Geländes auf dem rechten See-Ufer handelt es sich um die Vervollkommnung der Ufer-Anlagen, wobei See-Auffüllungen bis 40 und 50 m Breite möglich sind; um die Anlage von Querverbindungen, um die Gestaltung von Villen-Bauvierteln, um die Anlage einer Gartenstadt im Brühlmoos in Verbindung mit größeren Anlagen, Spielplätzen, Lager- und Landungsplätzen usw., mit vorwiegend offener, jedoch auch gruppenweise geschlossener und ganz geschlossener Bauweise. Auf dem linken See-Ufer ist für das Gelände östlich des Personen-Bahnhofes geschlossene Bauweise aufzuteilen. Für Baubeschränkungen zur Wahrung der Aussicht von der See-Brücke aus können Vorschläge gemacht werden. Die Quailinie von der See-Brücke bis zur Werft soll unverändert bleiben. Das Tribschenmoos-Gebiet soll vornehmlich der Ansiedelung von neuen Industrien dienen; doch sind die industriellen Anlagen für den Anblick von See her möglichst zu verdecken. Vorschläge für Bauvorschriften zur Schonung des Stadtbildes sind erwünscht. Sind für die Bebauung dieser Gebiete zunächst bestimmte Anhaltspunkte gegeben, so soll in einer Variante den Bewerbern freie Hand gelassen werden in der Ausgestaltung des Quais von der See-Brücke bis zum Anschluß an den Alpenquai. Dabei ist vorzusetzen, daß die Werfte entfernt werden und ein im Privatbesitz befindliches „Inseli“ in die Planungen einbezogen werden kann. Für die Tribschen-Halbinsel kann eine öffentliche Anlage vorgesehen werden. Auch die Kanalisation der ebenen Gebiete des rechten und des linken See-Ufers sind zu bearbeiten.

Aus dem Vorstehenden erhellt, daß die Stadt Luzern mit Zielbewußtsein an die Aufgabe herantritt, ihr Bild nach dem Vierwaldstätter-See hin auszugestalten und zu verschönern.

Inhalt: Studien zur städtebaulichen Gestaltung des Elias-Friedhofes zu Dresden. (Schluß.) — Weltgeschichte und Seehäfen. — Vermischtes. — Tote. — Wettbewerbe.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.

Aufruf zur 8. Kriegs-Anleihe!

Während im Osten die Morgenröte des Friedens heraufdämmt, wollen unsere verblendeten westlichen Gegner die Hand zum Frieden noch nicht reichen. Sie wähen noch immer, uns mit Waffengewalt zu Boden ringen zu können. Sie werden erkennen müssen, daß das deutsche Schwert die alte Schärfe besitzt, daß unser braves Heer unwiderstehlich im Angriff, unerschütterlich in der Verteidigung, niemals geschlagen werden kann. Von neuem ruft das Vaterland und fordert die Mittel von uns, die Schlagfertigkeit des Heeres auf der bisherigen stolzen Höhe zu halten. Wenn alle helfen, Stadt und Land, reich und arm, groß und klein, dann wird auch die 8. Kriegs-anleihe sich würdig den bisherigen Geldsiegen anreihen.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. № 26. BERLIN, DEN 30. MAERZ 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Spanische Architekturstudien II.

Von Geheimen Baurat Prof. Dr. Albrecht Haupt in Hannover.
(Fortsetzung aus No. 24.) Hierzu die Abbildungen S. 115.

Die Städte Salamanca, Burgos, überhaupt am meisten der Norden und Nordwesten, sind überreich an Eindrücken architektonischer Zierkunst, wie sie in No. 24 geschildert wurden, doch fehlt es auch sonst nicht daran. Da springt aus einer rauhen Bruchsteinmauer plötzlich ein Wappen mit durchbrochenen Kronenreifen hervor, da zeigt die Hausecke des Erbauers stolzen Schild nach verschiedenen Seiten hin, da erblüht — so über dem Universitätsportal zu Salamanca — plötzlich wie ein Frühlingsblütensturm die unvergleichlichste Schmuckfülle an Zierwerk, Wappen, Pilastern, Spitzenkanten und Gestaltungen aller Art aus rauhen Mauern (Bildbeil. zu No. 24).

Merkwürdig und unendlich wirksam ist es dabei, wie der Schmuck sich nach oben drängt, sich bis zum höchsten Erreichbaren in der köstlich durchbrochenen Kante gegen den Himmel steigernd; wie überhaupt schon der Spanier es liebt, seinem ernsten abwehrenden Quaderbau ganz oben erst ein sich nach außen öffnendes prächtiges Bogen- oder Fenstergeschoß aufzusetzen, unerreichbar und sicher, aber dann sich zu allerhöchster Möglichkeit der Prachtentfaltung steigernd, wie in dem Palast Monterey zu Salamanca (Abbildung 25). — Selbst ein so einfaches Haus, wie das Collegio de Recoletas zu Oviedo (Abbildung 26), das unten nur einen Vorraum zur Austeilung milder Gaben hat, löst sich ganz oben über einem reichen Abschlußgesims zu vornehmer Durchbrechung. Balkone aus alter Zeit sind seltenere Erscheinungen.

Das streng Abwehrende an den unteren Straßenfronten der Adelswohnungen in den Städten hat noch verschiedenartigsten Ausdruck gefunden. So in den korbartigen dichten Eisengittern vor den Fenstern, die kein Hineinschauen erlauben; so in den festen Haustüren. Sind solche nicht einfach aus dicken Bohlen gespundet, sondern gegliedert, so zeigen sie so enge kleine Füllungen und dichtestes Rahmenwerk, daß schon dieses, fest gefügt, den Eindruck abwehrender Kraft gewährt; Cordoba, Toledo sind — oder waren — unendlich reich an solchen mächtigen Haustoren mit zahllosen kleinen Füllungen (Abbildung 27). Es scheint das eine maurische Ueberlieferung, die in den altarabischen Städten noch am meisten hervortritt, sich später selbst bis nach Flandern verpflanzend.

Aber statt ihrer erscheinen, schon früh, die schweren glatt gefügten Flügel, deren Kraft sich in langen Reihen gewaltiger Eisen- oder Bronzenägel und mächtigen Hesper ausspricht, zugleich darin einen überaus prächtigen und kraftvollen Schmuck findend. Rund geschmiedete eiserne Nagelköpfe bis zu 25 cm Größe werfen starke Schatten über das Holz (Abbild. 28—30), üppig modellierte und ziselierte Knöpfe aus Bronze mit reich gestalteten Bändern zieren

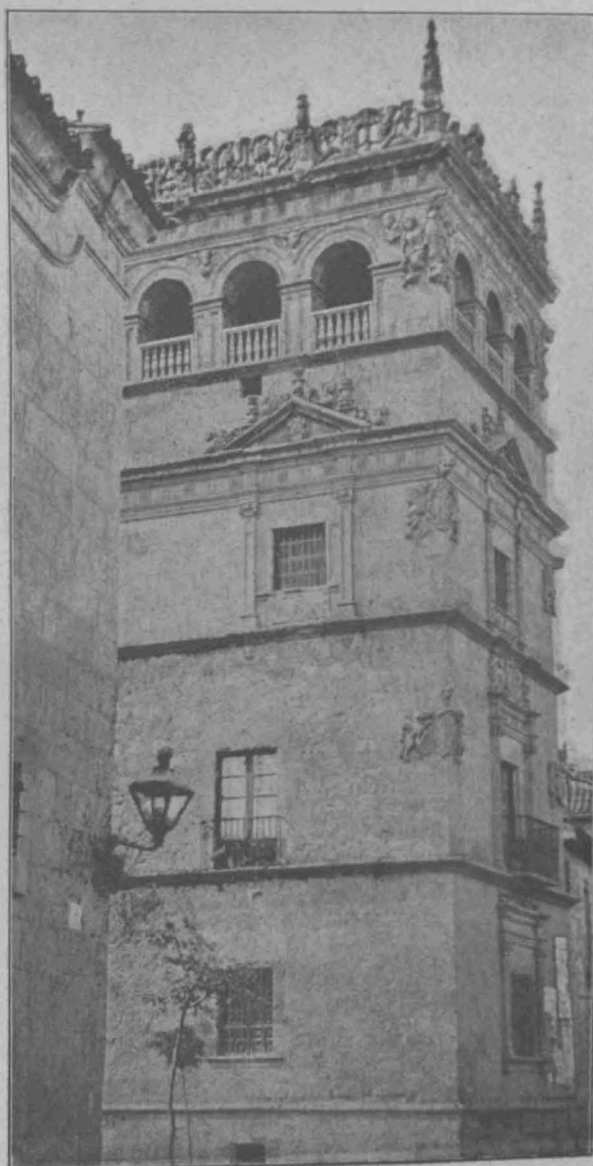


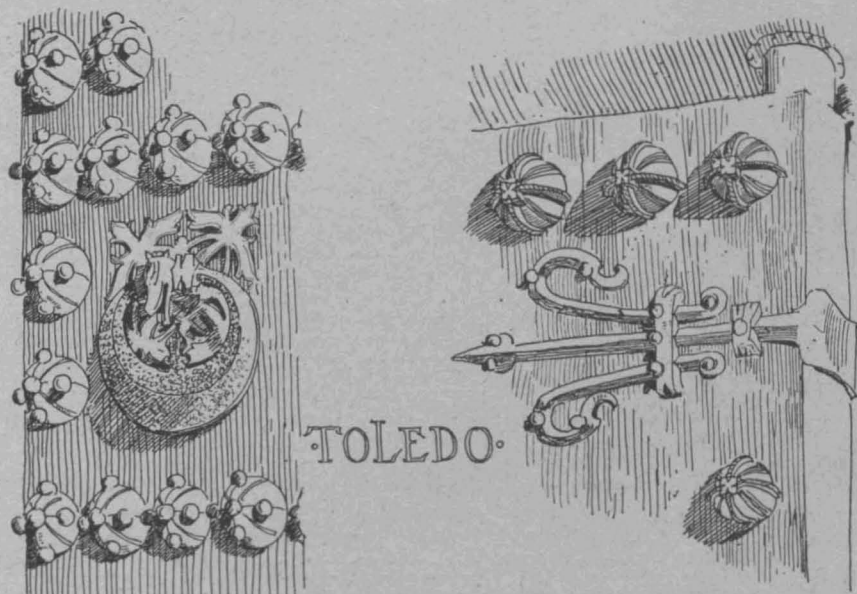
Abbildung 25. Pal. Monterey zu Salamanca.

die Türen oder vielmehr Tore der Vornehmen. Man könnte von dergleichen ein Museum zusammenstellen, unerschöpflich an verschiedensten Bildungen, selbst Wappenbilder, Kreuze, Pilgermuscheln und dergleichen bedeutsame Zeichen tragend.

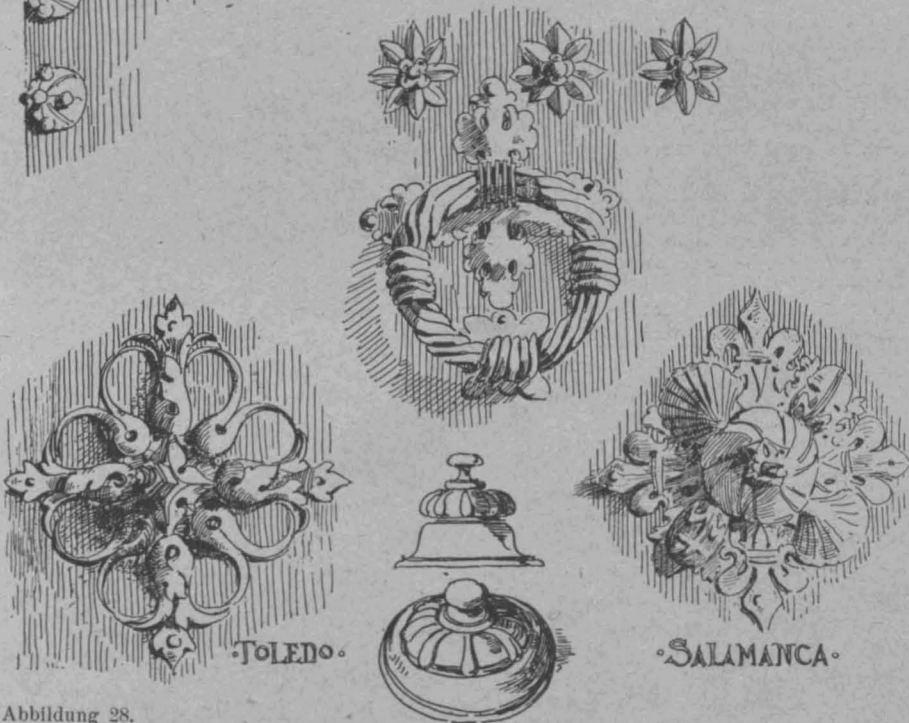
Ist das Aeußere der Häuser und Paläste abwehrend und stolz, so öffnet sich dafür hinter dem Hauseingang dem

Eintretenden der Regel nach der Patio, der kühle Binnenhof, mit fächernden Palmen und fließendem Wasser, offenbar dem Orient entstammend und vor der glühenden Sonne mit weit gespannten Segeln gedeckt. Zwischen dem italienischen Palasthof mit seinen Hallengängen ringsum, der immerhin eine seitliche Ausbuchtung der Straße bildet und von ihr aus eingesehen werden kann, und dem spanischen

Hof ist eine starke Verschiedenheit. Der spanische Hof ist eher ein Innen- und Empfangsraum; selten von einer Größe, die der in Italien häufigen auch nur entfernt nahe kommt. Sind dort die steinernen Bogenhallen in drei oder vier Geschossen über einander getürmt, etwa nach dem Vorbild des Kolosseums in Rom, so finden wir hier in der Regel einen dem Quadrat sich nähernden Raum, unten oft mit nur vier Säulen in den Ecken, jedenfalls mit weit gestellten Stützen, die meistens nur durch mächtige Holzbalken verbunden sind, darüber höchstens noch ein Hallengeschoß. So wirkt der Hof als erster Empfangsraum für den Eintretenden, der von ihm aus die breite Prachttreppe zum Hauptgeschoß hinauf schreitet, die mit halbmaurischem Holzgewölbe überspannt ist; er ist aber in den charakteristischen Häusern auch nicht unmittelbar von der Straße aus zugänglich, noch weniger zu übersehen, sondern ein be-

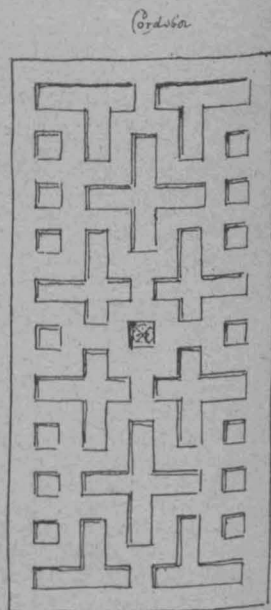


TOLEDO.



TOLEDO.

SALAMANCA.



Cordoba.

Abbildung 27.
Haustür aus Cordoba.

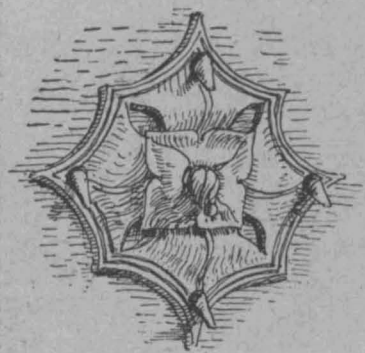


Abb. 29. Tornagel Eisen, Salamanca.



Cartuja de Burgos.

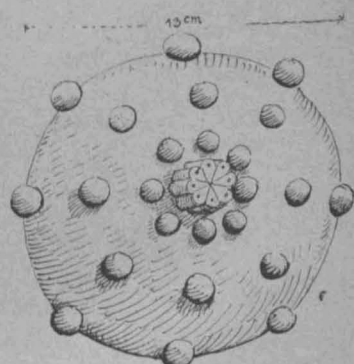
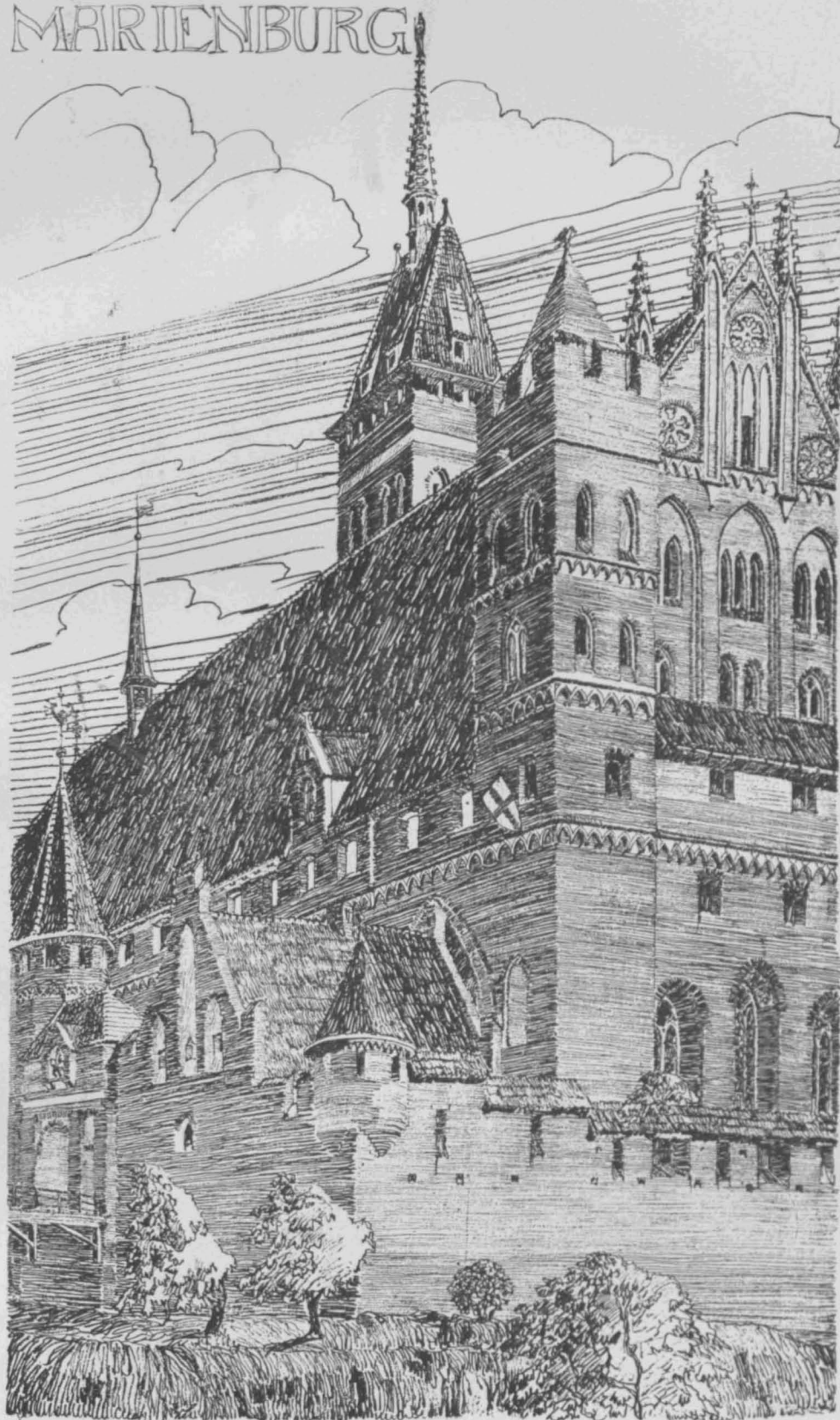


Abb. 30. Avila.

Abb. 28—30. Tornägel und Türbeschläge aus Toledo, Salamanca, Burgos und Avila.

MARIENBURG



EIL - ANSICHT DER
* MARIENBURG *
IN WESTPREUSSEN.
FEDERZEICHNUNG
* VON HOF RAT *
FRITZ DRECHSLER
** IN LEIPZIG. **
== DEUTSCHE ==
** BAUZEITUNG **
52. JAHRGANG 1918.
***** NO. 26. *****

sonderer Eingangsraum mit zweiter Haustür bleibt zu durchschreiten, ehe man zu ihm gelangt. Hier liegt ein ganz maßgebender Unterschied gegenüber den italienischen Hofanlagen, zu denen ein weites und prächtiges Vestibül offen

Zugang gewährt. Das feudal abgeschlossene Wesen des Spaniers, durch altmaurische Gewohnheit verstärkt, tritt auch hier in die Erscheinung. —
(Schluß folgt.)

Weltgeschichte und Seehäfen. (Schluß.)

Nach dem Vortrag von Geh. Brt. Prof. de Thierry, gehalten am Schinkelfest des „Berliner Architekten-Vereins“ 1918.

Hamburg war, wie aus dem Freibrief Friedrich Barbarossas vom Jahr 1189 hervorgeht, schon im 12. Jahrhundert Seehafen. Die Vernichtung des Antwerpener Handels durch die Scheldesperre, die spanische Schreckensherrschaft in den Niederlanden und der Zuzug portugiesischer Juden führten Hamburg eine seinen Handel wesentlich fördernde Einwanderung zu. Gegen Dänemark wehrte sich Hamburg im Laufe des Mittelalters erfolgreich, bis der Gottorper Friede von 1768 die Streitigkeiten endgültig beendete. Das alte

Hamburg lag nicht an der Elbe selbst, sondern an der Alster. Das Alstertief bot einen vorzüglichen, geschützten Hafen. Der heutige Binnenhafen entspricht ungefähr dem ältesten Hafen Hamburgs. Pfahlbündel zum Festmachen der Schiffe sind von Alters her eine Eigentümlichkeit des Hamburger Hafens. Der Kampf Hamburgs mit der Ueberschwemmungsgefahr hätte beinahe gefährlich für seine Entwicklung werden können, denn in den 90er Jahren des 18. Jahrhunderts ging man damit um, die tief gelegenen Stadtteile einschließlich des Hafens einzudeichen, sodaß dieser nur mit Schleusen mit dem Elbstrom hätte in Verbindung gesetzt werden können. Der Plan wäre trotz des Widerspruches Einsichtiger wohl zur Ausführung gekommen, hätte die Franzosenzeit nicht den Hamburger Handel für lange Zeit lahm gelegt, vor allem durch die Kontinentalsperre, die jeden Handel mit England abschnitt. Hamburgs Handel regte sich erst wieder, nachdem im Wiener Kongreß 1815 der „Deutsche Bund“ anstelle des deutschen Reiches trat und die Hansestädte Hamburg, Bremen, Lübeck und Frankfurt a. M. in diesen aufgenommen wurden. Die Pläne zum Ausbau des Hafens wurden wieder aufgenommen und Wasserbaudirektor F. Dahlmann setzt nun nach langen Kämpfen die Herstellung eines offenen, jederzeit zugänglichen Tidehafens durch. Das bedeutet die Loslösung des

deutschen Hafenbaues von englischem Vorbild, ebenso wie die 1849 erfolgte endgültige Aufhebung der englischen Schiffsverkehrsakte die Befreiung des deutschen Seehandels von englischer Bevormundung bewirkt. Es folgt eine Zeit lebhafter Entwicklung Hamburgs, sein Anschluß an das Eisenbahnnetz, der sich nicht ohne Widerstand von Hannover und Dänemark vollzieht, die Ausstattung der erweiterten Hafenanlagen mit Schuppen, Gleisen, Fahrstraßen und Kranen. Den größten Aufschwung aber erfährt Hamburg nach dem Anschluß an das deutsche Zollgebiet 1888 mit der Schaffung des Freihafens. Die Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Kanals 1895 führt Hamburg weiteren Verkehr zu. Es entwickelt sich immer mehr zum Endpunkt der transatlantischen Fahrt, während die ganze Ostsee zu seinem Hinterland gehört.

Während die Fahrwassertiefen der Elbe die Entwick-

lung des Hamburger Hafens begünstigten und bis zur Einführung der Dampfschiffahrt einer künstlichen Nachhilfe überhaupt nicht bedurften, hatte Bremen an der Weser mit schwierigeren Verhältnissen zu kämpfen. Die Schiffsahrt wurde wegen mangelnder Wassertiefen von der Stadt immer weiter seewärts gedrängt, was den Handelsverkehr naturgemäß erschwerte. Ungünstige Zollverhältnisse waren zu überwinden und erst im 19. Jahrhundert, mit der Befreiung Nordamerikas und damit teilweiser Aufhebung der englischen Schiffsverkehrsakte, nimmt die bremische Seeschiffahrt

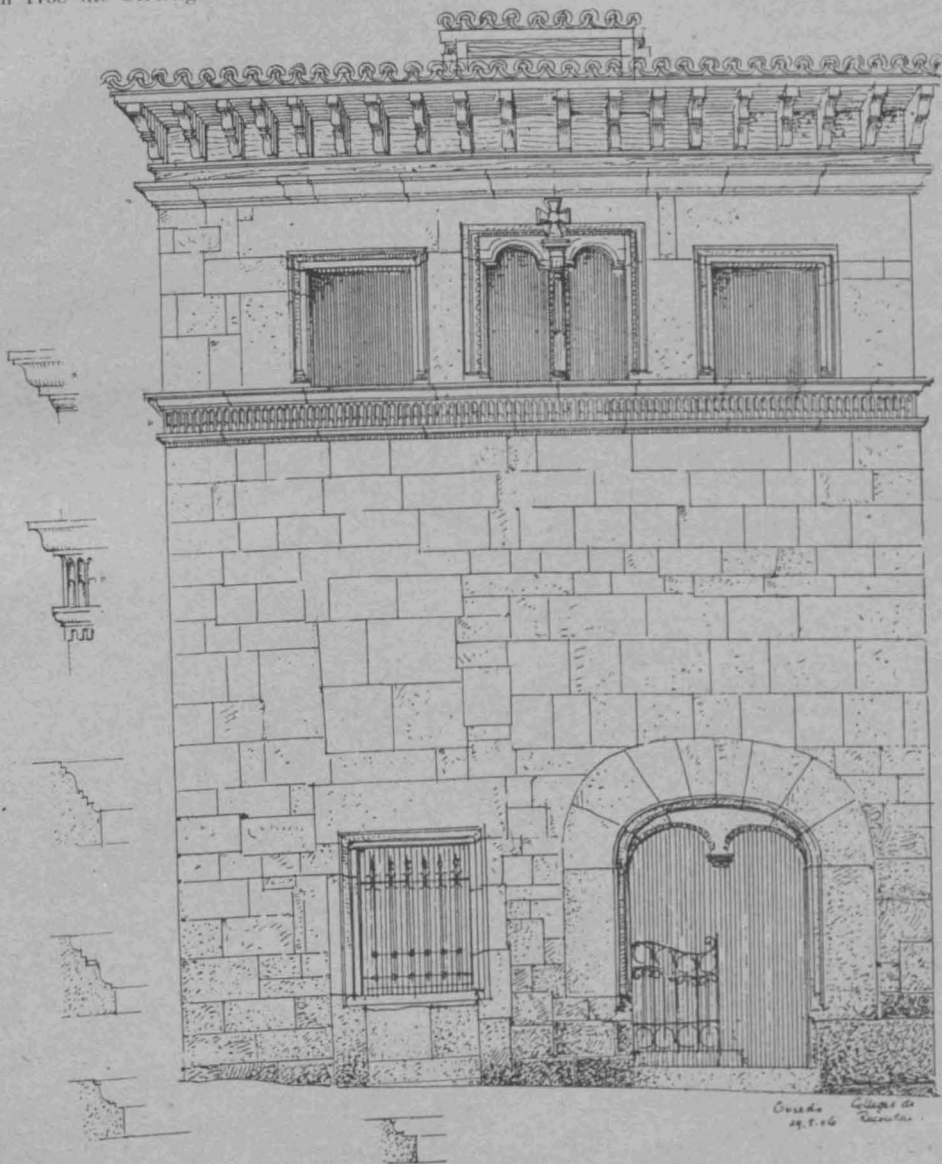


Abbildung 26. Colegio de Recoletas in Oviedo.

Spanische Architekturstudien II. Von Geh. Brt. Prof. Dr. Albrecht Haupt in Hannover.

am großen Welthandel Teil. Die Anlegung eines Hafens an der Wesermündung beseitigt z. T. die Schwierigkeiten des unzureichenden Fahrwassers, die Entfernung von 70 km zwischen Bremen-Stadt und Seehafen macht sich aber immer schwerer fühlbar. Die Durchführung des groß angelegten Planes der Weserregulierung schafft hier Abhilfe. Schiffe bis 5m Tiefgang, wie sie im Verkehr mit europäischen Häfen im vorigen Jahrhundert üblich waren, sollten nun bis Bremen-Stadt hinauffahren können, wo nach Anschluß Bremens an das deutsche Zollgebiet ein großer Freihafen entsteht. Für die großen Schiffe des Uebersee-Verkehres, namentlich des Passagier-Verkehres, wird der Hafen von Bremerhaven weiter ausgebaut.

Nach der endgültigen Aufhebung der englischen Navigationsakte i. J. 1849 werden auf dem europäischen Festland Kräfte rege, die zu einer Zurückdrängung der eng-

lischen Vorherrschaft auf wirtschaftlichem Gebiet führen. Frankreich und Deutschland entwickeln sich industriell, die Dampfschiffahrt und die Fortschritte des Schiffbaues bringen eine erhebliche Verbilligung der Seefrachten, neue Rohstoffe können infolge dessen eingeführt werden und der Ausbau der Ströme in Deutschland, eines weitverzweigten Kanalnetzes in Frankreich, Belgien, Holland schaffen den nordwest-europäischen Häfen in Verbindung mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes ein ausgedehntes Hinterland zur Aufnahme der Rohprodukte und von Nahrungsmitteln aus überseeischen Ländern. Havre, Dünkirchen, Antwerpen, Rotterdam, Bremen und Hamburg werden die Häfen, von denen aus die Versorgung des größten Teiles des europäischen Festlandes mit den Rohprodukten ausgeht, die die transatlantische Schifffahrt diesen Häfen zuführt. Dünkirchen fällt es schwer, neben Antwerpen seinen Platz zu behaupten, welcher letzteres stark begünstigt wird durch den Vorzug seiner vorzüglichen Lage für die Versorgung der hochentwickelten belgischen Industrie auf dem belgischen Kanalnetz und durch gute Eisenbahn-Verbindungen mit dem deutschen Industrie-Gebiet. Wie kein anderer europäischer Hafen hat sich daher Antwerpen als Anlaufhafen für eine große Anzahl von Linien-Reedereien entwickelt. Der Hafen von Rotterdam hat seine große Bedeutung der Versorgung des deutschen Industrie-Gebietes mit Erzen und Getreide zu verdanken. Amsterdam dagegen verfügt über einen außerordentlich wichtigen Eigenhandel, der hauptsächlich auf den Verkehr mit den holländischen Kolonien aufgebaut ist. Hamburg und Bremen gehören auch zu denjenigen Häfen, die einen bedeutenden Eigenhandel besitzen. Von Hamburg geht ein großer Teil der zur See eingeführten Güter auf der Elbe und den von dieser abzweigenden Kanälen ins Hinterland.

Bis zur Eröffnung des Suezkanales im Jahr 1869 hatte sich der Weltverkehr mehr und mehr vom Mittelmeer nach den Häfen des nordwestlichen Europa gewandt. Nun erfährt der Verkehr in Genua, Marseille und Triest eine gewisse Belebung, es fehlt aber diesen Häfen an ausreichender Verbindung mit dem Hinterland, die hier allein den Eisenbahnen zufällt. Der Wirkungsbereich dieser Häfen bleibt beschränkt, es fehlt ihnen außerdem z. T. an der geeigneten Rückfracht, sodaß selbst für die Versorgung südwest-europäischer Gebiete für gewisse Güter der Umweg über nordwest-europäische Häfen vorgezogen wird, wo solche Rückfracht mit Sicherheit zu haben ist. Dadurch wird die Erhöhung der Frachtkosten für den längeren Weg in mäßigen Grenzen gehalten. Die Seefrachten werden also in erster Linie von der Möglichkeit beeinflusst, in den betreffenden Häfen Ladung für die Rückfracht zu finden, und ferner durch die mehr oder weniger vollkommenen Einrichtungen des Hafens, die ein rasches Ent- und Beladen gestatten.

Der Wettbewerb aller Seehäfen drängt diese daher zu möglichster Vervollkommenheit ihrer Einrichtungen, sowie zur Verbesserung ihrer Verbindungen mit dem Hinterland und verhindert sie, wo dafür hohe Kosten aufzuwenden sind, doch an der Erhebung entsprechend hoher Abgaben. Entwickelter Eigenhandel namentlich kann nun zwar einen Hafen so wertvoll erscheinen lassen, daß auf Verzinsung

des Anlagekapitales verzichtet werden kann, aber Ueberschätzung des Wertes eines Hafens hat schon öfter zu Mißgriffen geführt, wie die Häfen von Vlissingen und Zeebrügge zeigen, die nicht entwicklungsfähig sind. Das gilt auch für manche Häfen in Frankreich, wo eine große Anzahl von Häfen ausgebaut worden sind, trotz Warnung einsichtiger Männer, während es vorteilhafter gewesen wäre, die Mittel auf den Ausbau einiger Haupthäfen zu verwenden. Preußen hat den Hafen von Emden neu geschaffen und kann diesen mit seinen Machtmitteln auch wesentlich fördern. Zur weiteren Hebung des Verkehrs können auch Dampfer, die von Hamburg oder Bremen aus Antwerpen unmittelbar anlaufen würden, veranlaßt werden, in Emden anzulegen. Das bedeutet aber, wenn der damit verbundene Zeitverlust nicht im Verhältnis steht zu der in Emden einzunehmenden Ladung, eine Frachterhöhung, die sich bei den anderen Häfen bemerkbar machen muß.

Bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts spielt in den meisten deutschen Häfen, namentlich in Hamburg, der Schiffsverkehr mit England eine besondere Rolle, da dieses für die Einfuhr der meisten Rohstoffe aus Ueberseeländern immer mehr Stapelplatz geworden war. Die deutschen Seehäfen machten sich dann aber mehr und mehr von England frei und konnten infolge dessen die deutsche Industrie mit billigeren Rohstoffen versorgen. Sie mußten sich aber auch zu immer schwereren finanziellen Opfern entschließen, um ihren Rang als Welthäfen zu behaupten. Vor allem mußten sie entsprechend dem wachsenden Tiefgang der Schiffe überseeischer Fahrt ihre Zufahrten immer mehr vertiefen. Hamburg und Bremen haben dafür schwere Opfer zu tragen, für die sie, obgleich ihre Bewohnerzahl nur 1 Million bzw. 300000 beträgt, allein aufkommen müssen, trotzdem der Nutzen des billigeren Bezuges der Rohstoffe der Allgemeinheit zu Gute kommt. Es fragt sich nun, wie lange die Hafenstädte diese Lasten noch tragen können, namentlich seit dem die Eröffnung des Panama-Kanales die westeuropäischen Häfen zu erhöhten Anstrengungen gezwungen hat. In Havre und Dünkirchen, in Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam waren bei Ausbruch des Weltkrieges bereits große Erweiterungen in Aussicht genommen oder schon eingeleitet, Preußen hat seinen Hafen in Emden bereits so ausgebaut, daß er den weitest gehenden Ansprüchen auf lange Zeit hinaus genügt. Hamburg und Bremen müssen nach Friedensschluß dem folgen, um ihre Stellung als Welthäfen wieder einnehmen und behaupten zu können. Die tiefe Lage beider Hafenplätze im Lande, welche die Ausnützung der billigen Seefracht bis hierhin gestattet, zwingt andererseits auch zu erhöhten Ausgaben für die Vertiefung der Fahrwinne. Dafür die Lasten zu tragen, sind die beiden Städte aber nur in der Lage, wenn sie in ihrer Erweiterungsmöglichkeit nicht gehemmt werden, wenn sich die Erkenntnis allgemeiner Bahnbriecht, daß es sich hierbei nicht um hamburgische und bremische Angelegenheiten handelt, sondern, daß das Wohl des ganzen Reiches davon abhängt, daß die Seehäfen nicht ihrer selbst Willen da sind, sondern daß ihr Wohlergehen die Voraussetzung ist für das Blühen und Gedeihen des deutschen Vaterlandes. —

Vermischtes.

Dr.-Ing. h. c. Karl Steuernagel 70 Jahre. Am 21. d. M. konnte der verdienstvolle Vorstand des Tiefbauamtes in Köln, Geh. Baurat Stadtrat Dr.-Ing. h. c. K. Steuernagel die Feier seines 70. Geburtstages begehen. In Biedenkopf in Hessen geboren, hat Steuernagel zuerst in Mainz, dann kurze Zeit in Barmen gewirkt, um 1881 in den Dienst der Stadtgemeinde Köln überzutreten, in dem er heute nach 37 Jahren noch steht. Sein Hauptwerk ist die Durchführung der Kölner Kanalisation, auf dem Gebiet der Abwässerbeseitigung und -Reinigung liegen auch seine fachwissenschaftlichen Arbeiten, die ihm auf diesem Gebiet ein weit über die Grenzen Kölns hinaus gehendes Ansehen verschafft haben. Die Technische Hochschule zu Darmstadt verlieh ihm die Würde eines Dr.-Ing. ehrenhalber „in Würdigung seiner hervorragenden wissenschaftlichen und erfolgreichen ausübenden Tätigkeit, namentlich in der Kanalisierung, Abwässerreinigung und öffentl. Gesundheitspflege“. Nach dem Abgang Stübbers, dem eine Neugestaltung des gesamten Bau- und Verkehrs-Dienstes der Stadt Köln folgte, wurde Steuernagel Vorstand des Tiefbauamtes.

Im Kölner Vereinsleben, in früheren Jahren auch im „Verbande deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“, bei den internationalen Straßenbau-Kongressen, zu deren engem Ausschuß er gehörte, hat Steuernagel eine einflußreiche Rolle gespielt. —

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für Kleinwohnungen in Stuttgart wird vom Stadtschultheißenamt für alle reichsdeutschen Architekten erlassen, die in Groß-Stuttgart ansässig oder geboren sind. Frist: 27. April 1918. Der Wettbewerb ist ein doppelter; es handelt sich um Entwürfe für die städtischen Plätze der Rotenberg- und der Ostend-Straße, sowie für die Plätze an der Schwarzenberg- und der Sick-Straße. Für jeden der beiden Wettbewerbe sind 3 Preise von 800, 500 und 300 M. vorgesehen; außerdem je ein Ankauf für 200 M. Im Preisgericht befinden sich u. A. die Hrn. Ob.-Brt. Eisenlohr, Brt. Heim, Ob.-Brt. Ja'ssoy, städt. Brt. Muesmann und städt. Ob.-Brt. Pantle. Unterlagen gegen 2 M., die zurück erstattet werden, durch das städtische Hochbauamt in Stuttgart, Markthalle. —

Inhalt: Spanische Architekturstudien II. (Fortsetzung.) — Weltgeschichte und Seehäfen. (Schluß.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Teilansicht der Marienburg in Westpreußen.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.